

14. Juni 1926

HANS SIMONS · DIE VERBUNDENHEIT VON AUSSEN- UND INNENPOLITIK

FINE der Hauptkräfte in dem immer wechselnden Spiel politischer Entwicklungen ist die Spannung zwischen Außen- und Innenpolitik. Sie ist zeitweise als stetige Energiequelle ein berechenbarer Faktor nationaler und internationaler Politik. Zeitweise wieder ist ihre wechselnde Lockerung und Anziehung eine Ursache der Unruhe und Gefahr. Im zweiten Zustand finden sich jetzt die meisten Staaten der Welt. Aber der Einsicht, wo hier die Ursachen enden und die Wirkungen beginnen, stellt sich die Eigentümlichkeit des demokratisch-parlamentarischen Zeitalters entgegen, daß alle politische Willensbildung mindestens formal den Weg von innen nach außen nimmt: so sehr, daß fortwährend außenpolitische Aufgaben zu innenpolitischen Forderungen umgewandelt werden. Außerdem wirkt auf den einzelnen die innenpolitische Entscheidung unmittelbar, während er sich von der außenpolitischen nur mittelbar getroffen fühlt. Davon gibt es freilich Ausnahmen, aber eigentlich nur, wenn eine andere Staatsgewalt, wie im besetzten Gebiet, auf ihr fremde Staatsbürger unmittelbar einwirken kann. Mag man also den Vorrang der Außenpolitik als biologische Beobachtung für die geschichtliche Erfahrung zugeben oder bestreiten, mag man die Lehre vom Primat der Außenpolitik annehmen oder nur zeitweilig als taktische Regel gelten lassen: aus einer Fülle der Grenz- und Zwischenfälle ergibt sich jedenfalls die unlösliche Verbundenheit der nach außen und innen gerichteten Aufgaben des Staates.

Nur über diese allgemein gültige Verbundenheit soll hier einiges gesagt sein, was in den bisherigen Behandlungen des Themas nicht genügend beachtet erscheint. Dabei ist zu bedenken, daß diese Verbundenheit auf beiden Gebieten fortwährend Schwankungen und Abweichungen erzeugt, weil unberechenbare Faktoren vom einen aufs andere hinüber wirken. Daneben gibt es eine Reihe unabänderlicher Umstände in der geographischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lage jedes Landes, die berechenbare feste Posten in jedem politischen Voranschlag ausmachen. Nur wenn man ihre Dauerwirkung mit dem Augenblickeinfluß veränderlicher Machtverhältnisse zusammenhält, kann man die Ursachen politischer Entwicklung richtig erkennen.

Im ganzen liegen die Möglichkeiten der Beziehung von Außenpolitik und Innenpolitik zwischen 2 Extremen, die beide sehr häufig zu beobachten sind: daß nämlich die Außenpolitik nur ein besonderer Ausdruck innenpolitischer Kraftverhältnisse ist, oder daß die außenpolitische Lage die innenpolitische Kräftegruppierung bestimmt. In welcher Form die Beziehung deutlich wird, ergibt sich dabei vor allem aus dem politischen Spielraum. Freiwillige außenpolitische Entschlüsse werden sich meist als Folgen innenpolitischer Konstellationen darstellen und erst eindringender Betrachtung als durch den verborgenen Druck der äußern Umgebung mitbestimmt oder gar vorbestimmt erscheinen. Erzwungene außenpolitische Entscheidungen wirken immer als Ereignisse, die ihrerseits die innenpolitische Lage gestalten; während natürlich die Frage, woraus Zwang entsteht, und warum er unwiderstehlich werden konnte, rasch auf innenpolitische Voraussetzungen hinüberführt. Jedenfalls ist es unbestreitbar, daß beispielsweise nationale Stimmungen völlig umschlagen und dann ganz konkrete außenpolitische Entscheidungen hervorrufen können. Man braucht nur an das Schwanken zwischen Nationalstolz und internationaler Opferbereitschaft zu denken, das, da keine Synthese gefunden wurde, der ganzen deutschen Reparationspolitik ihre Unstetigkeit gegeben hat und trotz formalen Regelungen leicht wieder geben kann.

Die Nachkriegspolitik der meisten Staaten ist in erstaunlichem Maß von Gefühlen und Psychosen beherrscht gewesen, die zunächst als innenpolitische wirksam wurden und erst auf dem Umweg über die demokratisch-parlamentarische Willensbildung auch außenpolitisch zur Geltung kamen. Ja, die objektive außenpolitische Lage der Staaten war teilweise geradezu mitbestimmt durch die Art und Stärke dieser innenpolitischen Schwankungen; äußere Isolierung als Folge innern Widerstrebens, Einbezogenheit in Bündnisse als Folge innerer Bereitwilligkeit waren zu beobachten, oft ohne daß verwandelte Stimmungen überhaupt die inneren Zustände, etwa die Regierungsmehrheit, sichtbar geändert hätten. Das muß sich für die Außenpolitik besonders geltend machen, wenn nicht Stimmungen, sondern Interessen der Innenpolitik wechseln. Auch solche Wirkungen treten bei dem komplizierten Vielerlei der am Staat beteiligten Kräfte selten klar hervor. Immerhin bleibt eine wesentliche Verschiebung des innenpolitischen Schwergewichts fast nie ohne außenpolitische Folgen. Man denke etwa an die englische Taktik in der Sicherheitsfrage unter der Regierung der Labour Party und unter den Konservativen. Oder man beobachte die Schwankungen in der deutschen Außenpolitik nach dem Krieg, je nachdem, wo das politische Schwergewicht der Koalitionen lag. Demgegenüber gilt sogleich wieder, daß sich bestimmte Notwendigkeiten aus dem Zwang der Lage heraus durchsetzen. Aber ihre weitere Wirkung war oft erstaunlich eingeschränkt, weil Sonderinteressen entgegenstanden. Die innenpolitische Vorherrschaft hat schon oft auf die Außenpolitik derart übergreifen, daß alles Neben-, Gegen- und Durcheinander der Kräfte schließlich eine Außenpolitik bewirkte, die ihrerseits nur eine Folge innenpolitischer Verhältnisse, nicht mehr eine Anpassung an internationale Erfordernisse war. Man hat in der italienischen Haltung Beispiele dafür, wie sich eine gefährliche, deutlichen Allgemeintendenzen widerstrebende Außenpolitik unter dem Druck von innen vollzieht.

Erst recht zeigt sich die Relativität der Tendenz zu außenpolitischer Machtbehauptung vor aller und über aller innenpolitischen Machtverteilung, wenn

ein außenpolitischer Druck nicht bekämpft und überwunden sondern als ergänzende Kraft nach innen abgeleitet wird. Diese Wirkungen von außen nach innen, die nicht etwa die Innenpolitik den Erfordernissen der Außenpolitik anpassen sondern den Zwang der Außenpolitik als Hilfsmittel der Innenpolitik mißbrauchen, waren nach dem Krieg häufig zu beobachten. Man kann zweifeln, wie weit solcher Mißbrauch bewußt getrieben wurde, wie weit er automatische Folge starken äußern Drucks war. Beispiele für ein solches Verhalten gibt es genug. Am stärksten tritt es überall da hervor, wo man eine innenpolitische Machtstellung außenpolitisch zu sichern versucht. Von der Heiligen Allianz bis zum Arbeitsamt des Völkerbundes gibt es eine Menge von Formen und Abstufungen dieser Vermischung innen- und außenpolitischer Interessen, an der die Generale gegen die Diplomaten, die Dynasten gegen die Untertanen, die Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten oft gleichermaßen beteiligt gewesen sind. Äußerste Möglichkeit der Machtergänzung ist die gegenseitige Machthingabe, bei der sich ganze Bevölkerungsgruppen auf eine fremde Macht stützen. Der Grenzfall wird darin deutlich, daß der außenpolitische Kampf in den Bürgerkrieg übergeht.

Ist eine solche von außen genommene Machtergänzung der innenpolitischen Faktoren natürlich durchaus begrenzt, einerseits von der Art der fremden Mächte, erst recht aber von der Gruppierung im Innern und ihrem Verhältnis zu den verfügbaren Kräften außerhalb des Staates, so ist auch jede Art der Machtanlehnung von innen nach außen von der Struktur des Anlehnungsbedürftigen entscheidend mitbestimmt. Die innere Bedeutung der Verträge von Locarno und daneben des Berliner Vertrags ist nur zu erkennen, wenn man die innenpolitischen Motive und Möglichkeiten mitberücksichtigt. Denn wenn sich auch theoretisch die Außenpolitik nicht nach irgendwelchen inneren Affinitäten der Staaten zu richten hat: praktisch beruht mindestens ein Teil der Stärke außenpolitischer Abmachungen auf ihrer Kongruenz mit den innenpolitischen Verhältnissen der vertragschließenden Staaten. Das gibt etwa dem Dawesplan sein Gewicht, daß er eine gegenseitige Machtanlehnung der mächtigen Gruppen aller beteiligten Länder ist, die international und national ohnehin unter sich ökonomisch verbunden sind. Auch hier bildet wieder den äußersten Fall der Machtanlehnung die Machthingabe. Wir wissen, wie sehr Anschlußprobleme, Zusammenschlußfragen und Grenzregelung von dem innenpolitischen Zustand der beteiligten Staaten abhängen.

Die Verbindung von Außen- und Innenpolitik ist an den Stellen besonders interessant, wo es sich darum handelt beide Gebiete zu vereinigen: an allen Stellen des diplomatischen Dienstes. Im heutigen Staat ist die Regierung überall in ihrer Macht eingeschränkt; eine Fülle von Nebenkräften erzwingt sich Berücksichtigung, die Mitwirkung der Interessenten ist nicht auf die Legislative beschränkt, sondern nimmt in der Exekutive, je komplizierter sie wird, einen immer breitem Raum ein. In der Außenpolitik allein hat die Regierung noch ein kaum geschmälertes Monopol. Die Machtanwendung ist zwar verfassungsmäßig eingeschränkt. Aber alle Präliminarien der entscheidenden Staatsakte sind ausschließlich Sache der wenigen Bevollmächtigten. Daher gelten alle Positionen des auswärtigen Dienstes mit Recht als verlockend machtvoll. Auch heute noch ist es wichtiger, wenn sich sozialistische Außenminister treffen, als wenn sozialistische Partei- oder Gewerkschaftsführer zusammenkommen. Theoretisch müßte die Leitung der Außenpolitik

gerade ihres Monopolcharakters wegen da liegen, wo das innenpolitische Kraftspiel ins Gleichgewicht kommt und die Kräftekonzentration ihren Höhepunkt hat. Im ganzen ist das auch der Fall. Aber andererseits ist gerade die Stelle des Leiters der Außenpolitik die wichtigste Stufe zu innenpolitischer Macht. Sie bleibt darum durchaus nicht nur von den Erfordernissen der internationalen Lage beeinflusst; sondern sie ist innenpolitisch von allen Interessenten der Macht umkämpft, die in ihr zusammengefaßt ist. Weil die Wirtschaftsgestaltung so stark unter außenpolitischen Einwirkungen steht, die Zollpolitik den innern Markt maßgeblich beeinflusst, und umgekehrt Handelsverträge politisch fast so wichtig sind wie Bündnisse, wirken natürlich die internen Interessenkämpfe besonders stark von innen nach außen. Man denke nur an die glorreiche Geschichte des spanischen Handelsvertrags.

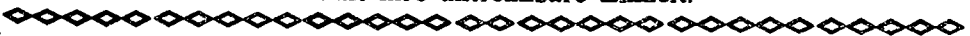
Nicht weniger reizvoll ist die außenpolitische Exekutive wegen ihrer ideellen Reichweite. Denn an keiner Stelle gibt es heute noch eine ähnliche Staatsrepräsentation durch den einzelnen Beamten. Außerdem freilich kommt hier am klarsten die Ausstrahlungskraft der Nation als solcher zur Geltung. Darum bleibe es zum Thema bei dieser Andeutung.

Wesentlicher ist die Reichweite der Außenpolitik nach innen, durch die unter den jetzigen Verhältnissen auch im einzelnen Staatsbürger und seinem politischen Schicksal Außenpolitik und Innenpolitik viel stärker als früher mit einander verbunden werden. Vor allem die Durchführung internationaler Verträge, die, wie wir aus den Friedensverträgen wissen, ihre Bedingungen bis ins kleinste nicht nur der Regierung sondern auch den Regierten aufzuerlegen versuchen, ist ein beherrschendes innenpolitisches Problem. Es hat verhältnismäßig nur formale Bedeutung, daß es zur Verbindlichkeit solcher Verpflichtungen für den einzelnen des entsprechenden innerstaatlichen Gesetzes bedarf; allerdings muß in jedem Fall auch dafür die Mehrheit geschaffen werden, womit sich sofort alle politischen Fragestellungen nach innen kehren. Wichtiger noch ist, daß unter außenpolitischen Verhältnissen wie jetzt, wo die Anpassung an einen international herausgebildeten Willen der Staatengemeinschaft im Ziel zwar der staatlichen Selbständigkeit dient, in der Methode aber manchen Verzicht auf sie bedeutet, die Spannung zwischen außenpolitischen Notwendigkeiten und innenpolitischen Möglichkeiten eine latente Krise hervorruft. Auf den Höhepunkten außenpolitischer Handlungen gehen diese Krisen in den offenen Konflikt über. Es ist aus genügend Beispielen der letzten Jahre bekannt, wie dann die innenpolitische Leidenschaft über alle angeblichen oder tatsächlichen außenpolitischen Notwendigkeiten hinweg ihren eigenen Ausweg sucht. Aber immer steht die Beziehung im Wechsel der Gegenwirkung. Andererseits nämlich sind die Kräfte innenpolitischer Gestaltung unter Umständen ein wesentliches Mittel der Außenpolitik. Der Widerstand der eigenen öffentlichen Meinung, die Energie und das Geschick heimatlicher Opposition haben schon manchem Außenpolitiker Erfolge eingetragen, die er allein und nach der außenpolitischen Lage seines Landes nicht hätte erringen können. Es wäre eigener Untersuchung wert, wie weit dabei die Probleme auch innerhalb der einzelnen Führerpersönlichkeit in einander übergehen. Jedenfalls zeigt sich auch hier, daß die Lösung nicht aus dem angeblichen oder möglichen Gegensatz sondern aus der notwendigen, wenn auch schwierigen Einheitlichkeit beider Wirkungsweisen der staatlichen Kraft erfolgen muß.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der rational nicht begründbare Zauber der Wechselwirkung zwischen Außen- und Innenpolitik einen besondern Ursprung hat. Die Entscheidungen der Außenpolitik gegenüber den parteipolitischen und parlamentarischen Konstellationen haben den Nimbus der Dauer. Es mag dahingestellt bleiben, wie viel gewisse Kriegsideologien dazu mitwirken, daß dieser Zauber sich heute eher verstärkt als vermindert hat. Jedenfalls fühlt sich jeder, der an außenpolitischen Entscheidungen mitwirkt, späteren Geschlechtern verantwortlich, was bei Steuerbewilligungen oder selbst bei Gesetzesreformen kaum der Fall ist. Von daher bezieht denn die Politik überhaupt stets von neuem den Glanz, der ihr in dem Gebiet täglicher Taktik verloren geht. Und das ist eine Beziehung, die nicht nur für den Psychologen sondern auch für den traditionell unpsychologischen Realpolitiker bedeutungsvoll ist. Angesichts der Verbundenheit vor dem Schicksal sammelt sich gelegentlich der staatliche Wille zu nationaler Kraft. Das ist beinahe immer auf Entscheidungen beschränkt geblieben, die als außenpolitische erlebt wurden, deren Zukunftsbedeutung zu spüren war.

Natürlich hat auch die Verfassungsentwicklung die Wechselwirkung von außen nach innen und umgekehrt dauernd vermehrt. Die verfassungsmäßige Mitbestimmung der Volksvertretung bei außenpolitischen Entschlüssen hat eine beschränkte Öffentlichkeit auch des diplomatischen Verfahrens zur Folge gehabt. Daher sind die internationalen Verhandlungen ganz anders als früher den Einflüssen nationaler innerer Gegensätze unterworfen. Um sie auszuschalten, braucht der parlamentarisch regierende Staatsmann gerade für seine Außenpolitik die berüchtigte breite Basis. Die aber kann er gewöhnlich nicht mit radikalen sondern nur mit vorsichtig vermittelnden Lösungen erzielen. Daraus zum Teil ergibt sich jene Unklarheit und Verschwommenheit fast aller außenpolitischen Regelungen, an denen sich die Politiker seit dem Krieg herummühen. Wiederum sowohl innenpolitisch bedingt wie auf die Innenpolitik wirksam. Denn die Sehnsucht nach der Diktatur stammt vielfach aus dem primitiven Mißmut über das außenpolitische Zwielficht, in dem sich einfache Naturen vor Nacht und Tag gleichzeitig fürchten. Was von hier aus wieder für Anstöße und Anregungen auf die Innenpolitik kommen, braucht nicht ausgeführt zu werden. Umgekehrt kommt aus der veränderten innenpolitischen Lage im Lauf der Zeiten nicht nur methodisch sondern grundsätzlich mancher Wandel in die Außenpolitik. Je ausschließlicher in der Innenpolitik die Willensbildung kollektiv erfolgt, die Mittel sozial gesucht werden, desto mehr ändert sich die Stellung der Staatsbürger zu einander. Ähnlich ergeht es nun den Staaten. Die Machtbehauptung als das außenpolitische Ziel jedes Staates richtete sich nicht nur historisch, sie richtet sich auch begrifflich immer gegen einen andern. Je weiter die Erfolge zwischenstaatlicher Organisation gedeihen, desto fragwürdiger wird der alte Sinn des Machtkampfs und der Anstrengungen dafür. Machtfragen wandeln sich in Rechtsfragen. Das Tribunal wird ein Instrument der Außenpolitik, weil auch die Tribüne es geworden ist. Die moralische Eindringlichkeit der verfochtenen Sache wird wichtig, da die moralische Unterstützung der öffentlichen Meinung über alle Ländergrenzen hinaus unentbehrlich geworden ist.

In dieser ineinanderlaufenden Entwicklung der Außen- und Innenpolitik auf nationalem und internationalem Gebiet zeigt sich ihre endgültige Abhängigkeit von einander und damit ihre untrennbare Einheit.



LUDWIG QUESEL · DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT



KEIN Zweifel kann daran bestehen, daß die außenpolitische Orientierung im deutschen Nationalismus in den letzten Jahren mannigfache Umgestaltungen erlebt hat. Sie sind leicht bei allen seinen Gruppen nachzuweisen, wenn sie auch einstweilen noch den Zug zur Einheitlichkeit vermissen lassen. So ziemlich alle Möglichkeiten außenpolitischer Orientierung sind in ihm vertreten.

Da ist der alldeutschen Kreisen nahestehende Oberst Nicolai, der immer noch für ein deutsch-bolschewistisches Bündnis gegen die Ententemächte schwärmt, obwohl diese zurzeit alles andere als eine außenpolitische Einheit darstellen. Da ist Graf Reventlow, der maßgebende Außenpolitiker der deutschvölkischen Bewegung, der unter völliger Verkennung der auf eine kontinentaleuropäische Einigung hinstrebenden Kräfte hartnäckig für seinen sich hauptsächlich auf Deutschland, Rußland und China stützenden "Weltbefreiungsbund der unterdrückten Völker" wirbt. Da ist Adolf Hitler, der ein Bündnis Deutschlands mit Italien empfiehlt, wobei er übersieht, daß nicht das wegen seiner ungeschützten Küsten bis auf weiteres, das heißt bis zum endgültigen Zusammenschluß des Kontinents, von England stark bedrohte Reich Mussolinis, sondern Frankreich politisch und militärisch die führende Macht des europäischen Festlands ist. Da ist schließlich der Großadmiral von Tirpitz, der sich, unter Verleugnung seiner Vergangenheit, zu einem eifrigen Verfechter eines angelsächsisch-germanischen Bündnisses gegen Frankreich gewandelt hat, obwohl damit das Herabsinken Deutschlands zu einem englischen Protektorat unvermeidlich gegeben wäre.

Stärkere Beachtung als diese teils nach England und Amerika teils nach Italien und Rußland gerichteten Strömungen im deutschen Nationalismus beanspruchen die Gruppen, die offen für ein Bündnis Deutschlands mit Frankreich eintreten. Bekannt ist, daß Artur Mahraun, der Führer des Jungdeutschen Ordens, der wegen seines der Reichsregierung übergebenen Protokolls über geheime Vorbereitungen nationalistischer Kreise für einen Ostkrieg von den Alldeutschen als "Kampfgenosse der Linken" lebhaft befehdet wird, ein Bündnis mit Frankreich zur Befreiung des Kontinents von britischer Vorherrschaft erstrebt. Seiner Orientierung nahe kommen neuerdings die Kreise um den General Hoffmann, die in einem deutsch-französischen Bündnis die wirksamste Friedenspolitik für Europa sehen. Obwohl Hoffmann die angelsächsische Idee, daß sich der Krieg einfach durch Abrüstung des Kontinents abschaffen ließe, bekämpft, gab er doch am 26. Mai einem Redakteur der Berliner Nationalzeitung gegenüber zu, daß unter 2 Bedingungen eine Abrüstung auf dem Kontinent allerdings möglich wäre: »Einmal zu dem Zeitpunkt, an dem die Völker nicht mehr imstande sind die Mittel für weitere Rüstungen noch länger aufzubringen. Wenn zum Beispiel ... Frankreich nicht mehr die Summen für sein Rüstzeug länger aufzubringen vermag, geschweige denn Hilfgelder etwa nach Polen auch weiterhin zu senden. Unter solchen Umständen wäre meiner Ansicht nach unter dem Druck der Verhältnisse eine allgemeine Abrüstung wohl denkbar. Aber noch unter einem zweiten Gesichtspunkte halte ich eine Abrüstung für möglich, nämlich dann, wenn zwischen Deutschland und Frankreich ein Bündnis geschlossen wird. Dies ist eine Politik, für die ich seit nunmehr 4 Jahren eintrete. Wenn Deutschland und Frankreich sich zusammenschließen, wird es keiner andern Macht möglich sein Europa in einen neuen Krieg zu ver-

wickeln. Amerika bildet keine Kriegsgefahr für Europa. Amerika konnte während des Weltkriegs seine Hilfstruppen nach Europa bringen, weil die Truppentransporte unter dem Schutze der großen englischen Flotte erfolgten, und weil die amerikanischen Kontingente die ganze französische Küste zur Landung zur Verfügung hatten. Fallen diese Bedingungen aber fort, dann kann auch die amerikanische Wehrmacht für Europa nicht gefährlich werden.«

Von besonderer Wichtigkeit an diesen Darlegungen ist, daß der General Hoffmann, von dem man weiß, daß er im letzten Jahr des Krieges in scharfer Opposition zu den Kriegszielen des Generals Ludendorff stand, der denn auch deshalb seine Verabschiedung beim Kaiser durchsetzte, hier öffentlich bekennt, daß er seit 4 Jahren, also vom Beginn des Ruhrkriegs an, für ein Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten sei, von dem er sagt, daß es jeder andern Macht die Möglichkeit nimmt »Europa in einen neuen Krieg zu verwickeln«.

Vielleicht noch wichtiger als der Hinzutritt dieses Generals (der einer der fähigsten, vielleicht der fähigste deutsche Militär des Weltkriegs war¹, und dessen Opposition gegen die Ziele Ludendorffs zeigte, daß seine politische Intelligenz seiner militärischen entsprach) zu der Gruppe deutscher Politiker, die eine Verständigung Deutschlands auf breitester Basis mit Frankreich erstreben, ist die Erkenntnis vieler deutscher Wirtschaftsführer, daß sie mit ihrer feindlichen Einstellung gegen Frankreich politisch und wirtschaftlich falsch beraten waren, und daß es höchste Zeit sei sich von der angelsächsischen Suggestion, daß Frankreich ein Feind des deutschen Aufstiegs sei, freizumachen. Diese Erkenntnis ist teilweise schon so tief, daß man sagen kann: Die ganze Schwere der Wirtschaftskrise, die Deutschland heute durchmacht, wird durch die veränderte Haltung der deutschen Wirtschaftsführer gegenüber Frankreich gekennzeichnet. Mit Recht konnte daher auch die Vossische Zeitung am 2. Juni schreiben:

»Heute lautet die Parole aller Wirtschaftsführer: Verständigung und Zusammenarbeit sind das einzige Mittel den gestörten Kreislauf der Kräfte und Säfte wiederherzustellen. Sogar ein Mann wie Fritz Thyssen beteiligt sich neuerdings aktiv an Vereinbarungen mit Franzosen, die darauf abzielen die beiden Völker einander näher zu bringen. Man hat erkannt, daß die europäischen Einzelwirtschaften mit einander zugrunde gehen, wenn sie nicht mit einander den Weg zur Rettung finden.«

Diese Vereinbarungen, die Deutsche und Franzosen an einen Tisch führten, wurden am 30. Mai in einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus aus Luxemburg wie folgt umschrieben:

»Unter Vorsitz des bekannten Luxemburger Großindustriellen Emil Mayrisch haben in den letzten Tagen hier Besprechungen deutscher und französischer Persönlichkeiten stattgefunden. Die Beteiligten haben sich heute zu einem Komitee zusammengeschlossen, das die persönliche Fühlung unter seinen Mitgliedern aufrechterhalten soll und sich die objektive Klarstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in Deutschland und Frankreich zur Aufgabe macht. Bei voller Wertung des nationalen Gesichtspunktes will man auf diesem Wege eine fehlerfreie und dem beiderseitigen Interesse entsprechendere Grundlage für die Beurteilung der Fragen gewinnen, die das Verhältnis der beiden Länder berühren. In Paris und Berlin soll je ein ständiges Bureau eingerichtet werden. In Frankreich haben sich für den Gedanken eingesetzt und sind in das Komitee eingetreten die Herren Charles Laurent, früherer Botschafter in Berlin, Herzog de Broglie, Mitglied der Académie des Sciences, Chardon, Mitglied des Conseil d'Etat, Debrix, Generaldirektor der Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft, Duchemin, Präsident der Confédération générale de la production, Fontaine, Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsbureaus, Fougère, Präsident der Asso-

1) Ein Zeugnis der überlegenen Sachlichkeit des Generals Hoffmann gibt auch Mayr Weltkriegführung und Demokratie, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 236.

ciation nationale d'expansion économique, Monseigneur Jullien, Bischof von Arras, Laederich, Präsident des Syndikats der französischen Baumwollindustrie, Théodore Laurent, Vizepräsident des Comité des forges, H. Lichtenberger, Professor an der Sorbonne, Graf Wladimir d'Ormesson, Schriftsteller, Dal Piaz, Präsident des Comité central des armateurs de France, Peyerimhoff, Präsident des Comité des houillères de France, Jean Schlumberger, Schriftsteller, Sommier, Präsident des Verwaltungsrates der Société des Raffineries Sommier, Graf Felix de Vogue. Deutscherseits gehören dem Komitee bis jetzt an die Herren Professor Bruns /Berlin/, Doktor Bruhn /Essen/, Doktor Hermann Buecher /Berlin/, Professor Ernst Robert Curtius /Heidelberg/, Geheimrat Felix Deutsch /Berlin/, Privatdozent Doktor Wilhelm Haas /Berlin/, Geheimrat Hagen /Köln/, Fürst Hatzfeld-Wildenburg /Schloß Crottorf/, Doktor Gustav Krukenberg /Berlin/, Franz von Mendelssohn /Berlin/, Georg Müller /Oerlinghausen/, Alfred von Nostitz-Wallwitz /Berlin/, Graf Oberndorff /München/, Graf Praschna /Falkenberg/, Edgar Schlubach /Hamburg/, Doktor Schmidt-Ott /Berlin/, Doktor Walter Simons /Leipzig/, Doktor Ernst von Simson /Berlin/, Doktor Emil von Stauß /Berlin/, Fritz Thyssen /Mülheim/.

Der Zusammenschluß deutscher und französischer Persönlichkeiten zu einem deutsch-französischen Komitee, das sich mit Hilfe zweier Bureaus, die in Paris und in Berlin errichtet werden sollen, die »objektive Klarstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in Deutschland und Frankreich« als Aufgabe gestellt hat, ist ein Ereignis, das über bloße Verständigungsbereitschaft durch gegenseitige Information und Materialbeschaffung weit hinausreicht. Es handelt sich hier nicht nur darum das gegenseitige Mißtrauen der beiden Völker, das im wesentlichen auf angelsächsische Suggestionen zurückzuführen ist, aus der Welt zu schaffen, sondern um viel mehr, nämlich um den ersten Schritt zu einer organisierten Zusammenarbeit zwischen führenden Persönlichkeiten auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet der beiden Nationen, die, konsequent fortgeführt, die ersehnte Wendung in der europäischen Geschichte herbeiführen könnte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die anglophil orientierten Kreise die neuerdings offen zutage tretende veränderte Haltung der deutschen Wirtschaftsführer gegenüber Frankreich mit großem Unbehagen betrachten. Diese Abneigung vor einem deutsch-französischen Ausgleich legt sich zuweilen recht seltsame Gewandungen an. Sie stürmt nicht nur in erregten Kundgebungen mit wehenden Gewändern wild vorwärts sondern schreitet auch gelegentlich in akademischer Amtstracht würdevoll einher. Ein Beispiel hierfür bietet der gelehrte Nationalökonom Moritz Julius Bonn, der in einer (übrigens sehr lesenswerten) kleinen Schrift über die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise die neue Haltung der deutschen Wirtschaftsführer internationalen Fragen gegenüber wie folgt kritisiert:

»Die ganze Schwere der Krise, die der industrielle Kapitalismus heute in Deutschland durchmacht, wird durch seine veränderte Haltung internationalen Fragen gegenüber gekennzeichnet. Gerade diejenigen Unternehmungen, die bis vor kurzem die Träger eines übertriebenen Nationalismus gewesen sind, wollen weder mit den Preisen heruntergehen noch Kapital abschreiben. Aus ihren Taschen sind die meisten annexionistischen und nationalistischen Gewaltbewegungen der letzten Jahre finanziert worden. Wenn sie sich plötzlich zum Internationalismus bekehren, so muß das kein Wechsel der Weltanschauung sein; Geschäftsziele und Geschäftsmethoden sind an und für sich nicht weltanschauungsmäßig bedingt. Ihre sittliche Berechtigung besteht in der richtigen Erfassung der Konjunktur. Da aber viele Industrieführer sich über die Aufgabe hinaus sachlich ergebige Produktionserfolge für die Gemeinschaft zu erzielen (eine Aufgabe, die auch den leidenschaftlichsten Ehrgeiz befriedigen sollte) als Träger der großen Politik betrachtet haben, die sie mit der dünnen Ideologie des Nurpraktikers erfüllen, so erscheint die Rückkehr auf den Boden rein sachlicher Wirklichkeit als Schwenkung. Sie können die gewohnte Rente und damit das investierte Kapital durch nationales Monopol sich

nicht länger sichern. So strecken sie brüderlich die Rechte über die Grenzpfähle aus, wo früher der Feind stand, und rufen einander zu das Vergangene zu vergessen: Die Anlagen, die der Krieg erbaute, hat der Friede entwertet. Das Monopol ist bedroht; es muß internationalisiert werden. Noch vor wenigen Jahren haben sie gegen Überfremdung geeifert. Sie haben die Angst des Spießers vor dieser Gefahr benutzt, um seine Zustimmung zur Enteignung des Aktienbesitzes durch Vorzugsaktien zu erreichen. Sie verfolgten die Regierungen, die eine internationale Verständigung suchten, und verhöhnten die Parteien, für die sie arbeiteten. Heute senden sie ihre Beauftragten in ehemals feindliche Länder, mit denen sie eine Verständigung nicht zulassen wollten, und bieten Beteiligungen an. Sie haben das internationale Finanzkapital angegriffen, wenn es, behutsam tastend, unter Schonung aller nationalen Empfindlichkeiten das Auslandsinteresse zu erwecken suchte. Sie haben ihm mangelndes Verständnis für die Volksseele und mangelnde nationale Würde vorgeworfen. Jetzt, da die Not sie drängt, haben sie alles vergessen. Wer eine Auslandsanleihe zustande bringt, gilt schon als großer Mann. Um die Stellung des Monopols zu erhalten, sind sie international geworden: Sie wechseln die Stellung und erkennen nicht, daß sie damit auch die Stellung ihrer inneren Gegner verschieben. Sie haben dem Sozialismus die internationale Gesinnung vorgeworfen. Er hat sie in der Theorie gehabt, in der Praxis selten betätigt. Sie betätigen sie in der Praxis. Die Romantik, die in Deutschland so gern die Handlungen einer Praxis, die sie nicht versteht, zu erklären sucht, ist schon an der Arbeit die Theorie nachzuliefern. In Verbandsräumen und Propagandaabteilungen riecht es bereits nach Völkerversöhnung.«²

Zu diesen Ausführungen ist zu sagen, daß die veränderte Haltung der deutschen Wirtschaftsführer zu Frankreich und der von Paris geführten Kontinentalpolitik denn doch etwas tiefer liegt als es Bonn wahrhaben will. Die Dinge liegen nicht so, daß die neue Haltung unserer Wirtschaftsführer dem neuen Europa gegenüber sich lediglich durch die zweifellos auch vorhandene Abneigung mit den Preisen herunterzugehen und Kapital abzuschreiben erklären ließe. Die Gründe für sie liegen tiefer. Ungeachtet aller angelsächsischen Suggestionen das neue Deutschland als dienendes Glied der großen angelsächsischen Gemeinschaft anzuschließen, die auf unsere Wirtschaftsführer, namentlich aus Finanz- und Bankkreisen, noch einen großen Einfluß ausüben, beginnt sich doch bei ihnen die Erkenntnis von der schicksalhaften Verbundenheit der deutschen Wirtschaft mit dem Kontinent durchzusetzen. Wenn zum Beispiel der Heimatdienst, der gewiß nicht in den Verdacht einer frankophilen Einstellung geraten kann, widerwillig feststellen muß, daß 1925 Europa von unserer Warenausfuhr 72,9 % aufnahm, während nach Amerika ganze 7,4 % und nach den übrigen Ländern der Erde 19,7 % gingen, so ist hiermit der Beweis erbracht, daß Deutschland als Industriemacht mit Europa steht und fällt. Mag unsere Nationalökonomie den von uns geprägten Begriff der Kontinentalwirtschaft, die sich zwischen Volks- und Weltwirtschaft schiebt, einstweilen auch noch ignorieren, er ist dennoch eine Realität, die unser ganzes Dasein bestimmt. Was die Warenausfuhr betrifft, so ist das Verhältnis unserer kontinentalwirtschaftlichen Verbundenheit zur weltwirtschaftlichen 3 : 1. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei England. Die britische Wirtschaft gibt 66,1 % ihrer Warenausfuhr an die Weltwirtschaft und nur 33,9 % an die europäische Kontinentalwirtschaft ab. Der Heimatdienst sieht sich daher auch gezwungen seine graphische Darstellung der Warenausfuhr Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs mit folgenden Betrachtungen abzuschließen:

»Aus dieser Darstellung, die die Verteilung der Ausfuhr wichtiger europäischer Industrieländer, die am internationalen Warenhandel besonders interessiert sind, auf die einzelnen Absatzgebiete wiedergibt, geht hervor, welche Bedeutung ein reger,

²) Siehe *Bonn Das Schicksal des deutschen Kapitalismus* /Berlin 1926/ Seite 39 und folgende.

möglichst ungehinderter Gütertausch der europäischen Völker unter einander für ihr Wohlergehen und die gedeihliche Entwicklung ihrer Wirtschaften hat. Auffällig ist, daß gerade Deutschland am meisten auf den Absatz in Europa angewiesen ist, während der englische Außenhandel sich zum überwiegenden Teil nach überseeischen Ländern richtet. Auch Frankreich, das zwar ebenfalls stark auf den europäischen Absatzmarkt angewiesen ist, hat noch verhältnismäßig größere Ausfuhrinteressen in außereuropäischen Ländern als Deutschland. Aus alledem ist ersichtlich, daß Deutschland auf den Absatz seiner Erzeugnisse, insbesondere seiner hochwertigen Fertigfabrikate, in erheblich höherem Grade auf europäische Abnehmer angewiesen ist als die anderen Industrieländer. Darum hat auch Deutschland erhöhtes Interesse an einer Ordnung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen, die seinen besonders gelagerten Bedürfnissen entspricht.«

Die Tatsache, daß es »in Verbandsräumen und Propagandaabteilungen« unseres industriellen Kapitalismus »bereits nach Völkerversöhnung riecht«, erklärt sich daraus, daß, wie der Heimatdienst richtig sagt, »Deutschland auf den Absatz seiner Erzeugnisse, insbesondere seiner hochwertigen Fertigfabrikate, in erheblich höherem Grad auf europäische Abnehmer angewiesen ist als die anderen Industrieländer«. Daraus ergibt sich die schlichte Wahrheit, daß, wer im Bund mit den Angelsachsen den politischen und ökonomischen Frieden Europas stört, sein eigenes Vaterland schädigt.

Daran nun, daß die angelsächsische Politik fortgesetzt bestrebt ist den Kontinent nicht zur Ruhe und Aufbauarbeit gelangen zu lassen, kann füglich nicht gezweifelt werden. Daß angelsächsische Kräfte in Verbindung mit deutsch-anglophilen und bolschewistischen bei dem Aufstand Abd el Krim in Marokko tätig waren, hat der Temps vom 28. Mai 1926 klargelegt:

»Es ist in Wahrheit seltsam, daß, wenn es sich darum handelt den französischen Einfluß zu bekämpfen, man die verschiedensten Elemente, sozusagen spontan, sich in einer Gruppe zusammenfinden sieht . . . Jedermann weiß, daß Abd el Krim Deutsche in seinem Generalstab hatte, jedermann weiß, daß die Leiter der Dritten Internationale, die ihren Sitz in Moskau haben, nicht aufhörten ihm Ermunterungen zu spenden. Neben mehr als verdächtigen Emissären wie Hauptmann Canning, Associé eines Agenten der Mannesmann, dessen sich Abd el Krim bediente, gab es bolschewistische Agitatoren, und ihre nur zu gefälligen [französischen] Freunde, die, uneingestanden Neigungen (préoccupations) der innern Politik gehorchend, sich bemühten zugunsten Abd el Krim eine Bewegung der öffentlichen Meinung zu schaffen, die offen auf die Abdankung Frankreichs vor einem verbrecherischen angriffsschuldigen Abenteurer hinzielte . . . Der Korrespondent der Times in Tanger erzählt heute, wie Abd el Krim auf eine Eingabe, die er an die britische Regierung gelangen ließ, von dieser den Rat erhielt direkt mit Frankreich und Spanien auf Grund der Bedingungen zu unterhandeln, die man ihm im letzten Sommer zu gewähren geneigt war, und er fügt hinzu, daß Abd el Krim, angesichts des Mißerfolgs seiner Schritte bei England, seine Bemühungen nach anderen Richtungen orientierte . . . Er empfing alsdann, sagt der Korrespondent der Times, aus Quellen, die sehr wahrscheinlich bald entdeckt sein werden, die Ermutigung in seinem Kampf zu beharren und den Rat weder mit Frankreich oder mit Spanien zu verhandeln, die, so sagte man ihm, nicht ehrlich wären und nur darauf ausgingen die Feindseligkeiten mit dem Hintergedanken zu beenden: die Rifkabylen in eine Falle zu locken. Alle diese Ratschläge wurden durch Interventionsversprechungen verstärkt.«

Zu diesen Ausführungen des Temps ist zu sagen, daß alle Bemühungen der Times die Schuld an der Friedensstörung in Marokko von England auf Deutschland abzuschieben den wirklichen Sachverhalt nicht verdunkeln können. Soweit Deutsche und Russen im Lager Abd el Krim waren, hätten sie ihren Einfluß ohne die Gönnerschaft Englands gewiß nicht lange aufrechterhalten können. Wie überall, war England auch in Marokko zu klug sich selbst zu engagieren. Es kämpfte 1925 am Rif wie 1923 am Rhein gegen Frankreich nicht nur mit fremden Truppen sondern auch mit fremden Mitteln.

Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt es sich, daß Großbritannien und Amerika den Kontinent nicht zur Gesundung kommen lassen wollen. Ihre Haltung bei der Schuldenregulierung spricht hierfür zur Genüge. Daß angelsächsische Kräfte die Führung bei der Offensive gegen den Franc haben, kann gleichfalls als sicher angenommen werden. Man weiß, daß die Zeitkäufe von Metallen gegen französische Währung, die seinerzeit von deutschen Industriellen, sicherlich nicht, um den Franc zu stützen, vorgenommen wurden, und die den deutschen Spekulanten schließlich den Verlust einer halben Milliarde einbrachten, auf englische Ratschläge hin erfolgt sind. Angesichts früherer Erfahrungen ist es leicht zu verstehen, wenn der Finanzminister Péret am 5. Juni den neuen Sturz des Franc auf »geheime Kräfte« zurückführte, die gegen die französische Valuta »losgelassen« seien. Kein Wunder, daß in Paris, wie die Kölnische Zeitung am 6. Juni sich berichten ließ, die Meinung herrscht, das Scheitern von Anleiheverhandlungen zur Francstützung sei darauf zurückzuführen, daß die englischen und amerikanischen Bankiers eine »Kontrolle der französischen Finanzverwaltung verlangt hätten, und daß Frankreich sich hierin unnachgiebig gezeigt habe«. Also man läßt die Schleier fallen und zeigt seine wahre Absicht: die dauernde Abhängigmachung Europas von den angelsächsischen Weltmächten, indem man die ungeheuerliche Forderung stellt diejenige Macht des Kontinents, die durch ihre militärische Leistung den Weltkrieg entschieden hat, und der auch die Angelsachsen den Sieg zu verdanken haben, nunmehr unter angelsächsische Finanzkontrolle zu stellen. So sorgt England für Europa, das freilich dadurch geschützt wird, daß Frankreich (und dabei dürfte es auch bleiben) sich »unnachgiebig« zeigt. Ein weiterer Vorstoß gegen die Befriedung Europas ist die Offensive gegen den Dawesplan, die, früher von London, jetzt von New York aus, eingeleitet worden ist. Der Reichsminister Stresemann hat, in Erkenntnis der Gefahr, die von dieser Seite Deutschland droht, bereits Stellung gegen die Treibereien amerikanischer Preßorgane, so des Journal of Commerce, genommen. Gegenüber den Ausstreuungen der angelsächsischen Presse, daß an Stelle des Warentransfers bald ein Bartransfer der Reparationen eintreten müsse, sei darauf hingewiesen, daß die deutsche Parlamentarische Kommission, die am 3. Juni in Paris ihre Verhandlungen beendete, von neuem die Bereitwilligkeit Frankreichs dem Warentransfer alle erdenklichen Erleichterungen zu schaffen feststellen konnte. Beide Verhandlungsparteien haben sich verpflichtet den Warentransfer der Reparationen mit allen Kräften zu begünstigen.

Gewiß, ungewöhnliche Vorsicht und Energie wird notwendig sein die ersten schwachen Versuche deutsch-französischer Zusammenarbeit, die die Voraussetzung des kontinentalen Wiederaufbaus ist, vor den angelsächsischen Angriffen zu schützen. Mit Recht begleitet das Echo de Paris die Meldungen über die Versuche zu einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zu gelangen mit der Erklärung, daß Frankreich heute, um der englischen Vormundschaft zu entgehen, nur noch ein Mittel habe: die direkte Annäherung an Deutschland. Was hier von Frankreich gesagt wird, gilt in noch viel höherem Maß für Deutschland und schließlich auch für alle Völker unseres Kontinents. Zu wünschen bleibt, daß diese Erkenntnis endlich auch, und für die Dauer, in die Wilhelmstraße einzieht.



MAX SCHIPPEL · DIE TRAGÖDIE DES ENGLISCHEN GENERALSTREIKS



ALLMÄHLICH treffen die englischen Zeitungen und Zeitschriften wieder mit unverkürztem Inhalt ein, so daß man sich von der größten Katastrophe, die die englische Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten traf, ein annähernd richtiges Bild verschaffen kann. Manche Einzelzusammenhänge werden erst durch die Auseinandersetzungen klargelegt werden, die zwischen den nächstbeteiligten verantwortlichen Arbeitervertretern, wie jedesmal nach einer großen Enttäuschung und Niederlage, sich mehr und mehr entspinnen. Außerordentliche politische und gewerkschaftliche Tagungen sind angekündigt, zur Berichterstattung und Rechenschaftsablegung, und hier wie nach jedem derartigen Mißerfolg muß man mit der Möglichkeit plötzlicher Umschläge in dem ganzen Verhältnis zwischen Massen und Führern, zwischen den einzelnen Flügeln der gesamten Arbeiterbewegung rechnen. Daneben besteht als ganz unberechenbarer Faktor zurzeit der Streik der Bergarbeiter, von denen bekanntlich nicht weniger als reichlich 750 000 in der Miners' Federation organisiert sind, hartnäckig fort, freilich durch die Aufhebung des als Hilfsaktion gedachten Generalstreiks und durch die immer allgemeiner hervorbrechende offene Kritik an der ganzen Bergarbeitertaktik, die vor allem von anerkannten Führern der Trade Unions und der Labour Party geübt wird, im Innersten auf das schwerste getroffen.

Es waren von vornherein offenbar auch in englischen Arbeiterkreisen die denkbar stärksten Zweifel vorhanden, ob bei einem auf längere Zeit niedergehenden, zugleich der Konkurrenz neuer Brennstoffe und einem beängstigenden Rückgang des Verbrauchs und der Ausfuhr ausgesetzten Produktionszweig die beteiligten Arbeiter ohne jedes Opfer davonkommen könnten. Gewiß versprach die von der Kohlenkommission lebhaft geforderte, im Regierungsprogramm übernommene Betriebsrationalisierung in Zukunft eine Senkung der Produktionskosten und damit eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, aber kaum in halbwegs ausreichendem Maß und jedenfalls nicht für die nächste Zeit. Lohnkürzung und zugleich Arbeitszeitverlängerung hatten die Unternehmer als notwendige Produktionskostenverminderung in der Richtung des persönlichen lebendigen Arbeitsfaktors gefordert. Der Samuelreport¹ stellte hiergegen keine geringe Errungenschaft dar, nach der Art, wie er den Siebenstundentag entschieden verteidigte und nur innerhalb engerbegrenzter Schranken eine vorübergehende Lohneinbuße, ausschließlich für die höheren Lohneinkommensstufen, als wahrscheinlich unumgänglich bezeichnete. Es konnte außerdem nicht ohne Beachtung bleiben, daß das Lohnopfer nach den grundlegenden Bestimmungen der ganzen englischen Grubenarbeitsverfassung seit 1921 und 1924 niemals zu einem einseitigen Opfer zugunsten der Profitsteigerung ausarten sollte: Seit 1924 sind 87 % eines genauer umschriebenen Rohüberschusses dem Lohn vorbehalten, 13 % dem Profit. Der Report und die Regierung erkannten diese Grundlage von neuem an, jede wirtschaftliche Wiedergesundung der Bergbauproduktion mußte also ganz automatisch, bei gleichbleibender Relation zwischen Lohn und Profit, dem Lohn absolut den größern Zuwachs bringen, während alle

1) Über den Samuelbericht siehe Schippel Soziale Umwälzungen im englischen Kohlenbergbau, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 209 und folgende.

jüngsten Kompromißvorschläge, Herbert Samuels wie Baldwins, sogar eine nicht unbeträchtliche Periode der tatsächlichen Profitlosigkeit für das Grubenkapital vorsahen. Die sonst so berechtigten Einwände gegen jeden "Lohn-
druck" waren auf den vorliegenden Fall also keineswegs einfach übertragbar, ganz abgesehen davon, daß sich bisher keine ausgereifte, von bloßen Stimmungen und Erregungen unbeeinflusste gewerkschaftliche Praxis als von den Konjunkturschwankungen unabhängig betrachtet hatte.

Aus den gegenseitigen Anklagen nach dem Scheitern des Generalstreiks wissen wir nunmehr bestimmt, daß die Ablehnung jedes, selbst nur vorübergehenden Zugeständnisses, wie sie die Miners' Federation unter Cooks Leitung unerschütterlich als unbedingte Klassenpflicht und letzten Schluß aller gewerkschaftlichen Weisheit erklärte, von hervorragenden Tradeunionisten innerlich mißbilligt und deshalb äußerlich nur lau und widerstrebend unterstützt wurde. Der vom allgemeinen Gewerkschaftskongreß ernannte Generalrat hieß beispielsweise den Samuelschen Kompromißvorschlag vom 12. Mai gut, der die vorläufige Lohnsenkung enthielt, und der deshalb von den Bergarbeitern nach wie vor zurückgewiesen wurde, obwohl damit die letzte Verbindung zwischen General Council und Miners abriß.

Der innere Spalt ging jedoch von Anfang an noch viel weiter. Der vorjährige Trade Unions-Kongreß in Scarborough, der äußerlich mit einemmal die Labour Party, wie deren bald darauf folgende Konferenz in Liverpool bewies, an Radikalismus und speziell an Moskaufreundlichkeit überholte, hatte allerdings, wesentlich auf Cooks Betreiben, den Sympathiestreik zur Unterstützung großer Lohnbewegungen empfohlen und diese Richtschnur dem Generalrat mit auf den Weg gegeben. Gerade die hervorragendsten Köpfe dieses leitenden Gewerkschaftsausschusses und erst recht der Labour Party blieben jedoch Gegner dieses Beschlusses, standen ihm zum mindesten kühl und zweifelnd gegenüber. Sie glaubten nur, mit der uns in Deutschland genügend bekannten verhängnisvollen Nachgiebigkeit, der zeitweiligen radikalen Strömung Konzessionen machen zu müssen. Sie liebäugelten und spielten um des lieben Organisations- und Parteifriedens willen zunächst mehr mit dem bloßen Wort Generalstreik und waren wohl selber am meisten entsetzt, als Anfang Mai aus der wohlklingenden Phrase und dem bequem scheinenden Einschüchterungsmittel plötzlich bitterer Ernst wurde, als eine von niemandem mehr aufzuhaltende Lawine unversehens ins Rollen kam.

Je zurückhaltender jedoch diese ruhigeren und klarerblickenden Elemente bis zum letzten Augenblick blieben, desto mehr scheint die Vorbereitung des unerwartet und unvorstellbar großen Kräftenmessens jenen Mitgliedern des Generalrats zugefallen zu sein, die, wie Ben Tillet und Bromley, seit der Moskaureise der Trade Unions an dem zähen stillen Klassenkampf der bisherigen englischen Wirklichkeit kein Genüge mehr zu finden wußten, sondern die es für zielstrebig halten mit dramatischen Massenfaltungen (wilhelminischen Manöverstils, möchte man fast sagen) alle Räder der kapitalistischen Wirtschaft zum Stillstand zu bringen: in der Hoffnung natürlich, daß dem Kapital dabei zuerst der Lebensatem ausgehen werde. Alle solche Anhänger der großen Geste und des zündenden Effekts sind in der Regel leichtherzige und schlechte Organisatoren, und in der Tat bot der englische Generalstreik in seiner Inangriffnahme und Durchführung nach jeder Seite ein überaus trostloses Bild.



UR Arbeitsniederlegung aufgerufen wurden am 2. Mai vor allem die Transportarbeiter, die Buchdrucker, die Eisen- und Stahl- und gewisse Metall- und Bauarbeiter, ferner die in Elektrizitäts- und Gaswerken Tätigen. Zugrunde lag hierbei zweifellos der Gedanke den Gruben die Abstoßung ihrer Läger abzuschneiden, ausländische Ersatzkohle nicht hereinzulassen und nicht weiterzuverfrachten; ferner sollte die Stilllegung einiger der wichtigsten, stark kohlenverbrauchenden Industrien diese Druckmittel gegen die Grubenbesitzer unmittelbar und mittelbar verstärken. Das große Publikum litt natürlich gleichfalls durch die Beschränkungen der lokalen und interlokalen Verkehrsmittel. Dagegen sollte die allgemeine Lebensmittelversorgung aufrechterhalten bleiben; in dieser Beziehung vermied man eine Herausforderung der öffentlichen Stimmung.

Die größte Naivetät offenbarte sich dagegen in der Behandlung des Buchdruck- und vor allem Zeitungsgewerbes, und es ist für derartige Kämpfe kennzeichnend, wie hier eine an sich nebensächliche Maßnahme gerade den Gegnern infolge des allgemeinen Eindrucks die gefährlichste Waffe in die Hand lieferte und die Niederlage des Generalstreiks fast von seinem ersten Lebenstag an besiegelte. Man gedachte ohne Zweifel den Gegnern die wechselseitige Verständigung und Aufmunterung unmöglich zu machen, ähnlich wie vor Jahren die Revolutionäre des Kontinents jedesmal zunächst die Zeitungswerkstätten eroberten und besetzt hielten. Der Stillstand der Druckerpressen traf jedoch die englische Arbeiterbewegung härter und dauernder als die Konservativen und Liberalen und vor allem härter als die Regierung, die mit ihren reichen Hilfs- und Machtmitteln zuerst wieder ein tägliches Informationsorgan schuf und nunmehr geradezu eine geistige Monopolstellung auszuüben und auszunutzen vermochte. Noch weidlicher ausnutzen ließ sich alsdann eine im Augenblick des drohenden, jedoch noch nicht verwirklichten Generalstreiks auf eigene Faust, ohne gewerkschaftliche Anweisung, unternommene Zensurausübung; wie man dachte, zugunsten des Streiks. Des Setzerpersonal der Daily Mail in London sabotierte das Erscheinen eines ihm unangenehmen Schriftsatzes über die Streikfrage. Die einer bloßen Betriebsarbeiterschaft willkürlich ausgelieferte Meinungs- und Preßfreiheit wurde von diesem Augenblick an zum Schreckgespenst, das im Handumdrehen die allgemeinste Entrüstung weckte und immer von neuem entflammte. Selbst der Ministerpräsident Baldwin, dessen Unbefangenheit und Friedensliebe die meisten der mit ihm verhandelnden Arbeiterführer nicht genug anzuerkennen wußten, spielte diesen Trumpf aus, um den Generalstreik, unter dem es für ihn kein Weiterverhandeln gab, zu Fall zu bringen.

Es waren noch nicht 10 Tage um, als die Aussichtslosigkeit des Generalstreiks feststand, und der Generalrat, zum Teil sicherlich mit einem wahren Gefühl der Erlösung, den Vermittlungsvorschlag Herbert Samuels aufgriff: Lehnten ihn, wie vorauszusehen, die Miners ab, so fiel fortan ausschließlich ihnen und Cook die Verantwortung für alles Weitere zu. Wozu dann aber das ganze verhängnischwangere Zwischenspiel der Generalstreikhilfsaktion? »Unbegreiflich« nannte der liberale Lord Grey diese ganze Taktik in einer sachlichen, nicht auf Schürung der Gegensätze hinzielenden Rede. Von der »Stupidität« des Buchdruckervorgehens sprach sogar Lloyd George, obwohl er neuerdings wieder engere Fühlung mit den Spitzen der englischen Arbeiterbewegung sucht.

DIE ingrimmigen Vorwürfe, die heute von der radikalern Arbeiterlinken gegen die Leisetreter und Verräter MacDonald und Thomas, die beiden geistigen Häupter der parlamentarischen Labour Party², und selbst gegen die Bromley und andere Mitglieder des Gewerkschaftsgeneralrats erhoben werden, überbieten alles bisher in der englischen Arbeiterbewegung Erlebte. Es ist nicht nur Cook, der von erschreckender gemeiner Überläuferei sprach; auch Unternehmer und Regierungsvertreter hätten ihn zuweilen über das Ohr zu hauen versucht, doch sei dies alles nichts gewesen gegen das Verfahren des Generalrats der Gewerkschaften, über den er sich also ausließ:

»Ich erfuhr, daß der Generalrat mit dem Ministerpräsidenten verhandelte. Uns hatte man dazu nicht eingeladen. Ich stellte den Generalrat allein und sagte ihm in ungeschminkter Sprache meine Meinung. Wenn diese Vorgänge einmal zur Veröffentlichung gelangen, dann werden manche Leute ihren Kopf für immer in Scham darüber hängen lassen, daß sie einen Beschluß zustande zu bringen suchten, der den Bergarbeitern eine Lohnverkürzung und Rückkehr zur Arbeit zumutet. Sie entwarfen nicht nur einen solchen Kompromiß, sondern sie redeten dem Premier noch dazu ein, die Bergarbeiter würden zustimmen. . . Der Gewerkschaftsgeneralrat hat uns wie Schiffbrüchige preisgegeben, aber wir sind entschlossen den Kampf fortzusetzen.«³ Zugleich gefällt sich ein namhafter Arbeiterabgeordneter des Parlaments, Wheatley, der Vertreter eines Glasgower Bezirks, in nicht minder heftigen Angriffen im Glasgower Forward vom 21. Mai 1926. Landauf landab rast ein förmlicher Sturm von Vorwürfen und Verdächtigungen, Erwiderungen und Verwahrungen.

2) Eigentümlich ist das Verhalten des dritten Führers, Philip Snowdens. Dieser bekannte sich am 20. Mai in der Unterhaussitzung allgemein als Gegner der Streiks, dieser »barbarischen Methode Wirtschaftsfragen zu behandeln«.

3) Über Cook schrieb die *Dresdener Volkszeitung* vom 3. September 1925, unter der meines Erachtens unbegründeten Voraussetzung, sie habe es mit einem regelrechten Kommunisten zu tun: »Uneinigkeitapostel Cook spricht — fragt aber nicht was! Es ist ein alter Brauch der internationalen Arbeiterbewegung, daß Vertreter der Arbeiterschaft des einen Landes eingeladen werden in einem andern Lande zu sprechen, um die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung zu demonstrieren. Die Kommunisten machen das anders. Nicht genug, daß sie im eigenen Lande die Arbeiter unter einander verhetzen, lassen sie noch Kommunisten aus anderen Ländern kommen, um die üblichen Schimpfkanonaden gegen die "Verräter" des eigenen Landes auch von Ausländern besorgen zu lassen. Zu diesem Zweck hatte die Kommunistische Partei Deutschlands am Sonntag den Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, Cook, unter der Firma der Internationalen Arbeiterhilfe und dem Vorsitz des alten Ledebour in Berlin sprechen lassen. Man muß schon sagen, daß Cook sich der ihm gestellten Aufgabe mit einer demagogischen Gewissenlosigkeit entledigte, die die Erwartungen seiner Auftraggeber noch übertraf. Er konnte wohl um so leichter gegen die deutschen Gewerkschaften und ihre gewählten Vertreter zu Felde ziehen, als er offenbar von ihnen nicht nur keine klare Vorstellung hat sondern nur das weiß, was in der bolschewistischen Schwindelpresse geschrieben wird. So behauptete er unter anderm: »Gerade in Deutschland sagen die Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds-Führer, daß sie alles tun werden, was im Interesse des Vaterlandes liege. Sie sagen den Arbeitern: Ihr müßt länger arbeiten, ihr müßt euch mit weniger Lohn begnügen. Der Aufbau des Vaterlandes verlangt es! Dümmer und niederträchtiger kann auch ein deutscher Kommunist nicht schwindeln. Im übrigen wird es angebracht sein den englischen Gewerkschaften klarzumachen, daß im Interesse eines reibungslosen Zusammenarbeitens der englischen und der deutschen Gewerkschaften solche Delegationen zu unterbleiben haben. »Die Reformisten aller Länder reden von Einigkeit, aber sie wollen sie nicht«, so sagt der Uneinigkeitapostel Cook. Freilich, er und seine gleichgerichteten Freunde in England haben noch nicht die Erfahrungen hinter sich, von denen in Deutschland jeder Gewerkschaftsfunktionär bis zum Vertrauensmann in der Werkstatt ein trautes Kapitel berichten kann. Man steht Sinowjew um so näher, je weiter man von Moskau entfernt ist. Vielleicht aber kommt unerwartet rasch der Augenblick, wo die russischen Diktatoren auch den englischen Arbeitern gegenüber das sanft streichelnde Pfötchen der Einigkeit zurückziehen, und dann erhält auch der englische "Kettenhund des Kapitalismus" (so heißt in der Sowjetsprache jeder Gewerkschaftsführer) den Fußtritt.« So die *Dresdener Volkszeitung*. In der englischen Presse habe ich bisher, selbst während des Streiks, noch nie Cook einfach als Kommunisten bezeichnet gefunden, obwohl die Einwirkungen der russischen Bolschewisten auf die Trade Unions-Bewegung seit geraumer Zeit unverkennbar sind. Auch die Äußerungen Cooks über die deutschen Gewerkschaften und speziell über den Bundesvorstand beweisen nach der bezeichneten Richtung wenig. Viel näher liegt es, allerdings aus guten Gründen nicht für die *Dresdener Volkszeitung*, in der im Ausland, freilich auch in Moskau, vielbenutzten Schrift Liebmanns über die Politik der Generalkommission die Quelle und Autorität für das Urteil Cooks zu suchen.

Für die Gewerkschaften, die am Sympathiestreik näher beteiligt waren, ist zwar der Friedensschluß leidlich glimpflich ausgefallen, da der überwiegende Teil der Unternehmer zunächst dem Rat Baldwins folgte: um des spätern Zusammenarbeitens willen auch als Sieger lieber weitblickend großmütig als kurzfristig unerbittlich zu sein. Ohne empfindliche Demütigungen und dauernde Rückschläge ging es jedoch nicht ab. Die Eisenbahner und Docker mußten, als die näheren Bedingungen für die allmähliche Wiedereinstellung zu regeln waren, ausdrücklich den durch plötzliche Arbeitsniederlegung begangenen Tarifvertragsbruch zugestehen und außerdem die Unterlassung ähnlicher Kampfhandlungen für die Zukunft zusichern. In der Vereinbarung der Eisenbahner (und ähnlich der Docker und der Untergrund- und Straßenbahn- sowie Omnibusgesellschaftsangestellten) heißt es wörtlich: »Die Gewerkschaften räumen ein, daß sie durch den Aufruf zum Streik eine rechtswidrige Handlung gegen die Gesellschaften begingen (committed a wrongful act) ... Die Gewerkschaften verpflichten sich ihre Mitglieder ohne vorherige Verhandlungen mit den Gesellschaften nicht wieder zum Streik aufzurufen.«

Die Buchdrucker mußten die Verpflichtung eingehen während der regelmäßigen Arbeitszeit keine chapel meetings mehr abzuhalten und von jeder Einflußnahme auf den Inhalt von Zeitungen künftig abzusehen.

Ferner erfolgt die Wiedereinstellung erklärlicherweise nur nach Bedarf, und Tausende und Abertausende blieben, selbst wenn jede Neigung zur Vergeltung zu unterdrücken gewesen wäre, zunächst arbeits- und stellenlos, weil das auseinandergetriebene wirtschaftliche Räderwerk nicht ohne weiteres wieder in vollen Gang zu bringen war. Vor allem die Eisenbahner litten weiter schwer unter dem Kohlenstreik und dem Ausfall der Frachten durch ihn. Die Arbeitslosenzahlen bei den Arbeitsnachweisen, die zuletzt allmählich zurückgegangen, aber an sich erschreckend genug waren, schwollen zwischen dem 3. und 10. Mai von neuem um 470 084, die nächste Woche nochmals um 36 801 Köpfe an. Auch aus diesen Nachwirkungen ergeben sich die verhängnisvollsten Eindrücke auf die Stimmung der Massen und die Beziehungen zwischen Führern und Gesamtorganisation.

Der schwarze Freitag vom April 1921 war für die englische Arbeiterbewegung nur eine bescheidene, auch mehr nur eine rein gewerkschaftliche Heimsuchung im Vergleich zu der großen politisch-gewerkschaftlichen Katastrophe vom Mai 1926.

OTTO KARUTZ · DIE DEUTSCHE LÄNDLICHE SIEDELUNG VOR DEM WELTKRIEG



SEIT jeher haben die Sozialistischen Monatshefte der Diskussion über die Agrarfrage den ihrer Bedeutung entsprechenden Raum gegeben. Sie strebten beständig danach unter voller Objektivität gegenüber dem agrarischen und agrarpolitischen Geschehen den Zusammenhang der Dinge aufzuklären und dafür zu sorgen, daß die Erkenntnis vom Wesen der Agrarpolitik in den Kreisen der Partei immer weiter Fuß faßte. Ein wichtiges Teilgebiet der Agrarpolitik ist die Siedelung. Sie ist im weitern Sinn eine Grundfrage der Volks- und Staatsbildung überhaupt, im engern Sinn eine Frage aktiver Beeinflussung der agrarpolitischen Entwicklung. Die erste Frage soll uns hier nicht beschäftigen, da sie zum mindesten für Deutschland gesehen nur noch historische Bedeutung hat,

deren Gewicht allerdings nicht unterschätzt werden darf. Im engern Sinn gesehen und besonders für die letzten 10 Jahre des Weltgeschehens hat die deutsche Siedelung eine einzigartige Stellung gegenüber der großen agrarrevolutionären Welle, die aus Rußland über Osteuropa bis weit ins Herz des Kontinents gebrandet ist. In allen Staaten Osteuropas hat diese Welle zu Agrarreformen geführt, die im allgemeinen mit der geschichtlich gewordenen Bodenverteilung und Bodennutzung radikal Schluß machten und etwas völlig Neues auf agrarpolitischem Gebiet zu schaffen versuchten. In Deutschland ist sie zum Stillstand gekommen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Deutschland der Revolution den Damm agrarpolitischer Evolution entgegenstellte. Deutschland konnte den Damm auf einem Fundament agrarpolitischer Reformarbeit aufbauen, das in seinen Ursprüngen rund 30 Jahre in die Vergangenheit zurückreichte. Im ganzen Osten Europas hat man ein solches Fundament für die Durchführung einer evolutionären Agrarreform nicht gehabt. Auch die Stolypinschen Reformarbeiten in Rußland haben bei der Kürze ihrer Wirkungsmöglichkeit vor der russischen Revolution von 1917 ein solches Fundament nicht bilden können.

Bereits an der Schaffung des agrarreformerischen Fundaments in Deutschland haben Sozialdemokraten mitgewirkt. Freilich ist vor 1918 nicht die Wucht der Parteiautorität in die parlamentarische und praktische Arbeit für die neudeutsche ländliche Siedelung gelegt worden, weil die Partei innerlich noch keine feste Stellung zu der agrarischen Entwicklung der letzten 50 Jahre gefunden hatte. Der Streit um Tendenz und Gestaltung eines Agrarprogramms erschwerte die parteioffizielle Arbeit am Siedelungswerk zunächst sehr. Trotzdem haben in den deutschen Ländern, deren Sache damals, wie im großen und ganzen noch heute, die praktische Siedelungsarbeit war, die Parteigenossen in den Parlamenten das ihrige getan, um Kleinbauernschutz und Siedelung in jeder geeigneten Art und Weise zu fördern. Hervorragende Köpfe aus der Partei, wie Arthur Schulz und Eduard David, haben sich bereits vor dem Krieg schriftstellerisch der Siedelung angenommen. In den Sozialistischen Monatsheften hat seit 1908 besonders oft und eindringlich, von praktischer Erfahrung wirkungsvoll gestützt, Arthur Schulz die Siedelungsfrage behandelt. Nach seinem Tod /1917/ hat manch anderer seine Arbeit wiederaufzunehmen versucht; es sei dabei besonders auf die Arbeiten Martin Mächlers hingewiesen, die hier in den Jahren 1921 bis 1923 erschienen. Nach dem Krieg, also nach Beginn der neuesten Epoche der deutschen ländlichen Siedelung, waren es dann in der deutschen Kleinbauernbewegung führende Parteigenossen, die den Siedelungsgedanken praktisch weiter aufgriffen. Otto Albrecht, Wilhelm Helling, Arnold Lipschitz, Heinrich Peus sind aus diesem Kreis wohlbekannt. Schließlich haben in Gesetzgebung und Verwaltung manche Genossen das ihre getan, um das Siedelungswerk in jeder Weise zu fördern. Wo man von den Schöpfern der neuen deutschen Siedelungsgesetzgebung spricht, werden Männer wie Otto Braun, Hans Krüger nicht vergessen.

Es soll nun versucht werden unter veränderten Zeitumständen und Verhältnissen die Arbeit des verstorbenen Arthur Schulz an dieser Stelle fortzusetzen. Was er erstrebt hat, war stets: die Dinge möglichst objektiv zu erfassen und bei der Beurteilung und Behandlung der Siedelung der Erfahrung ihr Recht zu lassen, "graue Theorie" möglichst auszuschließen. Es sollen hier die gleichen Gesichtspunkte Richtschnur der Erörterung sein.



MIT der preußischen "innern Kolonisation" der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann die moderne deutsche Siedlung. Sie entstand, weil im Osten Preußens das blutsfremde Element dank seiner Bedürfnislosigkeit, seiner starken Vermehrung und seiner bessern Anpassungsfähigkeit an Arbeitsaufgaben schwerster körperlicher Art über das deutsche Element immer mehr ein Übergewicht gewann. Nach damaliger Auffassung mußte dies unbedingt verhindert werden, da man sich darüber klar war, daß das blutsfremde Element nicht oder wenigstens nicht leicht zu assimilieren war, daß aber seine Ausbreitung stärkste Gefahren für den Bestand des Staates nach seiner damaligen Struktur haben mußte. Man übersah dabei allerdings, daß zum guten Teil die preußische Innenpolitik des letzten Jahrhunderts der Entwicklung an der Ostgrenze Preußens Vorschub geleistet hatte. Die Verwässerung der Stein-Hardenbergischen Bauernbefreiung mit ihrer Folge einer starken Verminderung des freien Bauernstands, einer verstärkten Auswanderung und einer erhöhten Binnenwanderung hatten bis zur Reichsgründung Verhältnisse geschaffen, die in der Gründerzeit mit ihren Nebenerscheinungen zu einer gewaltigen innern Schwäche der Agrarwirtschaft führten. Dazu kam, daß in der großen Agrarkrise des 19. Jahrhunderts das Streben nach verbilligten Arbeitskräften den ostdeutschen Großgrundbesitz veranlaßte land- und blutsfremde Arbeitskräfte in erheblicher Anzahl ins Land zu ziehen. Ganz allgemein gesehen stellt sich die Bevölkerungsbewegung der ersten 20 Jahre nach der Reichsgründung so dar, daß vom Land viele deutschstämmige Elemente ins Ausland und in die Städte, also nach dem Westen abströmten, in deren Stellen auf dem Land das slawische Element aus dem Osten nachrückte. Für den Charakter der Bewegung spielte es dabei keine erhebliche Rolle, daß zur Verhinderung von Einbürgerungsmöglichkeiten die sogenannten polnischen Schnitter jährlich über Weihnachten zwangsweise in ihre Heimat zurückbefördert wurden. Wie stark die Bevölkerungsbewegung damals war, erhellt unter anderm aus den Auswanderungszahlen jener Jahre.¹ Es wanderten im Jahr 1871 76 224 Personen aus, 1872 128 152, 1873 110 438, 1875 32 329, 1880 117 097, 1881 220 902, 1882 203 585 und 1885 110 119 Personen. Übereinstimmend schätzen Agrarpolitiker, wie Sering, Dade und andere, die jährliche Gesamtbewegung vom Land in die Stadt und ins Ausland, die mit dem Schlagwort Landflucht bezeichnet wird, noch um die Jahrhundertwende auf rund 400 000 Personen deutscher Abstammung. Daß diese nationalpolitisch unerwünschten Verhältnisse der Hauptanlaß für die Wiederaufnahme der Ostlandsiedlung durch Preußen waren, geht aus den amtlichen Begründungen für die ersten 3 bedeutenden Siedelungsgesetze eindeutig hervor.² Das erste Gesetz, das von 1886, zeigt es außerdem auch bereits in der Gesetzesbezeichnung.

Die 3 grundlegenden ländlichen Siedelungsgesetze aus den Jahren 1886, 1890 und 1891, allgemein zusammengefaßt unter der Bezeichnung Rentengutsgesetze, leiten die 3. große deutsche Siedlungsepoche ein. Die 1. Epoche war die der deutschen Ostlandsiedlung des Mittelalters, die im 12. Jahrhundert begann und das Deutschtum über Elbe, Oder, Weichsel, Memel und Düna hinausführte. Ihre markanten Hauptträger waren die Ritterorden,

1) Siehe von Zanthier Siedeln und nicht verzweifeln! /Berlin 1925/ Seite 7 und folgende.

2) Eine gute Zusammenstellung und Darstellung des gesamten Materials gibt Haack Die preußischen Gesetze über Rentengüter /Berlin 1921/.

denen sich das siedelungslustige, aufstrebende Bürger- und Bauerntum Innerdeutschlands anschloß. Diese Siedelungs-epoche hat in der Hauptsache nationalpolitischen Charakter. Wenn wir heute überhaupt ein deutsches Ostelbien haben, so ist das nur der Arbeit jener Jahrhunderte zu danken. Die 2. Ansiedelungs-epoche ist die Friedrichs II. Aus bevölkerungspolitischen Motiven heraus ging er nach den 3 schlesischen Kriegen daran friedlich neue Provinzen seinem Land zu schaffen. Die Bruchsiedelungen, aber auch ein gut Teil märkischer Geestsiedelungen rühren von ihm her. Seine Siedler zog er aus allen Gauen Deutschlands heran. Was er an Kolonien und Dörfern geschaffen hat, liegt heute noch blühend da. Diese Zeugen seiner Arbeit geben auch dem Siedelungspraktiker der heutigen Zeit noch mancherlei zu lernen auf. In den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann dann die 3. Epoche, die wieder auf nationalpolitische Ursachen zurückzuführen ist. Heute stehen wir in der 4. Epoche, die mit dem oben erwähnten Aufhalten der agrarrevolutionären Welle in Osteuropa begann.

BESCHÄFTIGEN wir uns zunächst mit der Gesetzgebung, die die 3. Epoche deutscher Siedlungsarbeit einleitete beziehungsweise im Verlauf dieser Epoche entstand. Es wurde bereits oben gesagt, daß den Beginn der neuen preußischen Ostsiedelung 3 Gesetze bilden, die Form und Praxis der modernen Siedelung überhaupt bestimmten. Es sind dies zunächst das Gesetz betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 24. April 1886, weiter das Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 und schließlich das Gesetz betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891.

Das Gesetz von 1886 stellte einen Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung, um »zur Stärkung des deutschen Elementes in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisierende Bestrebungen durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter 1. Grundstücke käuflich zu erwerben, 2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen a) aus der erstmaligen Einrichtung, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauftem (Nummer 1) oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden«. Zur Durchführung dieser Aufgaben wurde in den §§ 3 bis 7 die Möglichkeit eröffnet ein Gut nicht gegen einen festen Kapitalbetrag sondern gegen eine laufende Rentenzahlung zu verkaufen beziehungsweise zu erwerben. Damit wurde eine grundsätzlich neue Form des Grunderwerbs geschaffen, die für die wirtschaftliche Tragbarkeit der Ansiedlung durch den Siedler von erheblicher Bedeutung geworden ist. Ohne diese Rentengutsform ist die moderne Siedelung überhaupt undenkbar geworden. Der Wichtigkeit der Sache halber soll darum die Definition des Rentengutsbegriffes, wie sie das Gesetz von 1886 in seinem § 3 bringt, hier wieder gegeben werden:

»Erfolgt die Überlassung der Stelle gegen Übernahme einer festen Geldrente (Rentengut), so kann die Ablösbarkeit der letztern von der Zustimmung beider Teile abhängig gemacht werden. Die Feststellung des Ablösungsbetrages und der Kündigungsfrist bleibt der vertragsmäßigen Bestimmung überlassen. Von dem Rentenberechtigten darf jedoch ein höherer Ablösungsbetrag als der 25fache Betrag der Rente nicht gefordert werden, wenn die Ablösung auf seinen Antrag erfolgt. Bei der Eintragung der Rente in das Grundbuch müssen die Abreden über den

Ausschluß der Ablösbarkeit sowie über die Feststellung des Ablösungsbetrages und der Kündigungsfrist in das Grundbuch eingetragen werden. Ist dies nicht geschehen, so gilt Dritten gegenüber die das Grundstück belastende Rente als eine solche, die von den Verpflichteten nach 6monatiger Kündigung mit dem 20fachen Betrage abgelöst werden kann.«

Ihrer juristischen Form entkleidet besagt diese Definition, daß 1. ein Grundstück nicht gegen Kapital sondern gegen Zahlung einer Rente erworben werden kann, wenn der Erwerb den Zwecken des Gesetzes von 1886 dient, daß 2. diese Rente mit Zustimmung des Verkäufers wie des Käufers in Form einer Kapitalabfindung abgelöst werden kann, deren Höhe im Kaufvertrag (Rentengutsvertrag) im voraus festzusetzen ist, die aber nicht über den 25fachen Betrag der Jahresrente hinausgehen darf, daß 3. die Rente im Grundbuch eingetragen werden muß und bei ihr alle Nebenabreden über eventuellen Ausschluß einer Ablösbarkeit, über Feststellung des Ablösungsbetrages und der Kündigungsfrist für die Ablösung, widrigenfalls bestimmte Normen für Ablösung und Kündigungsfrist Dritten gegenüber eintreten. Wichtig aus dem Gesetz ist weiter noch, daß nach seinem § 4 festen Geldrenten solche Körnerabgaben gleichzusetzen sind, die nach einem jährlichen, entsprechend den Bestimmungen des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 ermittelten Marktpreis in Geld abgeführt werden müssen. Die Ausführung dieses Gesetzes wurde der Ansiedlungskommission in Posen übertragen, einer eigens dafür geschaffenen Behörde. Sie durfte nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1886 bei Durchführung ihrer Siedelungsvorhaben gewisse Summen zur Schadloshaltung des Staates für seine Aufwendungen einsetzen, die dem Fonds von 100 Millionen Mark zuflossen. Dieser Fonds war gewissermaßen das Eigenkapital der Behörde als Siedelungsunternehmen und diente in der Hauptsache zur Entnahme der für Güterankäufe usw. notwendigen Summen. Die jährlichen Renteneinnahmen flossen dem Fonds zu seiner Stärkung wieder zu; das gleiche galt für eventuelle Rentenablösungssummen. Mit dem Verlust der Provinzen Westpreußen und Posen und der Auflösung der Ansiedlungskommission im Jahr 1924 hat das Gesetz von 1886 seine unmittelbare praktische Bedeutung verloren. Als erstes Gesetz jedoch, das die Rentengutsform in der deutschen Siedelungsarbeit aufbrachte, hat es mittelbar noch seinen großen Wert.

Das Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 brachte nun für den Gesamtbereich Preußens die Möglichkeit Güter gegen Zahlung einer festen Rente zu erwerben. Es enthält nur Bestimmungen über Form und Begriff des Rentengutes und entspricht somit den §§ 3 bis 7 des Gesetzes von 1886, ohne dessen besondere Zweckbeschränkung als Voraussetzung der Möglichkeit eines Rentengutserwerbs ausdrücklich festzulegen. Wichtig ist gegenüber dem Gesetz von 1886 außerdem noch, daß für das Rentengut die Bestimmung getroffen ist, es müsse frei von Hypotheken und Grundschulden des Grundstücks begründet werden, von dem es abgetrennt wird. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes über die Erhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Rentengutes, über die Veräußerungs- und Teilungsbeschränkungen und anderes mehr entsprechen den Bestimmungen des Gesetzes von 1886.

Praktisch hat sich dieses Rentengutsgesetz erst nach seiner Ergänzung durch das Gesetz betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891 auswirken können. Dieses Gesetz kann man gewissermaßen als Ausführungs- und Hilfsgesetz zum Gesetz von 1890 bezeichnen.

Im Abgeordnetenhaus wurden seine Aufgaben mit den Worten gekennzeichnet, es solle das Gesetz von 1890 »sozusagen lebendig machen, diesem Gesetz eine große Wirksamkeit garantieren«. Noch bei dem Gesetz von 1890 beschränkte man ursprünglich die Aufgabe auf die Seßhaftmachung von Landarbeitern und die Besiedelung von Moor- und anderen Ödländereien. Den Vätern des Gesetzes von 1890 erschien die bäuerliche Siedelung außerhalb der Provinzen Posen und Westpreußen noch nicht so dringend. Immerhin wurde bereits bei der Behandlung dieses Gesetzes im Abgeordnetenhaus vom Landwirtschaftsminister auf die Möglichkeit hingewiesen das Gesetz der bäuerlichen Siedelung nutzbar zu machen. 1891 hatte man sich dann bereits zu der Überzeugung durchgerungen, daß die bäuerliche Siedelung auch in den übrigen Teilen Preußens eine absolute Notwendigkeit sei. Die Aufgabe des Gesetzes von 1891 wurde so unter anderm in der Begründung mit den Worten umrissen, durch die Erleichterung der Bildung von Rentengütern solle »ein Mittelglied zwischen dem Großgrundbesitz und der Klasse der besitzlosen Arbeiter« geschaffen werden. Die Begründung größerer landwirtschaftlicher oder vorstädtischer Rentengüter war zunächst nicht beabsichtigt, wenn auch später die Entwicklung zu einer solchen Ausnutzung des Gesetzes führte. Das Gesetz bestimmte im wesentlichen, daß zunächst zur Ablösung von Renten auf Rentengütern mittlern und kleinern Umfangs die Rentenbanken als Vermittler benutzt werden könnten. Die Ablösung kann auf Antrag eines der Beteiligten für denjenigen Teil der Rente erfolgen, dessen Ablösbarkeit nicht von der Zustimmung beider Teile abhängig gemacht ist. Der Rentenberechtigte kann in jedem Fall den Ablösungsantrag stellen, der Rentengutsbesitzer, soweit er selber zur Ablösung ohne Zustimmung des andern Teils berechtigt oder zur Ablösung vom andern Teil aufgefordert ist. Als Abfindung werden gezahlt entweder der 27fache Betrag der Jahresrente in $3\frac{1}{2}$ prozentigen oder der $23\frac{2}{3}$ fache Betrag der Rente in 4prozentigen Rentenbriefen nach dem Nennwert oder, soweit dies nicht möglich ist, in barem Geld. Neben diesem Abfindungsdarlehn kann die Rentenbank zur ersten Inventareinrichtung eines Rentenguts dem Rentengutsbesitzer ein ihrerseits unkündbares Darlehn in Rentenbriefen gewähren, das entsprechend verzinst und getilgt wird. Der jeweils ungetilgte Rest kann nur zurückgefordert werden, soweit der Schuldner den Regeln einer ordnungsgemäßen Wirtschaft zuwiderhandelt. Der Gesamtschuldbetrag wird durch eine Rentenbankrente vom Zeitpunkt der Rentenübernahme an getilgt, die im Fall der Ausgabe $3\frac{1}{2}$ prozentiger Rentenbriefe als Abfindung oder Darlehn 4%, im Fall der Ausgabe 4prozentiger Rentenbriefe als Abfindung oder Darlehn $4\frac{1}{2}$ % des Nennwerts der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baren Geldes beträgt, bei 4prozentiger Rente dauert die Tilgungsperiode $60\frac{1}{2}$, bei $4\frac{1}{2}$ prozentiger Rente $56\frac{1}{2}$ Jahre. Die Bestimmungen über die Selbständigerhaltung der geschaffenen Stelle sowie über die Tilgungs- und Veräußerungsbeschränkungen entsprechen denen der Gesetze von 1886 und 1890. Wichtig ist noch, daß im Fall des Zusammenfallens der Rentengutsgründung mit der Rentenablösungs- und Darlehnsgewährung die Zahlung der Rentenbankrente auf Antrag des Rentengutsbesitzers bis zur Dauer von 3 Jahren unterbleiben kann. Der Ausfall in diesen Freijahren wird durch Aufschlag der gestundeten Zinsen auf das gegebene Rentenbrief- und Barkapital und Zahlung der Rentenbankrente von diesem erhöhten Betrag gedeckt. Die Rentenbanken, die zur Erleichterung der Reallasten-

ablösung durch ein Gesetz vom 2. März 1850 geschaffen waren, wurden auf die neue Aufgabe umgestellt. Die von ihnen zur Aufnahme des benötigten Kapitals auszugebenden Rentenbriefe sollten nach Anweisung des Finanzministers auf die beiden Zinsquoten entsprechend den Bedürfnissen der Siedelung verteilt werden. In das Siedelungsverfahren wurden die preußischen Auseinandersetzungsbehörden, die Generalkommissionen, derart eingeschoben, daß ihnen die ganze behördliche Behandlung der Rentengutsbildung und -gründung übertragen wurde. Die Beleihungsgrenze für die Beleihung von Rentengütern mit Rentenbankkredit wurde auf drei Viertel des besonders zu ermittelnden Taxwerts festgesetzt; für sogenannte Familienstellen, die ganz oder vorzugsweise ohne fremde Arbeitskräfte wirtschaften, wurde diese Grenze auf neun Zehntel des Taxwerts erhöht. Die Begründung des Rentenguts kann, wie gesagt, auf Antrag eines Beteiligten durch Vermittlung der Generalkommission als Auseinandersetzungsbehörde erfolgen. Sie hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gründung eines Rentenguts gegeben sind, und weiter bereits von sich aus unter gewissen Voraussetzungen alle ungeeigneten Anträge zurückzuweisen. Erachtet sie die Möglichkeit der Rentengutsbegründung als gegeben, so weist sie den zuständigen Grundbuchrichter zur Eintragung des sogenannten Rentengutsvermerks an. Dieser Rentengutsvermerk hat Dritten gegenüber die Wirkung, daß alle nach ihm eingetragenen Belastungen usw. rechtsunwirksam sind. Danach nimmt das Verfahren der Rentengutsbildung sowie der Rentenablösung via Generalkommission seinen Gang. Nach Erledigung des Verfahrens und Eintragung des Eigentumsübergangsvermerks im Fall der völligen Neubegründung der Stelle wird der Rentengutsvermerk wieder gelöscht. Besondere Gebühren und Steuerbefreiungen treten bei der Rentengutsbildung ein. Die gleiche Bevorzugung erfahren Rentengutsgründungen, die ohne Mitwirkung der Generalkommission von Kommunalverbänden oder Instituten geschaffen werden, die sich mit der Ansiedlung befassen und behördlicherseits als gemeinnützig anerkannt sind.

Zusammenfassend sei über die 3 Gesetze noch einmal gesagt, daß sie für die neudeutsche ländliche Siedelung überhaupt die Rechtsform der Stellenbegründung schufen. Bereits vor dem Krieg übernahmen einige andere deutsche Länder das preußische Rentengutsverfahren, natürlich unter entsprechenden Abänderungen, angepaßt den besonderen örtlichen Verhältnissen. Die weitere Rechtsentwicklung auf dem Spezialgebiet der Stellenausgaberechtsform bis zum Krieg war kurz die, daß 1907 die Rentengutsform auch für die vorstädtische Siedelung nutzbar gemacht wurde. Es geschah dies durch den Ministerialerlaß vom 8. Januar 1907 über Arbeiterrentengüter, der Rentengutsbildungen bis zur Größe von $\frac{1}{4}$ Hektar zuließ. Weitere besondere Rechtsänderungen sind bis 1914 nicht zu verzeichnen.



S müssen aber noch einige Worte über die Entwicklung der wirtschaftlichen Seite des Siedelungsrechts sowie über einzelne, für die Siedelung wichtige Nebengesetze gesagt werden. Zunächst ist dabei auf das Gesetz betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen vom 10. August 1904 hinzuweisen. Jede Ansiedlung bedarf in Preußen einer besonderen Ansiedlungsgenehmigung, die in der Regel von den unteren Organen der allgemeinen Landesverwaltung nach Erfüllung gewisser Voraussetzungen

entsprechend den Bestimmungen von Gesetzen erteilt wird, die für die verschiedenen preußischen Landesteile verschieden sind. Diese Gesetze waren teilweise sehr geeignet entweder die praktische Siedlungsarbeit in einzelnen Bezirken Preußens erheblich zu verzögern oder durch ermöglichte weitestgehende Ansprüche interessierter öffentlichrechtlicher Körperschaften, wie Gemeinden, Realgemeinden, Kirchengemeinden usw., durch die Folgeeinrichtungen wirtschaftlich stark zu belasten. Zur leichtern Überwindung aller sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten bestimmte nun das Gesetz über die Ansiedlungsgründung von 1904, 1. daß bei Rentengutsgründungen die für die Ansiedlungsgenehmigung zuständige Behörde die Generalkommission wurde, 2. daß die Entscheidung über Forderungen der beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände und die endgültige Festsetzung der Folgeeinrichtungsleistungen der Genehmigungsbehörde zustände, die die Festsetzung nach gehöriger Prüfung vor Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung vorzunehmen hat, 3. daß sämtliche für die benötigten Folgeeinrichtungen dem Unternehmer auferlegten Leistungen mit der Inanspruchnahme der Ansiedlungsgenehmigung Verpflichtungen werden, deren Durchführung eventuell durch zwangsweise Beitreibung einer Sicherheitsleistung gesichert werden kann. Die Finanzierung der Siedelung wurde durch Bereitstellung besonderer Staatsmittel für Zwischenkredite erleichtert. Im Lauf der Jahre hatte es sich herausgestellt, daß die Siedelungsunternehmer im allgemeinen nicht genügend eigene Mittel aufzubringen vermochten, um das Verfahren bis zur Ablösung der aufkommenden Renten durch die Rentenbank durchführen zu können. Zur Erleichterung und Beschleunigung der Siedlungsarbeit wurde nun die Möglichkeit gegeben bereits im Rahmen des zu erwartenden Rentenbrieffaufkommens nach Eintragung des Rentengutsvermerks und Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung Zwischenkredite bei der Preußischen Staatsbank aufzunehmen, die nach Durchführung des Verfahrens vermittelt des Rentenbankkredits wieder abgelöst wurden. Die Zwischenkreditmittel sind mehrfach erhöht worden. Der Zwischenkredit wurde durch ein besonderes Zwischenkreditgesetz vom Jahr 1900 eingeführt, und der Zwischenkreditfonds in den Jahren 1910 und 1913 erheblich erhöht. Für sämtliche Renten- und Ansiedlungsgüter wurde schließlich durch ein Gesetz vom 8. Juni 1896 ausnahmslos das gesetzliche Anerbenrecht eingeführt, um auch beim Erbgang die Erhaltung der einmal geschaffenen Stelle unbedingt zu sichern. Zuletzt sei noch das Besitzfestigungsgesetz vom Jahr 1912 erwähnt, das die ostdeutsche Siedlungsarbeit durch finanzielle Stützung und Festigung des in den Grenzprovinzen bestehenden freien deutschen Grundbesitzes ergänzen sollte. Die Besitzfestigung wurde vermittelt der Umwandlung bisher freien Besitzes in Rentengutsbesitz durchgeführt.

Ein kurzes Wort sei über die bereits mehrfach erwähnten Auseinandersetzungsbehörden gesagt. In Verfolg der Stein-Hardenbergischen Agrarreform wurden für Preußen zunächst bei den Bezirksregierungen, später als selbständige Provinzialbehörden besondere Auseinandersetzungsbehörden geschaffen: die Generalkommissionen, die als Lokalbehörden innerhalb ihres jeweiligen Amtsbezirks Spezialkommissionen hatten, die nach Anweisung der Generalkommission arbeiteten. Ihre besonderen Aufgaben waren Real-lastenablösungen, Gemeinheitsteilungen, Servitutablösungen und Umlegungen. Im Lauf des Jahrhunderts war ihre innere Organisation mehrfach geändert worden. Zunächst hatten sie kollegiale, dann kurze Zeit Präfektur-, dann

wieder kollegiale Verfassung. Als Kollegien waren sie Spruchbehörde, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Berufungsinstanz in Gestalt des Oberlandeskulturgerichts zu Berlin erhielten. Die lokalen Spezialkommissionen waren unselbständige Auftragsbehörden der Generalkommissionen. Sie verloren damals ihren Kommissionscharakter, indem an Stelle der Besetzung mit einem besonders qualifizierten Ökonomiekommissar als Beamten der Auseinandersetzungsbehörde und einem aus den Justizbeamten des betreffenden Oberlandesgerichtsbezirks ernannten Rechtskundigen allein die mit einem Spezialkommissar trat, der jeweils unter besonderer Fachvorbildung aus dem Justiz- oder landwirtschaftlichen Verwaltungsdienst hervorgegangen war. Die Aufgaben dieser preußischen Auseinandersetzungsbehörden schienen gegen Ende des 19. Jahrhunderts allmählich erschöpft zu sein, bis der Beginn der innern Kolonisation ihnen durch Übertragung der Rentengutsarbeit neue Aufgaben brachte. Sie waren nunmehr die nüchtern prüfende Behörde, in deren Hand die Rentengutsbildung rechtlich und technisch von der Ansiedlungsgenehmigung bis zum Rezeßabschluß vereinigt war. Dies währte so lange, bis gewisse gemischtwirtschaftliche Verfahrensträger, die sogenannten Landgesellschaften, eine Machtstellung erreichten, die es im Interesse beschleunigter Verfahrenserledigung angezeigt sein ließ ihnen rechtliche und technische Aufgaben zu übertragen, die bisher bei den Auseinandersetzungsbehörden gelegen hatten.

Damit kommen wir zu den weiteren Verfahrensträgern im Siedelungswerk.

BEI Erlaß der Rentengutsgesetze lagen die Dinge so, daß Verfahrensträger bei der Rentengutsbildung meistens die jeweiligen Gutseigentümer waren, die im Zusammenarbeiten mit der Generalkommission aus eigenen Mitteln das Ansiedlungsverfahren durchführten, wobei, wie wir sahen, die Auseinandersetzungsbehörde der Hauptverantwortliche gegenüber Staat und Gesellschaft war. Der Gutseigentümer war nur der wirtschaftliche Träger des Verfahrens. Er mußte aus eigenen Mitteln zunächst für die Errichtung der Siedlergehöfte, die Flächenaufteilung, die Wegeanlage usw. die nötigen Gelder aufbringen, die ihm später nach Abschluß des Verfahrens in Rentenbriefen vergütet wurden. Oft war aber die wirtschaftliche Kraft der bisherigen Gutseigentümer nicht so stark, daß sie diese Belastung durchhalten konnten. So traten bald, besonders in Pommern, an ihre Stelle einige interessierte Privatleute mit stärkeren Kapitalien, die sogenannten Güterschlächter. Bei aller kritischen Betrachtung ihrer auf persönlichen Erwerb gerichteten Aufteilungsarbeit muß man doch sagen, daß sie teilweise recht Ersprießliches geleistet haben. Manche alte Kolonie im Kreis Kolberg-Körlin, die von ihnen herrührt, ist ein Muster für spätere Siedelungsverfahren geworden. Selbstverständlich hatte diese Form der Verfahrensdurchführung auch ihre großen Mängel. Die selbst hier noch oft vorhandene Kapitalsschwäche des Unternehmers zog die Aufteilungsarbeit meist zu lange hin. Die Folge dieser Erfahrungen war zunächst die oben bereits erwähnte Bereitstellung von Zwischenkreditmitteln für die Dauer des Ansiedlungsverfahrens, später die Schaffung besonderer gemischtwirtschaftlicher Siedelungsunternehmen. Im Zusammenhang mit der Aufteilungsarbeit unter Heranziehung von Gutseigentümern oder Einzelunternehmern bildete die Generalkommission zu Frankfurt an der Oder unter dem Präsidenten Metz ein besonderes Ver-

fahren aus, das unter dem Namen Frankfurter Verfahren bei allen Generalkommissionen allmählich angenommen wurde und heute noch meist das Schema für die Verfahrensdurchführung unter Mitwirkung der Auseinandersetzungsbehörde bildet. Nach Eingang des Antrags auf Aufteilung eines Gutes seitens des Eigentümers oder eines von ihm beauftragten Unternehmers bei der Generalkommission wird zunächst dem zuständigen Landrat Gelegenheit zur Äußerung gegeben. Gleichzeitig werden die für eine Prüfung der Verfahrensmöglichkeiten nötigen Unterlagen wie Gutskarten, Gutsbeschreibungen, neuere Taxen, ortsübliche Kauf- und Pachtpreise, Katasterauszüge, Grundbuchblattabschriften und anderes mehr beschafft. Ebenso wird die Besiedlungsfähigkeit des Gutes an Ort und Stelle untersucht, besonders nach der Bodenbeschaffenheit, der Lage, der bisherigen Bewirtschaftungsweise, den Verkehrs-, den Absatz- und den Belastungsverhältnissen. Nach einem Überschlag, ob die zu bildenden Rentengüter zu wirtschaftlich erträglichen Preisen abzugeben sind, wird die Vortaxe vorgenommen, werden die erforderlichen Besiedlungszuschläge errechnet, und danach der Besiedlungsplan dem Unternehmer durch die Spezialkommission zur Äußerung zugestellt. Dieser Plan enthält unter anderem 1. den Besiedlungswert des Gutes, das heißt die insgesamt beim Parzellenverkauf einzubringende Summe, 2. den Entschädigungsbetrag für den Rentengutsausgeber als Unternehmer, für die Landabgabe und seine sonstigen Verfahrensaufwendungen, 3. die für gemeinwirtschaftliche Anlagen einzusetzenden Beträge, 4. den speziellen Besiedlungsplan, das heißt Flächenaufteilungsplan, Wegeplan, Bautenerrichtungsplan usw. Der Unternehmer gibt seine Äußerung ab, und danach wird dann ein Besiedlungsvertrag abgeschlossen, in dem die Besiedlungsbedingungen nochmals eindeutig festgesetzt sind; an ihn sind sowohl Unternehmer wie Auseinandersetzungsbehörde gebunden. Darauf wird die Ansiedlungsgenehmigung erteilt, und die Prüfung der einzelnen Siedlungsbewerber durch den Spezialkommissar beginnt. Gebäudeerrichtung, Planaufteilung und Ausweisung beziehungsweise Herstellung der vorgesehenen Folgeeinrichtungen erfolgen gleichzeitig. Während des Verfahrens wird das Gut auch landwirtschaftlich in der sogenannten Zwischenwirtschaft, die sich möglichst bereits dem Besiedlungsplan anpaßt, weiter genutzt. Nach Abschluß des gesamten Verfahrens und Übergabe der Stellen wird vor dem Spezialkommissar ein von der Generalkommission zu genehmigender Rezeß als Urkunde mit öffentlichem Glauben aufgenommen, der zu den notwendigen Grundbuchumschreibungen usw. führt und die politischen und sonstigen Verhältnisse der neuen Gemeinde endgültig regelt.

Neben den Einzelunternehmern traten gleich oder bald nach Beginn der neu-deutschen Ostsiedlung körperschaftliche Unternehmer auf. Es waren zunächst 2: die Landbank, Aktiengesellschaft zu Berlin, 1895 gegründet, und die 1903 von interessierten Agrarpolitikern als Genossenschaft pommerscher Großgrundbesitzer gebildete Pommersche Ansiedlungsgesellschaft in Stettin. Die Landbank hat sich neben der Siedlungsarbeit noch auf dem Gebiet des allgemeinen Grundstückshandels, der Hypothekenvermittlung und anderm mehr betätigt. Erst nach dem Krieg ist sie, durch besonderen Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers vom 16. Juni 1920, ein gemeinnütziges Siedelungsunternehmen im gesetzlichen Sinn geworden. Dank ihrer Kapitalstärke und fachmännischen Leitung hat sie es jedoch auch als reines Erwerbsunternehmen vermocht zahlreiche mustergültige Kolonien und Einzel-

siedelungen in Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Pommern und Brandenburg zu schaffen. Die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft konnte als Genossenschaft mit ihrem schwerfälligen Verwaltungsapparat und geringerem Eigenkapital verhältnismäßig wenig erreichen. Sie hat einige gut geglückte Kolonien geschaffen, ging aber 1907 in der Pommerschen Landgesellschaft mit beschränkter Haftung auf.

Im Jahr 1905 wurde als erste der heutigen gemeinnützigen provinziellen Siedlungsgesellschaften (Landgesellschaften) die Ostpreußische Landgesellschaft gegründet. Sie war eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der sich der Staat, die Provinz, die anderen Kommunalverbände Ostpreußens, sowie zunächst die Landbank, später an ihrer Stelle Städte, Versicherungsträger und Private beteiligten. Der Staat übt über die Tätigkeit der Gesellschaft eine besondere Aufsicht durch den Oberpräsidenten aus. Das Statut unterliegt seiner Bestätigung, ebenso dessen eventuelle Abänderungen; die Dividende ist auf im Höchstfall 5 % nach Abschreibung erheblicher Rücklagen und Aufwendungen für besondere Siedlungsfonds beschränkt. Die Mittel für die erste finanzielle Beteiligung des Staates wurden aus der allgemeinen Staatskasse entnommen. 1910 und 1913 wurde außerdem bei der Bereitstellung neuer Zwischenkreditmittel ein Teil dieser Summen besonders für die Beteiligung bei provinziellen Siedlungsunternehmen ausgewiesen. Schlag auf Schlag wurden danach in sämtlichen preußischen Provinzen analog der Ostpreußischen Landgesellschaft weitere provinzielle Siedlungsunternehmen geschaffen, von denen die bekanntesten die Landgesellschaft Eigene Scholle in Frankfurt an der Oder für die Provinz Brandenburg, die Pommersche Landgesellschaft in Stettin für Pommern sind. Alle diese Gesellschaften haben die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, weil diese bei genügender Berücksichtigung der finanziellen Interessen des Staates doch den Geschäftsführern die erforderliche Bewegungsfreiheit für ihre verantwortungsvolle Arbeit läßt. Die Gesellschaften arbeiten nach kaufmännischen Grundsätzen, müssen sich also selbst tragen und erhalten. Außer den Stammeinlagen bekommen sie von den Gesellschaftern keine Zuwendungen, sie müssen vielmehr ihre Bedürfnisse allein aus den Erträgen der Zwischenwirtschaft der zu besiedelnden Güter und der Besiedelungsgebühr für jedes Verfahren bestreiten. Die den Gesellschaften gewährten sogenannten Flächen- und Stellenzuschüsse waren nicht, wie irrtümlich oft angenommen wird, Beihilfen an die Gesellschaften, sie dienten vielmehr zur Erleichterung der Lasten, die wegen der Folgeeinrichtungen auf die Ansiedler gelegt wurden. Die Flächen- und Stellenzuschüsse sind durch die neue Gesetzgebung über die Ansiedlungsgenehmigung von 1923 beseitigt. Die Landgesellschaften haben im Lauf der Zeit mehr und mehr selbst die Aufgaben der Auseinandersetzungsbehörden übernommen, besonders nachdem sie zur Erleichterung ihrer Arbeit einen eigenen vermessungstechnischen Apparat schufen, der infolge der kaufmännischen Gestaltung der Unternehmen wesentlich schneller und billiger zu arbeiten vermag als der technische Apparat der Auseinandersetzungsbehörden. Das gleiche gilt für ihre juristischen Abteilungen. So haben die Landgesellschaften teilweise vor dem Weltkrieg sogar die Rezeßaufstellung an sich ziehen können, und den Auseinandersetzungsbehörden verblieb dann im Einzelverfahren nur noch die von der Generalkommission zu erteilende Rezeßgenehmigung.

Noch etwas über das technische Verfahren. Seit Beginn der modernen Siedlungsarbeit am Ende des 19. Jahrhunderts war es bei der Verfahrensdurchführung Prinzip nur geschlossene Güter aufzuteilen. Die Notwendigkeit einer oft kostspieligen Zwischenwirtschaft und die daraus teilweise entstehende Personalbelastung des Siedlungsunternehmens wurde völlig ausgeglichen durch die Vorteile eines bereits in den Grundlinien vorhandenen Wegnetzes, weiter eines Kerns für die Gemeinde- und Dorfbildung, endlich durch die bereits vorhandene Gesamterschließung des Siedlungsgeländes. Daher blieb man die ganze Zeit seit den achtziger Jahren immer bei diesem Verfahren.³ Versuche andere technische Verfahren einzuführen scheiterten. Unter diesen Versuchen einer Umbildung des Siedlungsverfahrens ist besonders das von Kapp vorgeschlagene Verfahren der sogenannten Spitzensiedlung zu erwähnen, das die neuen Kolonien beziehungsweise Bauernstellen nur auf die Außenschläge der zu besiedelnden Güter legen wollte. Die unnötige Verteuerung der Siedlungsarbeit durch ein solches Verfahren lag auf der Hand, so daß die Siedlungspraxis es energisch ablehnte.

BIS zum Ausbruch des Weltkriegs 1914 ging die Durchführung der deutschen innern Kolonisation völlig ungestört vor sich. Im außerpreußischen Deutschland war die Siedlungstätigkeit auf ein verhältnismäßig kleines Maß beschränkt. Nur Oldenburg hebt sich neben Preußen, was den Umfang seiner Siedlungsarbeiten anlangt, über die anderen Länder mit hervor. Oldenburg führte seine Siedlungsvorhaben im wesentlichen auf seinen weit ausgedehnten Moorflächen durch, die größtenteils fiskalischer Besitz waren. Einwandfreie Zahlen über die Ergebnisse der oldenburgischen Siedlungsarbeiten vor dem Krieg lassen sich leider nicht anführen. Wir müssen uns daher bei der Betrachtung der Siedlungsergebnisse von 1886 bis zum Ausbruch des Weltkriegs auf die preußischen Zahlen beschränken. Es sind in den Statistischen Jahrbüchern für den Preußischen Staat laufend entsprechende Zusammenstellungen veröffentlicht worden. Aus Angaben des Jahrbuchs für 1915 sind die folgenden Zahlen berechnet: In den Jahren 1891 bis 1914 wurden von der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen 811 Güter und 617 Bauernhöfe angekauft, davon aus deutscher Hand 598 Güter und 348 Bauernhöfe, aus polnischer Hand 213 Güter und 269 Bauernhöfe; die Gesamtfläche aller betrug 453 173 Hektar. Es wurden insgesamt 20 302 Stellen geschaffen. Davon waren 1073 über, 19 229 unter 25 Hektar; die gesamte aufgeteilte Fläche umfaßte 290 502 Hektar. Gemäß den Rentengutsgesetzen vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891 wurden im selben Zeitraum 8607 Güter aufgeteilt. Die Fläche der ganzen Güter vor der Aufteilung umfaßte 437 036, die reine besiedelte Fläche 238 448 Hektar. Es wurden insgesamt 21 535 Rentengüter ausgelegt. Davon waren 1804 über, 19 731 unter 25 Hektar; von diesen wiederum waren 5544 kleiner als 2½ Hektar, 7641 2½ bis 10, 6546 10 bis 25 Hektar groß. Wir sehen aus diesen Zahlen, daß bei beiden Siedlungsarten in Preußen bis zum Jahr 1914 ungefähr das gleiche Ergebnis erzielt worden ist. Durch die Begründung von Ansiedlungsgütern ist eine geringere Stellenzahl geschaffen worden als durch Rentengutsgründungen gemäß den Gesetzen von 1890 und 1891; umgekehrt liegt es, wenn man die besiedelte Fläche betrachtet. Insgesamt brachte die Siedlung von 1891

3) Für eine genaue Orientierung über die Verfahrenstechnik im Siedlungswerk sei Meyer Siedlungstechnische Grundsätze bei Güteraufteilungen /Berlin 1922/ empfohlen.

bis 1914 41 837 Stellen mit 528 950 Hektar besiedelter Fläche. Im Jahresdurchschnitt sind das knappe 2000 Stellen mit rund 24 000 Hektar besiedelter Fläche. Das Ergebnis muß als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, wenn man sich vergegenwärtigt, welche praktischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem langen Weg von den ersten Rentengutbildungen bis zum Jahr 1914 zu überwinden waren. Für die Stellengröße ergibt sich eine Gesamtdurchschnittsgröße von rund 12 Hektar. Das findet sich in der oben durchgeführten Stellendifferenzierung nach Größengruppen bestätigt. Es zeigt sich, daß das Übergewicht bei den Stellen unter 10 Hektar Größe liegt, also bei denen, die ausschließlich als Familienbetriebe anzusehen sind.



SEHR interessant ist es endlich die Siedlungsergebnisse einmal im Zusammenhang mit der aus den Betriebszählungen ersichtlichen landwirtschaftlichen Betriebsbewegung in Deutschland, sodann im Zusammenhang mit dem angesetzten Siedlermaterial und seiner Kapitalkraft zu betrachten. Im letztgenannten Fall ergibt sich, daß das Siedlermaterial, nach der Art der bezogenen Stellen zu schließen, hauptsächlich Landarbeiter- und Kleinbauernkreisen entstammte, die sich damit für zweite und dritte Söhne eine neue Existenz schaffen konnten. Naturgemäß war die Kapitalkraft dieser Kreise recht gering. Die Beschränkung der Siedler auf den Erwerb einer Familienstelle oder einer selbständigen Ackernahrung, wie der neuere terminus technicus lautet, ermöglichte es aber von der Bestimmung des Rentengutgesetzes vom 7. Juli 1891 Gebrauch zu machen, nach der im Interesse erleichterter Ansiedlungsmöglichkeiten bei ausschließlichen Familienbetrieben eine Rentenbankbeleihung bis zu 90 % des Taxwerts zulässig ist. Nimmt man den Taxwert einer normalen Siedlerstelle entsprechend den Erfahrungen der Vorkriegszeit mit rund 15 000 Mark an, so ergibt sich, daß der Jungbauer oder der Landarbeiter sich seine Stelle mit rund 1500 Mark Barkapital begründen konnte. Eine so gute Ansiedlungsmöglichkeit ist kaum in einem andern Land der gleichen Berufsschicht gewährt worden. Was den 1. Punkt der geplanten Betrachtung angeht, so ist festzustellen, daß wir nach einer Gegenüberstellung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1882 und 1907 in Deutschland einen Rückgang der Großbetriebe über 100 Hektar von 24 991 auf 23 566 Betriebe zu verzeichnen haben; für die landwirtschaftlich genutzte Fläche sind die entsprechenden Zahlen 7 786 263 und 7 055 018 Hektar.⁴ Die gleiche rückläufige Bewegung weisen die großbäuerlichen Betriebe über 20 Hektar auf, die von 281 510 Betrieben mit 9 908 170 Hektar Betriebsfläche im Jahr 1882 bis 1907 zurückgegangen sind auf 262 191 Betriebe mit 9 322 103 Hektar Betriebsfläche. Bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zwischen 2 und 20 Hektar Größe finden wir dagegen eine nicht unerhebliche Steigerung nach Anzahl und Fläche. Sie geht aus der folgenden Übersicht klar hervor:

Betriebsgröße (in Hektar)	Anzahl der Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche (in Hektar)	
	1882	1907	1882	1907
2 bis 5	981 407	1 006 277	3 190 203	3 304 878
5 „ 20	926 605	1 065 439	9 158 398	10 421 564

4) Siehe *Krüger Sozialdemokratie und ländliche Bodenfrage*, in der *Gesellschaft* 1924 Seite 197 und folgende.

Die Steigerung ist deswegen besonders bedeutungsvoll, weil gleichzeitig ein Rückgang der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche überhaupt zu verzeichnen ist. Das erhöht die relative Bedeutung einer absoluten Steigerung des Anteils der Familienbetriebe an der insgesamt nutzbaren Fläche um 4,37 %. Der Gesamtgewinn der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe an Betriebsfläche von 1882 bis 1907 macht 1 377 841 Hektar aus. Zu dieser Steigerung hat die Ostsiedelung unbedingt stark beigetragen. Man kann beim Vergleich der Besiedelungszahlen bis 1907 und der gesamten Betriebsbewegung bis dahin ruhig sagen, daß rund ein Drittel des Flächengewinns und der Vermehrung der Kleinbetriebe auf sie zurückzuführen ist. Die anderen zwei Drittel entfallen wohl in der Hauptsache auf infolge von Realteilungen beim Erbgang zerschlagene größere Betriebe sowie auf Zerschlagung durch Verpachtung in Einzellosen in Westdeutschland.

Diese starke Vermehrung des Klein- und Mittelbetriebs auch unabhängig von der Siedelungsarbeit ist übrigens auch sonst von erheblichem Interesse. Denn sie ist ein recht durchschlagender Beweis gegen die oft, teilweise auch von sozialdemokratischer Seite, aufgestellte Behauptung, die bei den Betriebszählungen nachgewiesene Entwicklung zugunsten des Klein- und Mittelbetriebs in der Landwirtschaft beruhe ausschließlich auf künstlicher Förderung durch den Staat im Weg der Siedelung, einer Förderung, die den natürlichen Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft entgegenarbeite. Es ist aus agrarpolitischen Gründen wichtig dieser Anschauung in der Partei ein Ende zu machen.

RRINNERN wir uns der Veranlassung für den Beginn der preußischen Ostsiedelung. Es waren vor allem nationalpolitische Gründe, die zur preußischen innern Kolonisation führten. Wie steht es nun mit dem nationalpolitischen Erfolg dieser Arbeit? Die oben gegebene Statistik über die Ankäufe der Ansiedlungskommission für Siedelungszwecke zeigt bereits, daß er nur sehr gering gewesen ist. Aus den Zahlen ersieht man, daß die Ansiedlungskommission überwiegend Grundbesitz aus deutscher Hand ankaufen mußte. Bei den Gütern entstammt nur rund ein Viertel der insgesamt angekauften Objekte polnischer Hand; bei den Bauernhöfen liegt es etwas günstiger, rund zwei Fünftel der Objekte waren hier polnischer Besitz. Dabei war der Grundbesitz aus polnischer Hand meist so schlecht und wenig besiedelungswert, daß sein Erwerb oft kaum als Gewinn bezeichnet werden kann. Dazu setzten die gezahlten Kaufsummen den polnischen Besitzer immer in stand entweder im freien Verkehr neuen Grundbesitz in den sogenannten gefährdeten Gebieten der Ostmark zu erwerben oder aber mit Hilfe der von polnischer Seite tatkräftig und geschickt durchgeführten Gegensiedelung der Arbeit der Ansiedlungskommission geradezu mit deren eigenen Geldmitteln Abbruch zu tun. Andererseits verkauften die deutschen Grundbesitzer der beiden Ansiedlungsprovinzen gern ihre Besitzungen der Ansiedlungskommission, um aus den infolge der starken Nachfrage steigenden Bodenpreisen für sich materielle Vorteile zu ziehen, ohne Rücksicht auf die dadurch oft verursachte Schwächung des deutschen Elements in der Ostmark. Dabei war es ihnen manchmal auch, trotz sonst natürlich gut "nationaler" Gesinnung, gleichgültig, ob sie bei Mangel an Nachfrage seitens der Ansiedlungskommission diesem deutschen Siedelungsunternehmen oder der polnischen Gegensiedelung ihren Grundbesitz auslieferten. Auch spielte für den verhältnis-

mäßig geringen Erfolg die Tatsache eine wichtige Rolle, daß die Ansiedlung die innerdeutsche Landflucht kaum aufzuhalten vermochte oder, wenn sie sie auch etwas einschränkte, doch nicht zugleich den Zuzug fremder Wanderarbeiter einschränken und verringern konnte. Trotz aller Siedlungsarbeit ist bis 1914 die Anzahl der Wanderarbeiter in Deutschland gestiegen. Die Gefahren dieser Erscheinung sind weiter oben bereits behandelt worden. Verstärkt wurde der nationalpolitische Mißerfolg der Ostsiedlung endlich durch politische Mißgriffe mancher Art. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf das sogenannte Polenenteignungsgesetz von 1908 hingewiesen. Es hat Spannungen geschaffen, die hauptsächlich mit den Grund zur Erhaltung einer staatsfremden Gesinnung beim polnischblütigen Teil der deutschen Reichsangehörigen vor dem Krieg legten.

Der einzige politische Erfolg, den die Ostsiedlung aufzuweisen hat, ist der, daß sie neben dem allgemeinen Wirtschafts- und Kulturaufschwung dazu beigetragen hat die überseeische Auswanderung erheblich einzuschränken. Es sind weiter oben die Auswanderungszahlen bis 1885 gegeben worden. Einen Hauptteil des damaligen Auswanderungskontingents stellten die Realteilungs- und Heuerlingsgebiete des deutschen Westens und mit ihnen die sozialpolitisch rückständigen Landarbeitergebiete Osteliens. Das geht aus den Zusammenstellungen über die Anteile der einzelnen Berufsgruppen an der Auswanderung vor 1885 hervor. Nach 1885 geht der Anteil der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft immer mehr zurück; die aus dieser Berufsgruppe noch auswandernden Kräfte gehen dazu meistens in die deutschen Kolonien. Während weiter vor 1885 der Jahresdurchschnitt der Auswanderungsfrequenz etwa bei 150 000 Personen liegt, sinkt sie 1890 auf 97 103, 1895 auf 34 498, 1900 auf 22 309, 1905 auf 28 075, 1909 auf 24 391 Personen.⁵



ÜCKSCHAUEND sei auch noch einmal die Stellung der Sozialdemokratie zur Siedlung von den achtziger Jahren bis 1914 betrachtet. Der Kampf der beiden Gruppen, der doktrinären und der revisionistischen, innerhalb der Partei um die Behandlung der Agrarfrage verhinderte zunächst eine stark aktive Mitarbeit in der Siedlungsgesetzgebung und bei deren Durchführung. Ein gewisses Übergewicht der von Kautsky geführten doktrinären Gruppe in der Parteileitung ließ die parlamentarische Arbeit zunächst auf Bewilligungen von Siedlungsgeldern und eventuelle Kleinbauernschutzmaßnahmen beschränken. Nur David und Schulz arbeiteten jeder für sich unentwegt für die Siedlung. Auch die Versuche anfangs mit monographischen, später mit statistischen wissenschaftlichen Untersuchungen dem Betriebsgrößenproblem zuleibe zu gehen⁶ wurden innerhalb der Partei noch nicht genügend beachtet. Es mußten erst der Krieg und der Zusammenbruch kommen, um die Partei zu veranlassen sich mit ihrer Autorität hinter das deutsche Siedlungswerk zu stellen. Wie auf anderen Gebieten der Wirtschaft und der Kultur hat auch hier der Krieg einmal dazu geführt eine Entwicklung beziehungsweise die Klarstellung eines Problems zu beschleunigen. Die bei dieser Entwicklung aufkommenden Siedlungsprobleme kritisch und positiv zu erörtern wird die Aufgabe einer Reihe weiterer Artikel sein.

5) Siehe von Zanthier am erwähnten Ort Seite 8 und folgende.

6) Siehe Pagel Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft /Berlin 1922/. Die Arbeit stellt die Ergebnisse der wichtigsten Untersuchungen bis 1920 übersichtlich zusammen.

ADOLF BEHNE · ZUM UMBAU DES BERLINER OPERNHAUSES



IN Berlin erörtert man heute die Frage, welchem Zweck ein Opernhaus zu dienen hat. Die einen sagen: Das Opernhaus soll möglichst gute Aufführungen ermöglichen. Die anderen sagen: Es soll einen schönen Platzabschluß bilden. Scheinbar könnten sich die Parteien leicht einigen. Denn für die Musikfreunde ist hauptsächlich das Innen des Hauses wichtig, für die Architekturfreunde das Außen. Aber leider sind in der Baukunst Außen und Innen nicht zu trennen. Jede über Kleinigkeiten hinausgehende Verbesserung oder Verschlechterung innen bedeutet eine Veränderung außen. In unserm Streitfall handelt es sich um die Entscheidung, ob das Innen, das heißt die Zweckerfüllung des Baus, wichtiger ist als das Außen, das heißt die Beziehung des Körpers zum Raum.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß das Innen praktisch den Vorrang hat. Ein Opernhaus wird gebaut, um Opern aufzuführen. Aber es wäre eine Rigorosität, die zu Fehlern führen würde, wollte man dem Außen alle Rechte nehmen. Das Außen hat nicht nur die Pflicht einen anständigen Abschluß des Körpers auszubilden sondern auch gewisse Rechte bei der Ordnung des Innen mitzuwirken. Dann nämlich, wenn, über den dekorativen Effekt hinaus (der selbstverständlich kein solches Recht geltend machen kann), wichtige städtebauliche Forderungen zu erfüllen sind. Es ist nicht richtig das Außen lediglich als die Rückseite des Innen zu behandeln, und faktisch hat auch der fanatischste Utilitarist bisher nie solche, ganz leere, Forderung zu stellen oder zu erfüllen gewagt. Es handelt sich nicht darum die Konvention einigen freundlichen Schmuckwerks zu verlangen sondern um die Tatsache, daß jeder Bau bei seiner individualen Leistung zugleich Glied in einer Einheit ist, daß er außer seiner individualen eine soziale Funktion zu erfüllen hat. Die Art, wie er dieser gerecht wird, kennzeichnet seine städtebauliche Qualität. Wir verstehen hierbei unter Städtebau natürlich nicht die Ausarbeitung schöner Effekte, die Steigerung dekorativer Sensationen, die künstliche Schaffung einer schönen Stadt, sondern die vollkommene soziale Ordnung der kraftvoll ihrer besondern Aufgabe dienenden Einzelbauten.

Es ist nicht ganz selten, daß die individualen und die sozialen Ansprüche an einen Bau in Konflikt geraten. Man könnte diese Konflikte nur aus der Welt schaffen, wenn man entweder die individuelle Funktion des Baues bedingungslos seiner sozialen oder umgekehrt die soziale der individualen ausliefern wollte. Zu dem ersten Vorgehen besteht heute weniger Neigung denn je. Aber auch das andere ist unmöglich. Es hieße sich selbst betrügen, wollte man sich darauf verlassen, daß jeder konsequent aus seinem Zweck gestaltete Bau sich schon von selbst am besten einordne. Das wäre höchstens dort zu erhoffen, wo unter allen Bauenden weitgehende Übereinstimmung des Denkens (Tradition) und ein hoher Grad von Selbstdisziplin bestehen. Also keinesfalls bei uns.

Es ergibt sich, daß dort, wo die beiden Forderungen in Konflikt geraten, keine Theorie, kein Prinzip, kein Dogma die Lösung herbeiführen kann, sondern allein der künstlerische Takt.¹

¹) Siehe hierzu *Behne Der moderne Zweckbau* /München 1925/ Seite 70 und folgende.

Wie steht es nun mit dem Berliner Opernhaus?

Es ist nicht meine Sache zu entscheiden, ob die Möglichkeit guter Aufführungen tatsächlich nur noch durch eine Erweiterung des Bühnenhauses, weit über den Knobelsdorffschen Grundriß hinaus, geschaffen werden kann. Es wäre eine unerhörte Leichtfertigkeit ohne tatsächlich zwingende Notwendigkeit den Bau anzugreifen. Was aber soll geschehen, wenn die Notwendigkeit einer Erweiterung unabweisbar ist? Man hat vorgeschlagen im Knobelsdorffschen Haus nur noch Opern zu spielen, die keines sonderlichen Apparats bedürfen, die anderen aber in der Krolloper. Der Vorschlag wäre überzeugender, wenn der Knobelsdorffsche Raum, der einzige wahrhaft festliche und mächtige Theaterraum Berlins, nicht so ausgesprochen gerade der Typus der Großen Oper, und wenn die von Oskar Kaufmann umgebaute Krolloper architektonisch nicht so banal und, nach dem Urteil Berufener, akustisch nicht so unausgeglichen wäre. Die Verteilung des Spielplans auf die beiden Häuser in dem erwähnten Sinn wäre auf die Dauer bestimmt nicht befriedigend, könnte bestimmt nur als ein Provisorium gelten.

War aber mit einem Provisorium von vornherein zu rechnen, warum dann nicht mit einem andern Provisorium, nämlich einem provisorischen Ausbau des alten Hauses, der dem Bühnenraum die notwendige Freiheit gibt? Denn nur als ein Provisorium können wir uns allerdings auch diesen Ausbau denken. Es wird der Zeitpunkt kommen, daß eine neue Oper gebaut werden muß. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß man sie auf den Platz des jetzigen Hauses stellen wird. Es ist also nicht unmöglich den Knobelsdorffschen Bau später unter Beseitigung aller Zutaten, das heißt auch der Erhöhung des Bühnenhauses, die man vor etwa 20 Jahren vornahm, in seinen alten Zustand zu bringen. Was allerdings nur dann einen Sinn hat, wenn man ihm auch eine neue und fruchtbare Bestimmung geben kann. Es ist schon öfter angeregt worden ihn zu einem repräsentativen Festraum des Staates oder der Stadt zu machen. Er wäre dazu herrlich geeignet. Die Neigung Bauten, die keinerlei lebendige Funktion mehr mit Notwendigkeit erfüllen, als tote Museumsstücke zu konservieren geht uns ab. Da der Opernraum auch ursprünglich als Festraum mit gedacht war, würde indessen seine Erhaltung zu gleichem Zweck nicht nur eine papierne Etikettierung bedeuten. Sollten später gewichtige Gründe dafür sprechen das neue Opernhaus doch an dem Platz des alten zu bauen, so brauchte man vor einer Opferung des Knobelsdorffschen Hauses nicht unter allen Umständen zurückzuschrecken; dann nämlich nicht, wenn begründete Aussicht bestünde, daß der neue Bau künstlerisch dem alten nicht unterlegen ist.

Für heute und morgen ist diese Aussicht nicht sehr groß. Das komplizierte Gebilde des musikalischen Kunstwerks Oper steht heute zu stark selbst in einer Periode des Umbaus, als daß für die nächste Zukunft eine glückliche Lösung für die architektonische Fassung seines Organismus sehr wahrscheinlich wäre. Auch wird die Sicherheit unserer Architekten einer solchen Aufgabe gegenüber in 20 bis 30 Jahren vermutlich größer sein als heute. Deshalb dürfte jetzt nur eine provisorische Lösung in Frage kommen. Dem Provisorium einer Aufteilung des Spielplans zwischen dem alten Bau und der Krolloper wäre aber das Provisorium eines Anbaus am alten Haus vorzuziehen. Nur ein Umstand könnte hierbei umstimmend wirken: die Gefahr der Zerstörung eines Platzes von einzigartiger Schönheit und Geschlossenheit.

Es heißt hier mit Taktgefühl abwägen. Gewiß kann die Rücksicht auf die Einheit eines Platzes unter Umständen wichtiger sein als die Rücksicht auf den Ausbau eines Betriebs. Es kommt durchaus auf den Platz und auf den Betrieb an. Aber es müßten schon ganz ungewöhnliche künstlerische Werte sein, die uns dazu bestimmen dürften einem wichtigen Betrieb Einschränkungen aufzuerlegen. Handelt es sich nun in unserm Fall um so ungewöhnlich große künstlerische Werte, die durch die Erweiterung des Opernhauses bedroht werden, daß ihre Erhaltung die Einschnürung des Opernbetriebs rechtfertigen könnten?

Man kann die Frage doch kaum bejahen. Dieser Platz ist so vielfach schon mißhandelt worden, daß von seinem ursprünglichen Sinn eines Forum Fridericianum eigentlich nichts mehr zu spüren ist. Friedrich II hatte hier zu beiden Seiten der Linden eine platzartige Erweiterung der Prachtstraße geplant und auch begonnen.² Der jetzige Kaiser Franz Joseph-Platz sollte mit dem gegenüberliegenden Ehrenhof des Prinz Heinrich-Palais korrespondieren. Aus diesem Ehrenhof ist längst der mit Bäumen und Denkmälern ausgefüllte Vorhof der Universität geworden. Die räumliche Beziehung besteht nicht mehr. Mit seinem spätern Bau der Bibliothek gab Friedrich II. selbst schon die Idee auf, und bis zu den Mißgriffen der letzten Jahrzehnte, der ungeschickten Aufstellung des Denkmals, der verstopfenden Bepflanzung, der Aufschlitzung durch den Tunnel, schließlich der geschmack- und taktlosen Aufstockung der Bank folgte immer eine Verballhornung der andern. Es ist nicht recht einzusehen, was hier noch zu "erhalten" ist.

Natürlich sollen damit weitere Verschlechterungen nicht verteidigt oder gar ermutigt werden. Es ist sogar unbedingt zu fordern, daß der Ausbau des Opernhauses die denkbar größte Rücksicht auf den Platz nehme, mehr als die Bank bei ihrer mühelos durchgesetzten Aufstockung genommen hat. Nicht aber ist solche Rücksicht dadurch als gewährleistet anzusehen, daß der Architekt des Finanzministeriums eine stilistische Angleichung des Neuen an das Alte vornimmt. Gegen solche Art den Ausbau auszuführen muß man sich unbedingt wenden. Es muß verlangt werden, daß das Neue klar und deutlich als provisorische Zutat behandelt werde. Wenn also der Entwurf des Finanzministeriums nach den Erklärungen des Baurats Fürstenau vorsieht das Hauptgesims Knobelsdorffs auch um den Anbau herumzuführen und damit natürlich das Ganze dieses Anbaus à la Knobelsdorff zu frisieren, so ist ein ganz entschiedener Protest nötig: nicht deshalb, weil etwa eine Möglichkeit den Stil von 1926 zu präsentieren an den Haaren herbeigezogen werden soll, sondern weil hier jeder Stil, auch der modernste, als verfehlt gelten kann. Der Anbau muß sich in seinen Maßen weitgehend den Maßen des Platzes einordnen. Er wird aber die Kunstform Knobelsdorffs am wenigsten beeinträchtigen, wenn er überhaupt nicht als ein Architekturproblem behandelt wird sondern als simple Bauaufgabe. Der Vorschlag der Akademie der Künste den Anbau lieber nach der Seite des Prinzessinnenpalais zu betreiben ist sehr diskutabel, falls dadurch dem Zweck der Erweiterung auch genügt wird. Symmetrie ist hier weder künstlerisch noch praktisch gefordert. (Übrigens verlangt auch die Akademie entschiedene Abhebung des Anbaus vom Stil des alten Baus.)

²) Siehe Mackowsky Das Friedrichsforum zu Berlin, in der Zeitschrift für bildende Kunst 1910 Seite 15 und folgende.

Es sei zugegeben, daß der Eingriff nicht sehr erfreulich ist. Aber auf der einen Seite stehen, die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt, Notwendigkeiten eines wichtigen Betriebs, dessen Fortführung und Ausgestaltung unter den heute gegebenen Bedingungen und den neuen Anforderungen an ihn in Frage gestellt seien, auf der andern Seite zwar unleugbar künstlerische Werte, die jedoch mehr dekorativer und mehr historisch-städtebaulicher Art und nicht erheblich genug sind, um die Einschnürung des Opernbetriebs tatsächlich zu rechtfertigen. Mit allem Nachdruck ist nur davor zu warnen, daß aus dem provisorischen Anbau eine Monumentalarchitektur im Stil Knobelsdorffs gemacht wird. Der Anbau muß stilistisch völlig neutral sein, weder 18. Jahrhundert noch 20. Jahrhundert, überhaupt nicht "stilvoll" sondern sauber, einfach und klar.

EMIL FUCHS · KIRCHE UND GESELLSCHAFTLICHE NEUGESTALTUNG



GIBT es noch "Kirche"? Jenes Zusammengebundensein der Menschen durch eine Forderung, eine Verantwortung, die sie alle gemeinsam aus dem unbegreiflichen Geheimnis trifft, von der sie alle wissen, daß sie ihr zu dienen haben, die sie alle hineinstellt in eine Ordnung und Gemeinschaft, in Pflichten gegen einander und gegen die Gesellschaft, die von allen nicht als willkürlich sondern als ewige ehrwürdige Notwendigkeit empfunden werden? Kirche ist das Dasein des Religiösen in den Gestaltungen des wirklichen Lebens, in den Gesetzen, die Familie und Erziehung, Nachbarschaft und Freundschaft, Arbeitsleben und Wirtschaft, Verkehr und Staat, Recht und Sitte regeln. Diese Gesetze sind nicht von außen dem Menschen aufgelegt sondern zwingen ihn mit einer von innen kommenden, von ihm als höher, übermenschlich, heilig empfundenen Notwendigkeit. Sie geben dadurch seinem vereinzelt Menschenleben einen Halt in einer tiefen Wesenhaftigkeit, seinem Tun einen Sinn über den Augenblick und die Vergänglichkeit hinaus, seinem Dasein ein Eingebettetsein in ein Höheres und seiner Vereinzelung einen tiefen, unlösbaren Daseins- und Pflichtzusammenhang mit der Grundlage der Gemeinschaft und Gesellschaft. Die religiösen Feiern und Lehren der Kirche heben dann nur ein Sein ins Bewußtsein, das wesenhaft, wirklich in jedem Augenblick in jedem Tun des Menschen und der Gesellschaft vorhanden ist. So ordnet in China und Japan die Ahnenverehrung, der Zusammenhang mit den Ahnen und der Gehorsam gegen sie, das Leben. So ordnete im Mittelalter die katholische Kirche das gesamte Dasein. So wurde nach Luther die patriarchalische Weltordnung vom Fürsten bis zum geringsten Untertanen noch empfunden. Wie der Sohn zum Vater, so steht der Knecht zum Herrn, der Untertan zum Beamten, und diese wieder zum Fürsten und der Fürst zu Gott. Oft wird von Luther dies Bild gebraucht.

Kirche in diesem Sinn ist nicht mehr vorhanden. Die Maschine hat Arbeitsweisen geschaffen, die jenem stillen Umfaßtsein von ewiger Ordnung widersprechen, das den Bauern bei seiner Arbeit geleitet, das noch der Handwerker in seiner Bearbeitung des Stoffs in dessen Gesetzen fühlt. Maschinenarbeit ist Stückarbeit. Zusammenhang wird nicht mehr empfunden und erlebt. Inneres eigenes Schaffen, das Hingeben der Kraft, des Nachdenkens

und eigenen Willens an ein gemeinsames Werk ist nicht vorhanden. So lange nicht, als nicht erlebt wird, wie dies Werk der Gemeinschaft dient. Als Maschine wird der Arbeiter behandelt, seine Arbeitskraft, sein Leben und Lebensglück eine Rechennummer im großen Kalkül des Unternehmens über seine Rentabilität. Dies nüchterne Rechnen, Rechnen auch mit Menschen und Menschenleben, hat dem Zusammenarbeiten der Menschen jede Tiefe und jedes Geheimnis genommen. Der Lohn und die Rechnung sind heute zum Ausdruck seines Wesens geworden.

Man arbeitet mit Kräften, die man berechnet. So zwingt man die Naturkräfte durch die Maschine in den Dienst der Menschen. Die Tiefe der Natur schwindet. Sie ist berechenbare Größe, Materie. Der Materialismus als Weltanschauung wird Ausdruck dieses Zeitalters, der Materialismus als Gesinnung die notwendige Gestaltung ihres Zusammenlebens. In beidem: das Nichtmehrhaben eines Geheimnisses, das man ehrt, eines Zusammenhangs, der mit Notwendigkeit in ein Höheres von Pflicht und Dienst einordnet.



DHNE Zweifel hat die Kirche mitgearbeitet diesen Zustand herbeizuführen. Der Zustand der organisierten Kirche hat die Zerstörung der wesenhaften Kirche stark befördert. Die organisierte Kirche hat einen Kampf um ihr Dasein als Organisation, nicht einen Kampf um ihr Dasein als wesenhafte Kirche geführt und führt ihn noch. Diese Kirche ist ja die Trägerin der überlieferten inneren Gebundenheit des Menschen. In dem Augenblick, da die gesellschaftlichen Verhältnisse sich so entscheidend verschieben, wird deshalb die organisierte Kirche, die bewußt die Bindungen des vergangenen Daseins pflegt, eins der stärksten Hindernisse des Neuwerdens sein. Die Kirche, nicht nur in ihrem Pfarrstand sondern in ihrem Dasein im Bewußtsein der Menschen, ist die stärkste Stütze des Privateigentums. Wo ihre Wesenhaftigkeit noch Menschen beherrscht, da ist ihnen die Wegnahme eines Laibes Brot durch einen hungernden Menschen Diebstahl. Die Ausbeutung von Tausenden von Menschen, die zur Zerstörung ihres Lebens, ihrer Gesundheit, ihrer Sittlichkeit führt, hebt zu den höchsten Ehren empor, die diese Gesellschaft zu vergeben hat, und dies mit innerer Gewissenszustimmung der von diesen Überzeugungen beherrschten Menschen. Das uneheliche Kind ist Sünde. Wo man die sexuelle Haltlosigkeit ästhetisch zu verbergen weiß, wird sie nicht gesehen. Aber das Urteil ändert sich nicht, obwohl es durch dies Verhalten zur Lüge wird. Ein Untertanengeist durchsetzt unser Leben, der pflichtvergessene Charakterlosigkeit schafft, immer wieder neu schafft, das ganze Verhältnis der "führenden" Stände zu den "geführten" vergiftet, so daß es gar kein Verhältnis mehr ist. Aber wo noch innere Bindungen im Leben sind, geehrt werden, da ist er dabei, stärker als alle die Bindungen, die man noch als wirklich heilig empfinden könnte. Damit ist die Kirche so stark "Klassenkirche" geworden, daß sie auch von den "höheren Ständen" nur noch als Machtmittel im Klassenkampf geehrt wird, während man das Bewußtsein, daß sich von dort aus heilige Gesetze unverbrüchlich dem Leben auflegen, gar nicht mehr hat. Kirche für die ihr Angehörigen, innerlich sich zu ihr Haltenden ist die Kirche auch nicht mehr. Denn sie kann und darf ihnen nichts zumuten, was irgendwie ihren Lebensinteressen widerspricht. Auch sie sind innerlich im Zersetzungsprozeß, um so bedenklicher als sie es durch äußerliche Formen, Ästhetik, Weltanschauungsinteressen, "religiöse Interessiertheit" usw. sich und anderen verhüllen.

In besonders bitterer Weise verstärkt wird diese Wirkung der organisierten Kirche durch die Klassengebundenheit ihres Pfarrstands, der ja in Deutschland mit dem gesamten Übergewicht des Beamtentums eine besonders verhängnisvoll ausschlaggebende Macht für die Kirche wurde. Der Pfarrstand ist ein Stück der "gebildeten" Welt Deutschlands, innerlich stark durch studentischen Korporationsgeist mit gebildet, politisch völlig abhängig von dem Eingebettetsein in jene Kreise, die des Staates Fürsorge vor dem Erleben der Schicksale des Volkes schützt, deren Ehrgeiz es ist, zu den "Führenden" zu gehören. Sie lesen Reichsbote, Tägliche Rundschau. Sie erfahren nichts von dem, was an ernster Not, innerer und äußerer Schicksalsumwandlung, Demokratie, Sozialismus, Arbeiterklasse bewegt. Ahnungslos halten sie überlieferte sittliche Maßstäbe und überlieferten Untertanengeist noch für gestaltende Mächte, und ihr Tun, Predigen, Daseinsgestalten ist bei aller bürgerlichen Ehrbarkeit der gequälten Volksmasse ein unerträgliches Ärgernis.

Die Kirche predigt dem Volk nicht ein Evangelium, das ihre Botschaft in die Tatsachen des heutigen Lebens stellte, sondern eine Klassenethik und Klassenreligion, die für niemanden im wirklichen Leben heilige Bindung mehr sein kann, die den verachtungsvollen Widerspruch gegen heilige Bindung überhaupt verstärkt und die Ablehnung des Religiösen vergrößert.



ARL Mennicke weist demgegenüber mit Recht darauf hin, daß da, wo man die Not am stärksten fühlt, die Zersetzung am weitesten fortgeschritten ist, die eigentliche Gegenbewegung beginnt.¹ Im Proletariat bilden sich da die Gemeinschaften, die eine neue Form für das Leben, die Gemeinschaft, die Gesellschaft, die Erziehung, Familie, Freunde usw. suchen. Die Sozialistische Arbeiterjugend, Naturfreunde, Jungsozialisten, die ernsteren Kreise in der Partei, auch bestimmte Kreise im Kommunismus (ich nenne die Volkshochschule Remscheid) suchen die neue Lebensgestaltung aus tiefster, von innen her sich schaffender Bindung. Gewiß, es gibt solche Bestrebungen auch im Lager des Bürgertums. Doch immer wieder zeigt es sich, daß sie in eine aristokratisch-intellektuelle oder ästhetische Romantik hinübergleiten. Es ist deshalb ganz unmöglich von dort aus die Lage in ihrem ganzen nüchternen Ernst zu sehen und sie so sachlich nüchtern und hart zu verarbeiten, wie es nötig ist. Das kann nur da geschehen, wo man aus der ganzen Armut, dem seelischen Ent-erbtsein des Proletariats den Weg zu neuem geistigen Sein und Zusammengehören sucht. Aufs tiefste und stärkste empfinde ich diese Tatsache mit Mennicke. Ihm scheint das Bewußtwerden des Religiösen erst dann möglich, wenn solch ein inneres Zusammengehören in heiligen Bindungen neu geworden ist oder doch deutlicher wird als es heute noch der Fall ist. Erst dann auch, glaubt er, werden sich wieder Formen finden, in denen dieses innerste Gefordertsein von einer Verantwortung, die aus dem Geheimnis uns aufgelegt ist, sowohl für das Einzelleben als für die Gesamtheit, sich sinnbildlich, in Andacht, Verehrung und Gemeinschaftsfeier darstellt. Konsequenterweise gibt Mennicke jede Verbindung mit der Kirche auf und stellt sich in dies Werden hinein, nur in dies Werden.

Warum stehe ich, der ich dies alles mit ihm zu sehen meine, anders?

1) Siehe *Mennicke Der religiöse Sozialismus in Deutschland*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 156 und folgende.

Mir ist es so ergangen, daß ich zweierlei gleichzeitig erlebte: Einmal wurde mir die Tatsache der religiösen Zersetzung in dieser furchtbaren Weise deutlich, wie ich sie zu schildern suchte. Wir haben keine Kirche mehr, weil wir kein gemeinschaftliches Geheimnis, keine gemeinschaftliche Verantwortung von dort her mehr empfinden. Je deutlicher ich das sah, desto deutlicher tauchte mir hinter der Predigt und Wirklichkeit der Kirche die Größe einer Botschaft auf, von der die Botschaft der Kirche ja nur eine in das Gewand bestimmter Zeit gekleidete Entartung ist, die Botschaft Jesus' davon, daß die Menschen Brüder sind, weil gleiche tiefe Verantwortung für ihr seelisches Sein sie alle umfaßt, eine Verantwortung, die jeder für sich, jeder auch für die anderen hat. Ich kann es nicht anders empfinden als so, daß hier das Wesentliche, worauf es auch uns ankommt, was uns neu fassen muß, in so gewaltiger, so lebendiger Kraft vorhanden ist, daß ein Eintreten dieser Botschaft in unser Sein alles wäre, was wir nötig haben. Meine Stellung zur Kirche ist dadurch diese, daß ich sie anklagen muß um zeitlicher Gestaltung willen ihre eigentliche ewige Botschaft vergessen zu haben. Ich muß darum kämpfen, daß sie ihre eigentliche Botschaft wieder empfindet, ins Leben zu tragen sucht und also damit jene Gemeinschaftsbildung neu beginnt, mit trägt, wie sie sich aus der Tiefe der Vereinzelung in jenen proletarischen Gemeinschaften vorbereitet.

Man kann mir sagen: Wie kann das Neue lebendige Kraft werden, was in Wort, Bild, Lebensgestalt einer vergangenen Zeit im Evangelium vor uns tritt? Es wäre wieder Romantik, wären es nicht Menschen gegenwärtiger Zeit, die, davon gefaßt, diese Botschaft neu tragen. Und umgekehrt: Es ist ein Stück der Überwindung jenes Intellektualismus, den wir vom kapitalistischen Bürgertum übernommen haben, daß wir wieder die Sprache der Bilder verstehen lernen, in denen doch allein das Letzte ausgedrückt wird. Die kindlichen Bilder der Evangelien sind in ihrer unausschöpfbaren Tiefe eine der wichtigsten Erziehungsmächte dafür. Ein anderes kommt entscheidend dazu.

WIE tatsächlich hinter der Botschaft der Kirche ein Tieferes auftaucht, so wird das von Massen unseres Volkes, Massen des Proletariats, tatsächlich empfunden und geahnt. Weithin wird die Kritik an der Kirche geradeso geübt, daß sie mit den Maßstäben des Evangeliums tatsächlich das Leben nicht mißt und diese tiefe Verantwortung nicht ins Leben trägt. Weithin aber auch fühlt man, daß es noch Bindungen gibt, in denen wenigstens noch etwas von jener letzten Heiligkeit leuchtet, die Menschen trägt und feststellt im Leben. Es gilt das vor allem von der Erziehungsmacht der Kirche, von den Gestaltungen des Familienlebens. So sehr man weiß und fühlt, was hier alles zu Unwahrheit geworden ist, so sehr fühlt man dahinter noch einen Klang der ewigen Botschaft, den man nicht lassen kann. Es ist nicht nur äußerlich-traditionelle Gewohnheit sondern innerliches Überwundensein, was viele Proletarier bei der Kirche festhält, was besonders die Proletarierfrau festhält, die nicht so sehr das empfindet, was im weiten Leben nicht ist, sondern was sie im engen Kreis des Familienlebens immer noch hat. So besteht die Tatsache, daß zwar bestimmte Kreise ganz neu aus voller Vereinsamung anfangen können neue Bindung zu verwirklichen, daß aber ebenfalls weite Kreise das nicht können sondern um das Herauftauchen des tiefsten menschlichen Gefordertseins aus der alten Gestaltung ringen müssen. Nur indem wir beides haben und beides

anerkennen, haben wir jene Einheit auch auf diesem Gebiet, mit der wir der Tatsache der Entwicklung Rechnung tragen. Die Tatsache der Entwicklung ist eben die, daß wir alle nicht in der selben geistigen Situation sind sondern an verschiedenen Punkten des Daseins stehen. Wir müssen aber gerade hier jene innerste Verbindung behalten, damit wir in dem Herauftauchen dieses Tiefsten, was zur neuen Gesellschaftsbildung nötig ist, nicht eine neue Zersplitterung schaffen. Auch uns "kirchlichen" religiösen Sozialisten liegt nicht an der organisierten Kirche, sondern daß wieder "Kirche" werde in jenem tiefsten Sinn, in dem eine neue Grundlegung der Gesellschaft sich bildet. Ob das durch eine Umwandlung der alten organisierten Kirche oder ihre Zerstörung geschieht, hängt gar nicht von uns ab sondern von dieser Kirche selbst.

Tatsächlich liegt es so, daß die selbe Kirche, deren Botschaft für die Masse, für alle, keine zwingende Kraft mehr hat, doch noch ihre sinnbildliche Macht besitzt. Sie ist immer noch das Sinnbild, in dem sich Ungezählten jene Tatsache versinnbildlicht, daß wir solch eines aus tiefstem Geheimnis kommenden tragenden Halts über unser Leben bedürfen. Die Abwendung von der Kirche dünkt ihnen deshalb Leugnung einer Tatsache, die sie sich nicht bewußt klar machen können, die ihnen aber so tief in der Seele liegt, daß sie sie nicht wegzustoßen vermögen. Nun nehmen wir religiöse Sozialisten das Sinnbild wieder ernst und fordern, daß diese Kirche sich auf das besinnt, was von ihr gefordert wird, rufen ihr jene uralte Kunde ins Gedächtnis, in der diese Wirklichkeit mit so ungeheurer Gewalt dargestellt ist. Wo das geschieht, erkennen viele, gerade im Proletariat, daß hier ihnen ins Bewußtsein gehoben wird, was sie lange, lange ahnten, wünschten, ersehnten. Die uralten Sinnbilder, die ihnen heilig sind, werden neu und erhalten neue kraftvolle Wirklichkeit und Bedeutung und zwingende Führermacht. Umgekehrt aber wird der Kirche, dem Bürgertum, der "gebildeten" Welt die Sicherheit erschüttert, mit der sie sich in ihrer Klassenethik behaglich eingerichtet haben. Gerade diese Sicherheit, mit der man sich "fromm" und "gut" fühlt, ist eine Hauptmacht des reaktionären Empfindens und Herrschens. Nun auf einmal steht die Frömmigkeit anderswo, leuchtet aus den eigenen Sinnbildern eine tiefere Forderung. Es ist kein Wunder, daß man am wütendsten die haßt, die dies Werk in der Kirche, für die wahre Kirche tun, wie ich es in meinen Kämpfen erfahre. Es geschieht ein Aufrütteln, das nur der für wertlos halten kann, der glaubt, daß die Zukunft nur von der Arbeiterschaft gemacht werde. Nein, um das zu erreichen, was erreicht werden muß: den Bau einer neuen Grundlegung der Gesellschaft, müssen in allen Kreisen die erschütterten Menschen stehen, die das Zusammenleben der Menschheit aus neuen Tiefen und in neuem Gefordertsein neu gestalten.



FÜR die Masse des Volkes wird sich die geistige Lage nicht durch intellektuell-individualistische Verarbeitung der Probleme klären. Das können einzelne tun, die Masse nicht. Diese erlebt die Probleme im Kampf um die Organisationen, die ihr die Symbole der Wesenshaftigkeiten sind, die sie ahnt, ersehnt, als notwendig schaut.

Hier ist der Punkt, wo der Sozialismus als politische Bewegung auch das Problem der Kirche neu durcharbeiten muß. In ihr ist die soziologische Verschlingung der Religion mit dem Gesellschaftlichen am deutlichsten. In ihr wird die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart am sichtbarsten. Zunächst erscheint sie da als gewaltig hemmende Macht und mußte als solche

bekämpft werden. Nun leuchtet uns in ihr jene Tiefe auf, die uns gestattet die Hemmung, die sie bedeutet, aus ihr selbst heraus zu überwinden und in eine Förderung und Unruhe umzuwandeln, daß auch von dort her die Menschen seelisch in die Unruhe des Neuwerdenmüssens hineingeschoben werden. Man spricht uns von der Gefahr der Kleinbürgerlichkeit, die dort droht. Wenn wir der erliegen, so waren wir ein Stoß ohne die entscheidende Kraft. Aber man kann um der Gefahr willen eine Aufgabe nicht lassen, die von der Situation gefordert wird, in der man steht. Allzu ängstlich sein, ist wohl das sicherste Zeichen, daß man dem Kleinbürgertum innerlich nicht entwachsen ist. Und schließlich darf eine Bewegung die Menschen sich nicht denken, wie sie sein sollten, sondern muß sie nehmen, wie sie sind. Das glauben wir "kirchlichen" Sozialisten nüchterner zu tun als viele andere.

Mir ist bei alledem jedenfalls das klar: Wo und wie wir ansetzen, nur der tut etwas Entscheidendes, der mithilft Unruhe und Bewegung zu bringen. Wir tun das von unserm Ansatzpunkt aus. Die Notwendigkeit unserer Stellung und Arbeit in der Bewegung wollte ich darlegen.

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DAS LEIDEN · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



AS Leiden wird von den Ewigkeiten geliebt.
Seine Warte ist ein Gipfel der Berge.
Es steigt zur Hütte des Fischers hinab,
Der in den Felsen nistet,
Grad überm Rand des Wogenschaums.

Es sucht auch den Palast

Dessen, der ihn stolz auf einen Hügel gebaut hat.

Die Augen des Leidens sind traurig wie die des sinkenden Mondes,

Seine Lippen festgeschlossen wie die eines Ringers.

Es ist der große Bildhauer, der der Seele Gestalt gibt.

Der Hieb seiner Hand ist Kraft.

Es formt uns zur Schönheit um.

Das Wissen schmiegt sich zwischen seine Kniee,

Wie ein Kind sich zwischen die Kniee der Mutter schmiegt.

Es ist zu mir gekommen und hat mich emporgehoben.

Es wollte mich nicht erquickern, aber es hob mich empor.

Es führte mich auch hinab, in purpurne Tiefen hinein,

Woher ich, plötzlich mich wendend, die Höhen sah,

Die der Sonnenaufgang berührte.

Es umschildete mich im Schatten.

Es führte den Tod bei der Hand,

Die dunkle, verschollene Einsamkeit,

Vor der die Seele in Schrecken zurückbebt.

Das Leiden ist die Stärke der Welt,

Der Tod nur eine Pause in der großen Harmonie,

Die auf den Silbersaiten der Sterne gesungen wird.

Der Tod, das ewige Leiden,

Das Leiden, der ewige Vergrößerer.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Berlepsch † Am 3. Juni starb Hans Hermann Freiherr von Berlepsch auf seinem Alterssitz Seebach im Kreis Langensalza, in seinem 84. Lebensjahr. Einer der bedeutendsten Förderer amtlicher und privater Sozialpolitik der Vorkriegszeit ist dahingegangen. Schon als Regierungspräsident in Düsseldorf hatte er beim großen Bergarbeiterstreik 1889 Gelegenheit sein großes soziales Verständnis praktisch zu beweisen. Die "Ära Berlepsch", die Jahre 1890 bis 1896 seiner Tätigkeit als preußischer Handelsminister, bedeutet dann den von weitblickender und warmerherziger Auffassung getragenen Ausbau der deutschen Sozialpolitik. Die sozialpolitische Gesetzgebung dieser Jahre bietet heute noch den Boden, auf dem fruchtbar weitergebaut werden kann. Und wenn einiges auch für jetzige Anschauungen veraltet erscheint, so darf nicht vergessen werden, welches Mutes und welcher Tatkraft es bedurfte, um den vielen und außerordentlich einflussreichen Widerständen der feudalen und der bürgerlichen Mächte gegenüber dieses sozialpolitische Programm durchzusetzen. Als Berlepsch, nicht zuletzt über schwerindustrielle Machenschaften gegen seine Vorlage der Bäckereiverordnung, 1896 stürzte, setzte er sein sozialpolitisches Wirken privat, insbesondere als Vorsitzender der 1901 gegründeten Gesellschaft für soziale Reform, zusammen mit Ernst Francke fort. Weit in die Kreise der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Arbeiterbewegung hinein ist seine wahrhaft soziale Gesinnung und sein unbeirrtes Eintreten für den Vierten Stand (Trinkspruch 1897) anerkannt worden. Die scharfe Zurückweisung, die er als Minister gelegentlich einer Sitzung dem Berghauptmann von Heyden-Rynsch auf dessen Wort »Alles für, aber nichts durch die Arbeiter« zuteil werden ließ, kennzeichnet vielleicht am besten sein ernsthaftes Eintreten für das Recht der Arbeiter.

Arbeitslosigkeit Deutschland steht seit dem Winter 1923-1924 unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Zwar brachte die 1. Hälfte des Jahres 1925 ein ständiges Absinken der Anzahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsemp-

fänger) von 593 024 am 1. Februar 1925 auf 195 099 am 1. Juli 1925. Vom November ab stieg sie aber rasch wieder an, überschritt bereits am 1. Dezember mit 673 315 erheblich die Höchstzahl vom Februar und entwickelte sich nun, von 14 Tagen zu 14 Tagen, um 4- bis 300 000 springend, auf 2 030 646 am 1. Februar und 2 058 412 am 15. Februar 1926. Von dieser Höhe, die die Nachkriegshöchstzahl von 1 533 495 (Januar 1924 im unbesetzten Gebiet) noch weit hinter sich ließ, bröckelte die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger nur zögernd bis auf 1 743 429 am 15. Mai 1926 ab. Fügt man hierzu die Höchstzahl von 2 360 977 Zuschlagsempfängern am 1. Februar 1926 sowie die Tatsache, daß nach den Berichten der Arbeiterfachverbände im Januar 1926 (Höchstzahl) 22,6 % in Kurzarbeit standen, bei ebenfalls 22,6 % (Höchstzahl) Arbeitslosen, so erkennt man das Elend, das die deutsche Arbeiterklasse zu Beginn des Jahres betroffen hat.

Es ist daher verständlich, daß das Problem der Arbeitslosigkeit die deutsche Sozialpolitik immer mehr beherrschte. Verständlich vom Standpunkt der Gesellschaftswirtschaft aus: Stiegen doch die Ausgaben im Januar 1926 auf 92 Millionen, im Februar auf 102 und im März auf 120 Millionen Mark; im April betrug sie 113 Millionen. Von der Märzsumme hatten aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen 43,5 Millionen Mark aufzubringen, während die Gemeinden mit 14,5, Länder und Reich mit je 31,0 Millionen belastet waren. Verständlich von sozialpsychologischer Blickrichtung her: Der Arbeitslose, der sich, losgelöst von eigener Verantwortung für seine Arbeitslosigkeit, auf unbestimmte, aber voraussichtlich lange Zeit jeglicher auf Eigentätigkeit beruhender Existenzgrundlage beraubt sieht, ist massensuggestiven Beeinflussungen und Eindrücken leichter zugänglich. Er sieht sich und seine Familie, zugleich aber auch meist die Gruppe seiner nachbarlichen Umgebung, einem Schicksal langsamen und dadurch um so qualvollern Untergangs gegenüber, ohne daß ihm aus eigener oder anderer Kraft ein Ausweg gangbar erschiene. Die bekannten Zusammenhänge zwischen dem Grad des Elends und dem des Radikalismus machen sich bemerkbar. Verständlich daher auch auf Grund soziologischer Betrachtung: Die staatliche Rahmengruppe sieht sich einer er-

schreckend großen, verzweifelten und daher bedrohlichen Anzahl ihrer Mitglieder gegenüber, die von ihr Grundlagen der Lebensfristung verlangen. Gleichzeitig drücken die politischen Gruppen, aus den Reihen ihrer arbeitslosen Mitglieder selbst gedrängt oder gar aus deren Arbeitslosigkeit politisches Kapital schlagend, gleichsam von oben auf die Staatsmaschinerie, während der öffentliche Verwaltungsapparat, in ihm insbesondere die den arbeitslosen Gruppen nächsten lokalen Verbände von unten her bei der Staatsspitze ihre teilweise wieder andersgearteten Wünsche dringend geltend machen. Innerhalb der wirtschaftlich interessierten Gruppen aber wächst sich, auf Arbeitgeberseite, die steigende Anzahl der Arbeitslosen, zunächst vielleicht als Reservarmee wirtschaftspolitisch nicht unerwünscht, allmählich zu politischer und damit rückschlagend auch wirtschaftlicher Gefahr aus, während für die Gewerkschaften eine derartige Arbeitslosigkeit Mitgliederschwund oder Radikalisierung bedeuten kann, jedenfalls Ansporn zu höchster gewerkschaftlicher Aktivität ist.

Von der Produktionsseite aus gesehen hat die gegenwärtige deutsche Arbeitslosigkeit aber noch ihre eigene sozialpolitische Problematik. Während die wirtschaftliche Prosperität in Deutschland sich allen Anzeichen nach von ihrem schlimmsten Tiefstand allmählich zu erholen scheint, zeigen die Arbeitslosenzahlen eine im Hinblick auf die Jahreszeit (Anforderungen der Landwirtschaft, des Baumarkts und sonstiger Außenberufe) beängstigend geringe Tendenz zu fallen. Es ist fast Gemeingut, daß dieser Zustand auf eine gewisse Übersetzung der Nachkriegswirtschaft mit Arbeitskräften (insbesondere mit Angestellten während der Inflation), auf Rationalisierungsbestrebungen in der Industrie, wie endlich auf eine nur sehr vorsichtige Beschäftigtenvermehrung in den Betrieben bei Wiederbelebung der Produktion zurückzuführen ist. Daher die Ansicht, man müsse aus diesen und noch anderen Gründen schließen, daß auch bei Besserung der Wirtschaftslage das Heer der Arbeitslosen auf ungewöhnlicher Höhe stehen bleiben werde. Ist dem aber so, so ergibt sich als sozialpolitische Frage der nächsten Zukunft eine bedeutende Spannung zwischen dem Interesse der Einzelbetriebe an privatwirtschaftlicher Produktivität einerseits und der volkswirtschaftlichen Belastung mit einer hohen Erwerbslosenzahl anderer-

seits. Wobei die Zusammenhänge zwischen der Preispolitik der Kartelle und der Anzahl der in ihren Betrieben Beschäftigten, zwischen ihrer Gewinnquote und ihrer Lohnquote sowie zwischen der wünschenswerten Vermehrung der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarkts und der Notwendigkeit gesteigerter Ausfuhr auf Grund des Dawesplans besonders zu beachten sein werden.

Arbeitslosenversicherung Hat Sozialpolitik die Zielrichtung sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den Mitgliedern der staatlichen Gesellschaftsgruppe, so ergibt sich aus dem Gesagten die Notwendigkeit schärfster sozialpolitischer Entspannung im Hinblick auf die große Erwerbslosigkeit. Im letzten Winter wirkten sich die geschilderten Faktoren zunächst in 4facher Richtung aus. Einmal wurde eine Erhöhung der Unterstützungssätze notwendig, die vom 14. Dezember 1925 ab, zuletzt befristet bis zum 3. Juli 1926, erfolgte und für Ledige, die nicht dem Haushalt eines andern angehören, sowie für Erwerbslose, die 8 Wochen ununterbrochen unterstützt worden sind, vom 1. März 1926 ab 10 % betrug. Des fernern ergab sich aus der besonders Not der Angestellten heraus die Einbeziehung auch höher bezahlter Angestelltengruppen in die Erwerbslosenfürsorge. Die 7. Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 21. Januar 1926 erweiterte die Erwerbslosenfürsorge vom 1. Januar 1926 ab auf Angestellte, die der Angestelltenversicherung (Höchstjahresgehalt 6000 Mark) unterliegen. Weiterhin ordnete der Reichsarbeitsminister, veranlaßt vor allem auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, am 30. März an, daß in Anbetracht der ungünstigen Arbeitsmarktlage von der Möglichkeit der Unterstützung Erwerbsloser auch über 26 Wochen hinaus bis zur Höchstdauer von 52 Wochen weit Gebrauch gemacht werde. Endlich, wu. auf Drängen des Reichstags und insbesondere der Gewerkschaften die seit der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 praktisch ausgeschaltete Kurzarbeiterfürsorge durch Anordnung vom 20. Februar 1926, vom 1. März ab befristet, zunächst bis zum 1. Mai, dann bis zum 3. Juli wieder eingeführt.

Alle diese Maßnahmen fußten auf der Versicherungsordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924, die einerseits versicherungsartig sich auf den

Gedanken von Beiträgen der Beteiligten, insbesondere Arbeitgebern und Arbeitnehmern stützend, andererseits doch wieder am Charakter einer Fürsorge mit prinzipieller Bedürftigkeitsprüfung festhaltend, von vornherein nur als Übergangsregelung gedacht war. Als Ziel stand, von Kriegsende an einstimmig von allen Gruppen gewünscht, die Einführung einer Arbeitslosenversicherung fest. Die Reichsregierung hat nunmehr, nachdem Ansätze zu einem Gesetz über Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1919, 1920 und 1922 nicht durchgeführt worden waren, im September 1925 den zuständigen Stellen den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung zugeleitet, dem Anfang April 1926 eine umfangreiche Begründung folgte; diese wird durch ihre eingehende historische Betrachtung sowie durch ihre zusammenfassenden Angaben über die Regelung der Arbeitslosenfrage im Ausland auch über den Tagesbedarf hinaus von bleibendem Wert sein.

Der Entwurf baut auf dem Prinzip der Selbstverwaltung eigener Versicherungsträger (Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch) über den Bezirk je eines Landesarbeitsamts auf. Der öffentliche Einfluß wird im Vorsitz durch den Vorsitzenden des Landesarbeitsamts wie durch ein gewisses Vetorecht der obersten Landesbehörden repräsentiert. Der erfaßte Personenkreis (grundsätzlich nur Arbeitnehmer) deckt sich zunächst mit dem der Krankenpflichtversicherung. Ausgeschlossen sind Arbeitnehmergruppen aus Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Küstenschifffahrt, einbezogen Hausgehilfen und Seeleute. Die Mittel, die auch die Kosten des Arbeitsnachweiswesens zu zwei Dritteln decken müssen, werden lediglich durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen mit dem Höchstsatz von insgesamt 2 % des Grundlohns aufgebracht. Das Reich kann in Notzeiten Mittel verschließen, gegen das Recht den Fürsorgecharakter wieder einzuführen. Der räumliche Gefahrenausgleich erfolgt prinzipiell für den Bereich des Versicherungsträgers (Landesarbeitsamtsbezirk); ein Reichsgefahrenausgleich ist nur teilweise eingeführt. Die Leistungen endlich treffen den unfreiwillig Arbeitslosen (ausgenommen bei Streik oder Ausspernung) nach 26wöchentlicher Anwartschaft für 26 Wochen Arbeitslosigkeit. Für die Bemessung der Unterstützungen sind 5 Lohnklassen mit einem Einheitswochenlohn zwischen 10 und 40 Mark gebildet.

Die Unterstützung beträgt 40 % des Einheitslohns, mit Familienzuschlägen bis zu 65 % des Einheitslohns. Kurzarbeiterunterstützung bleibt ausgeschlossen. In der Diskussion über den Entwurf setzt die Kritik insbesondere bei dem Ausschluß der Landarbeiter, dem geringen Einfluß der Arbeitsnachweise, der Art des Gefahrenausgleichs und der Höhe der Unterstützung ein. Die Gruppenkritik wird von nur soziologisch erklärbaren Beweggründen, wie sie im Anfang der Ausführungen über Arbeitslosigkeit angedeutet wurden, geleitet. Die Arbeitgebergruppe, vor dem Krieg Gegner einer Arbeitslosenversicherung, bejaht diese heute prinzipiell; ein Zeichen, daß auch der privatwirtschaftlichen Orientierung die wirtschaftlichen Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit die Verflechtung des Einzelwohls mit dem Gesamtwohl verdeutlicht haben. Wenn diese Gruppe die Durchführbarkeit einer Arbeitslosenversicherung im gegenwärtigen Zeitpunkt verneint, so vorzüglich wegen der finanziellen Auswirkung eines solchen Gesetzes. Ihre Kritik richtet sich daher hauptsächlich gegen die Höhe der Unterstützungssätze und rechtfertigt damit den oben gegebenen Hinweis auf ein wahrscheinliches zukünftiges Auseinanderklaffen zwischen privat- und volkswirtschaftlichen Interessen beim Arbeitslosenproblem. Auch die Kritik der Gegenseite, der Arbeitnehmergruppe, nimmt naturgemäß die Höhe der Unterstützungssätze zu ihrem Ausgangspunkt. Es wird, wie sich bereits bei den jetzigen Beratungen über die Vorwegnahme der Staffelung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge zeigt, eine Erhöhung der unteren, eine Erweiterung der oberen Lohnklassen sowie die Heraufsetzung des obern Prozentsatzes bei Familienzuschlägen verlangt. Außerdem dringt diese Gruppe auf Einbeziehung der Landarbeiter und höher bezahlten Angestellten und auf den Reichsgefahrenausgleich. Die Forderungen der Arbeitnehmer auf Erhöhung der Unterstützungen werden von der Gruppe der öffentlichen Verwaltung noch übertroffen: siehe den Beschluß des Städtetags; allerdings aus anderen, nämlich kommunalfinanzpolitischen Beweggründen, um die Notwendigkeit von Fürsorgemaßnahmen bei nur geringen Unterstützungssätzen möglichst hintanzuhalten. Ein weiteres Hauptinteresse dieser Gruppe richtet sich aber auf Stärkung des eigenen Einflusses durch Errichtung der Versicherungsträger beim örtlichen

Arbeitsnachweis, was sich aus der unmittelbaren Berührung mit den Arbeitslosen selbst erklärt (siehe auch die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 113 und folgende).

Die Reichsregierung sucht in ihrem Entwurf im allgemeinen zwischen diesen widerstrebenden Forderungen die mittlere Linie. Dabei zieht sich wie ein roter Faden durch die amtliche Begründung die Tendenz nachzuweisen, daß die kommende Arbeitslosenversicherung keine Erhöhung der Gesamtausgaben gegenüber dem bisherigen Zustand bringen werde. Ob das zutrifft, wird im wesentlichen von der künftigen Gestaltung des Arbeitsmarkts beeinflußt werden. Gegebenenfalls wird es, wenn gemäß dem oben Gesagten die Erwerbslosenzahl auf beträchtlicher Höhe bleibt, darauf ankommen sich mutig für das volkswirtschaftliche gegenüber dem privatwirtschaftlichen Interesse einzusetzen.

Kinderarbeit

Ellen Key, diese bedeutende Frau, deren Tod wir jetzt beklagen, hat dem Beginn des 20. Jahrhunderts den Stempel eines »Jahrhunderts des Kindes« aufgedrückt. Dieses Schlagwort hat auf pädagogischem Gebiet manches Unheil angerichtet. Aber es war von Menschenliebe eingegeben. Hat nun das 1. Viertel des 20. Jahrhunderts wirklich für das Kind gesorgt? Wie weit entfernt es davon war, zeigen uns 2 neue Publikationen Kinderelend-Jugendnot von Walter Eschbach /Berlin, E. Laub/ und Landwirtschaftliche Kinderarbeit von Helene Simon /Berlin, F. A. Herbig/. Das letztgenannte Buch ist das weitaus Wertvollste, was an wissenschaftlicher Untersuchung seit langem auf dem Gebiet der Kinderarbeit geleistet wurde. Helene Simon hat vornehmlich 2 Erhebungen bearbeitet: die staatliche Erhebung über die Lohnbeschäftigung von Schulkindern in der Landwirtschaft vom 15. November 1904 (die in der Vorkriegszeit trotz Anforderung des Reichstags nicht zu dessen Kenntnis gelangte) und eine Umfrage des Deutschen Kinderschutzverbandes über Kinderlandarbeit vom Jahr 1922. Dazu wurden ergänzend eine staatliche Untersuchung Österreichs über Kinderarbeit und nordamerikanische amtliche Monographien über Kinderlandarbeit behandelt. Die Arbeit wird besonders wertvoll durch die Gegenüberstellung des statistischen Materials vom Jahr 1904 mit einer reichhaltigen Auslese von Werturteilen aus dem Jahr

1922. Aus diesem Material erkennt man einwandfrei die Bedeutung, die auch in diesem Jahrhundert die Kinderarbeit auf dem Land noch hat, und die Tatsache, daß neben objektiv kaum zu beanzustandender leichter, vielleicht sogar gesunder Kinderbeschäftigung, die Landwirtschaft Kinder in vielen Fällen auch anstrengender und langdauernder, sogar gefährlicher Arbeit zuführt, die einen schweren Mißbrauch der Übergewalt Erwachsener über hilflose Kinder, und zwar vom jüngsten Alter an, darstellt. Hinweisen sei auf die beachtliche Andeutung, daß die schwere Arbeit im Kindesalter zum Teil an der Landflucht der Erwachsenen schuld sei, auf den Kampf, der in der Landwirtschaft zwischen Bildungsbestrebungen und wirtschaftlicher Ausbeutung der Jugend geführt wird, und auf die Tatsache, daß der Großteil der Landlehrer auch 1922 noch das Übergewicht der bäuerlichen Bevölkerung über Lehrer und Ortsbehörde so stark einschätzt, daß die Aufsicht über die Durchführung eines eventuellen Kinderschutzgesetzes auf dem Land durch Ortsbehörde oder Lehrerschaft fast übereinstimmend abgelehnt wird. Das Buch gelangt zu der Schlußfolgerung, daß Kinderarbeit auf dem Land nicht schroff zu beseitigen, wohl aber in eine maßvolle Form zu bringen sei, die Lust und Liebe zur Landarbeit einflöße und die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder fördere. Dieser vorsichtigen Formel wird man sicher zustimmen können. Wie weit sie, durchgeführt, Übergriffe wird verhindern können, steht noch dahin. Aus den methodischen Bemerkungen, zu denen das Buch anreizt, sei hervorgehoben, daß das Zahlenmaterial am Anfang vielfach unvergleichbare Daten in einer Weise gegenüberstellt, die zu Irrtümern führen kann. Tabellenform hätte hier die Deutlichkeit verbessert. Auch vermißt man die Wiedergabe der Fragebogen von 1903 und 1908, wichtig für die Erkenntnis der Einwirkung eventueller Suggestivfragen. Doch kann dies alles den Gesamtwert des Buches nicht mindern. Als Rückwirkung des Simonschen Buches wird man bereits einige Paragraphen der sächsischen Ausführungsverordnung zum Wohlfahrtspflegegesetz vom 20. März 1926 ansehen dürfen. Danach haben die Schulbehörden beobachtete Schädigungen bei land- und hauswirtschaftlich, ebenso bei gewerblich tätigen Kindern an die Wohlfahrts- und Jugendämter beziehungsweise Gewerbe-

aufsichtsämter mitzuteilen. Die Wohlfahrts- und Jugendämter haben dann, auch bei gewerblich tätigen Kindern, gegebenenfalls fürsorgerisch einzugreifen. Diese Regelung ist besonders erfreulich, weil sie den Ursachen, nicht den Symptomen der Kinderarbeit zuleibe rückt. Die Broschüre Eschbachs bringt in Wort und Abbildung eine wahrhaft erschütternde Zusammenstellung von Quellenmaterial über die körperliche Not der Kinder der Nachkriegszeit. Unter den Stichworten Kriegsfolgen, Ernährungslage, Kinderkrankheiten, Wohnungsnot und Kleidermangel bergen sich Tatsachen, die, auch wenn man die Tendenz der Zusammenfassung beachtet, uns darüber belehren, wie wenig trotz aller Sozialpolitik auch nur der selbstverständlichste soziale Ausgleich, der am Kind, erreicht ist, von der Schädigung der Wirtschaft durch die Schwächung der künftigen Generation ganz zu schweigen.

Jugendliche Die Jugendlichen im gewerblichen Leben behandeln einige weiteren Schriften. In den Königsberger Sozialwissenschaftlichen Forschungen /Jena, Gustav Fischer/ veröffentlicht Gertrud Tollkühn eine Abhandlung Die planmäßige Ausbildung des gewerblichen Fabriklehrlings in den metall- und holzverarbeitenden Industrien. Die sehr fleißige Arbeit setzt sich für die auf psychotechnischer Auslese beruhende Lehrwerkstätte der Industrie mit angeschlossener Werksschule ein. Doch arbeitet die Verfasserin auch die fatalen Folgen psychotechnischer Auslese, für den Betroffenen und die Gesamtwirtschaft, und die Schattenseiten der privaten Werksschule heraus; eine Warnung vor allzu günstiger Betrachtung und Einschätzung derartiger Ausbildung. Lange Arbeitslosigkeit kann bei einem Jugendlichen daher besonders leicht Minderwertigkeitskomplexe erzeugen oder aber ihn auf abwegige Bahnen lenken. Der aus solchen Überlegungen entspringenden sozialpolitischen Aufgabe ist der öffentliche Arbeitsnachweis Düsseldorf in ernsthafter Weise zuleibe gerückt. Er berichtet darüber in einer Broschüre Erwerbslose Großstadtjugend /Düsseldorf, Hans Trojanski/. Man kann für diesen Bericht nur dankbar sein, wenn man auch gern einen vertieften Ausbau nach der wirtschaftlichen Seite hin sähe und mit den psychologischen Betrachtungen und Auswertungen der Schrift nicht immer einverstanden sein kann.

Einen in seiner knappen Darstellung recht brauchbaren Überblick über Kinder- und Jugendlicherfürsorge in Deutschland gibt eine Denkschrift Deutsche Jugendwohlfahrt, die im Verlag des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin erschien und dem 1. Weltkongreß für Kinderhilfe in Genf /1925/ überreicht wurde. Besonders sei hier auf eine gute tabellarische Übersicht über die Minderjährigen in der deutschen Reichsgesetzgebung verwiesen.

Der Arbeiterjugendführer Erich Ollenhauer berichtet über 20 Jahre Kampf um Jugendschutz und Jugendrecht /Berlin, Arbeiterjugendverlag/. Die Schrift bringt, in der immer wieder anzuerkennenden geschmackvollen Ausstattung des Arbeiterjugendverlags, einen historischen Überblick über Arbeit und Erfolg der Arbeiterjugend auf dem Gebiet des Jugendschutzes. Kennt man den Erfolg der Tätigkeit der Arbeiterjugend in den bekannten Beschlüssen der Kasseler Jugendtagung zur Freizeit- und Urlaubsfrage der erwerbstätigen Jugend /1925/, so wird man im vorliegenden Büchlein auch gern das historische Werden dieser Bestrebungen verfolgen.

Totenliste Am 8. November 1925 starb in Zürich *Herman Greulich* (siehe auch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 119). Er war 1842 in Breslau als Deutscher geboren, erwarb aber mit 25 Jahren Heimatsrecht in der Schweiz und zählte dort seit langem zu den hervorragenden Führern des Sozialismus. Seine Bedeutung wuchs gar bald über die Grenzen der Schweiz und den engern Kreis der Arbeiterbewegung hinaus und ließ ihn zu einer sozialpolitisch führenden Persönlichkeit von international anerkannter Bedeutung werden. Noch im vorigen Jahr ließ die neugeschaffene Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt seinem sozialpolitischen Wirken die Ehrung zuteil werden, daß sie ihn, den langjährigen ehemaligen Vizepräsidenten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannte. Dieser Posten soll nach seinem Tod unbesetzt bleiben. Am 6. April 1926 starb in Braunschweig *Wilhelm Kulmann*, neben reicher sozialpolitisch literarischer Tätigkeit besonders bekannt durch seine 6bändige Beschreibung der Berufsvereine sowie durch seine Arbeiten über das Genossenschaftswesen (siehe die Rundschau Genossen-

schaftsbewegung, in diesem Band Seite 415). Sein warmherziges und tapferes Eintreten für den Organisationsgedanken der Arbeiterschaft wird man am treffendsten als typisch liberaler Gesinnung entsprossen ansprechen können: Klassenkampf, Solidarität, Zusammenschluß der Arbeitnehmer erscheinen ihm als notwendiger Ausfluß des Strebens jedes einzelnen »seinen Vorteil« im Wirtschaftskampf zu erzielen.

Der Tod der schwedischen Vorkämpferin für Frauenrecht und Kindererziehung *Ellen Key* am 26. April berührt auch den Sozialpolitiker. Hat man ihrem mütterlichen und zugleich bahnbrechenden Eintreten für das Recht des Kindes doch reiche Anregung für Kinderschutz und Kinderhilfe zu verdanken.

Kurze Chronik Am 24. September 1925 vereinigten sich die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Internationale Komitee für Sozialversicherung zur *Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt*. Zum Ehrenpräsidenten wurde Herman Greulich ernannt. Im Präsidium befinden sich Lujo Brentano, Albert Thomas, Sidney Webb. Den Vorsitz erhielt Karl Renner /Wien/, zum Generalsekretär wurde Adéodat Boissard /Paris/ bestimmt. Die beiden Letztgenannten statteten der Deutschen Gesellschaft für soziale Reform im Mai 1926 einen Besuch ab, wobei es auf einem Gesellschaftsabend zu einer sehr interessanten Aussprache über die Forderung des internationalen Achtstundentags kam. ◊ Vom 15. bis zum 19. März 1926 fand in London im Anschluß an die Konferenz vom September 1924 in Bern eine erneute Besprechung der Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens über die Ratifizierung des *Washingtoner Abkommens* betreffend den Achtstundentag statt. Das Ergebnis war eine besonders von Gewerkschaftsseite viel umstrittene Auslegung des Abkommens, die nunmehr die Ratifizierung in allen genannten Ländern ermöglichen soll. ◊ Der Reichstag beschloß am 15. April ein Gesetz über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen in der Industrie, das einer Anregung des Vereins für Sozialpolitik über eine objektive Erhebung zur *Arbeitszeitfrage* folgt. Unter den ernannten Mitgliedern hätte man gern noch einige Vertreter

der Wissenschaft mehr erblickt. ◊ Die deutsche Regierung ließ den zuständigen Stellen einen Entwurf zum *Arbeitsgerichtsgesetz* zugehen. Der Gedanke des Sondergerichts wird durch ein System von Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgerichten und einem Reichsarbeitsgericht beibehalten, vom Landesarbeitsgericht an aber personelle und räumliche Angliederung an die ordentlichen Gerichte gesucht. Der betroffene Personenkreis ist gegenüber der jetzigen Regelung auf landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Hausangestellte ausgedehnt. Den Vorsitz sollen in jedem Fall Personen mit Befähigung zum Richterberuf ausüben, ernannt von der Landesjustizbehörde im Einvernehmen mit der Landessozialbehörde. Rechtsanwälte sollen als Prozeßbevollmächtigte ausgeschlossen sein. ◊ Die in der vorigen Rundschau (1925 Seite 633) erwähnte Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes betreffend *Schwangerenschutz* usw. hat nunmehr in Sachsen zum ersten Erfolg geführt; dort wurde im April die erste Gewerbeärztin in der Gewerbeaufsicht Deutschlands, Elisabeth Krüger, zum Regierungsgewerberat ernannt.

Literatur Eine sehr verdienstvolle Untersuchung liefert *Hanna Meuter* in ihrer, von Leopold von Wiese eingeleiteten Arbeit *Die Heimlosigkeit* /Jena, Gustav Fischer/. Sie betrachtet die Heimlosen (Mangel an festem Wohnsitz und geregelter Berufsleben) in ihrer Einwirkung auf einander und auf die Gesellschaft. Material der Untersuchung bilden die wissenschaftliche und die schöne Literatur. Die Früchte dieser exakten Untersuchung wird jeder Sozialpolitiker, insbesondere der Wohlfahrtspolitiker, leicht in seiner praktischen Arbeit finden können, und dies gibt dem Buch schon sehr starken Wert. Interessant ist die erstmalige Anwendung soziologischer Methoden, und zwar im wesentlichen nach Max Weber, auf ein sozialpolitisch praktisches Teilgebiet. ◊ Der Leiter der sächsischen Wohlfahrtspflege *Hans Maier* veröffentlicht seine Rede auf der sächsischen Landeswohlfahrtstagung in Plauen im Vogtland unter dem Titel *Die gesellschaftliche Bedeutung der Wohlfahrtspflege* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Die Schrift gibt eine beachtenswerte soziologische Betrachtung der Eingliederung der Wohlfahrtspflege in die Produktions-, Konsumtions- und Sozialpolitik mit der dem Verfasser eigenen innern Wärme im sachlichen Gewand.

Wirtschaft / Max Schippel

England: Streik: Der englische Generalstreik war von zu kurzer Dauer, um außer Störungen des alltäglichen Lebens tiefe Wirkungen auf das Wirtschaftsleben in Produktion, Verkehr und Handel ausüben zu können. Auch der Kohlenstreik kann erst nach längerer Zeit die Produktion tiefer treffen, so daß bisher durch die angeordnete Kohlenrationierung abermals mehr die Haushalte und das alltägliche Treiben litten. Immerhin sind einige Tatsachen bemerkenswert. Was die englische Börse anlangt, so stand sie zunächst unter einem gewissen Druck, von dem sie sich jedoch rasch erholte. Noch kennzeichnender ist die Wertbewegung des Pfundes Sterling, dessen Goldpari seit dem April 1925 zwar wiederhergestellt wurde, ohne jedoch über die Grundlage einer vollen Goldwährung und eines wirklichen Goldumlaufs zu verfügen. Zwar war von einer umfassenden Flucht ins Ausland und einer massenhaften Zurückziehung ausländischer Guthaben von allem Streik-anfang an nicht zu reden. Aber das Pfund sank gegenüber dem Dollarpari von $4,86\frac{2}{3}$ doch jeweilig bis auf $4,85\frac{3}{16}$, während beim Beginn des Streiks ein Kurs von $4,86\frac{1}{8}$ zu verzeichnen war. Am 15. Mai konnten jedoch die Blätter triumphierend melden, daß das Pfund mit $4,86\frac{3}{4}$ das Dollarpari zum erstenmal seit 11 Jahren überschritten habe. Ob die ausländische Kohlenkonkurrenz die neutralen Märkte in der Tat so stark besetzt hat wie die englischen Blätter, kaum ohne Nebenabsichten, behaupten, oder ob eine starke Zurückziehung von Aufträgen für Lieferungen aller Art erfolgte, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Dagegen hat zweifellos das Petroleum von der ersten Woche des Generalstreiks ab stark an Verwendung gewonnen, obwohl der Stillstand der Automobillinien zunächst eine gewisse Verbrauchsverminderung nach sich zog. Vorläufig verraten die Arbeitslosenzahlen am eindrucklichsten den allgemeinen Wirtschaftsrückgang. Bei den Arbeitsnachweisen hatte sich die Anzahl der Arbeitslosen allmählich seit August 1925 (1 418 000) wieder gesenkt; sie stand am 3. Mai auf 1 105 916, am 10. Mai auf 1 576 000, am 17. Mai auf 1 612 700, am 24. Mai auf 1 597 700.

Deutschland Die Wirtschaftslage Deutschlands läßt noch keine Besserung oder doch nur, wiederum die Arbeitslosenzahlen zum Ausgangspunkt genommen, eine ganz schwache

Hebung erkennen. Nach dem Reichsarbeitsblatt respektive den reichsstatistischen Erhebungen wäre zunächst im März auf einzelnen Gebieten des Arbeitsmarkts eine Erleichterung zu spüren gewesen, »doch hatte der Arbeitsmarkt in den Schlüsselindustrien, wie Bergbau, Metallverarbeitung, Textilindustrie, und im Baugewerbe, vorerst an der Besserung noch keinen Teil«. Der nächste Monatsbericht glaubt für den April eine weitere Auswirkung der bereits für den Vormonat beobachteten leichten Besserung feststellen zu können, weist aber ausdrücklich auf diese regelmäßige Erscheinung in der gleichen Frühjahrsperiode hin. Immerhin steigt seit März beispielsweise der Mitgliederstand der Krankenkassen an. Am 1. März hatte hier die Anzahl der Versicherungspflichtigen 12 447 103 betragen, am 1. April 12 560 798. Zwischen April und Mai verschob sich, wie nicht selten, die Grundlage der berichtenden Kassen, etwas; aber wenn bei den gleichen berichtenden Kassen die Anzahl der Versicherungspflichtigen zwischen dem 1. April und dem 1. Mai von 12 763 613 auf 13 231 746, also um 468 133 oder 3,7 % emporging, so liegen hier zweifellos Anzeichen allmählich günstigerer Entwicklung vor. Bezeichnend für die Lage der Eisenindustrie war der von der Rohstahlgemeinschaft gefaßte Beschluß die Erzeugung im März weiterhin auf die bisherige Höhe von 35 % zu beschränken. Die Leipziger Messe, die für viele Produktionszweige als Barometer gilt, hatte einen ausgesprochenen Mißerfolg; Kiel und Lübeck sagten ihre Frühjahrmessen ab. Nach dem Bericht der Reichsbahn über das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925 blieben die täglichen Einnahmen infolge geringen Verkehrs um 1,5 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück. Der Wechselkurs der Reichsbank wurde am 7. Juni von 7 auf $6\frac{1}{2}$ % herabgesetzt; der Goldbestand der Reichsbank belief sich am 31. Mai auf 1491,9 Millionen Mark, deckte also 51,1 % (mit den deckungsfähigen Devisen 65,3 %) der umlaufenden 2877,9 Millionen Mark Noten.

Valutabewegung Wie wenig gefestigt das internationale Wirtschaftsleben immer noch ist, ergibt sich aus den mitunter geradezu überraschenden Valutaschwankungen, an denen die jüngste Zeit wieder einmal besonders reich war. Für das Pfund Sterling erhielt man in London (das Pari beträgt $25,22\frac{1}{2}$) im Wochendurch-

schnitt in der Woche, die am 8. Mai endete, 152,842, am 22. Mai 160,875, am 29. Mai 149,075 französische Francs. Fast genau in der selben Linie bewegte sich, nach längerer Stabilisierung, der belgische Franc: am 8. Mai 155,979, am 22. und 29. Mai 160,583 und 153,350, während im ganzen Jahr 1925 für Paris niemals die Zahl 136,00 und für Brüssel niemals 112,55 überschritten worden war. (Über die außenpolitischen Untergründe des wiederholten Drucks auf den Franc, der sein Ziel: die Schwächung der Stellung Frankreichs, doch nicht erreichte, siehe den Artikel Quessels Deutsch-französische Zusammenarbeit, in diesem Band Seite 367.) Viel günstiger war das Schicksal der (an sich ja goldgleichwertigen) italienischen Lira; sie schwankte im Maiwochendurchschnitt nur zwischen 120,979 und 128,525, überholte also den französischen und belgischen Franc nicht nur in der internationalen Bewertung sondern auch in der Beständigkeit. Dagegen ist der polnische Zloty, an sich gleichfalls dem Goldfranc äquivalent, seit Dezember auf das schwerste erschüttert, in London notierte er in der 1. Juniwoche 50, nachdem er sich während des ganzen Jahres 1925 zwischen den Höchst- und Mindestkursen 24,75 und 22,30 gehalten hatte, also lediglich stabil geworden war. Budget- und Parteisorgen, Außenhandelsschwierigkeiten, schließlich auch die Interessenkonflikte in der Rückzahlung der Kriegsschulden, in erster Linie an die Vereinigten Staaten, ferner an England, fallen dabei, neben dem allgemeinen Produktionseind in Gewicht.

Amerika

Trotz ihrem unvergleichlichen Gedeihen haben übrigens selbst die Vereinigten Staaten manche Rückschläge erlitten. Zunächst und am empfindlichsten an der New Yorker Börse, die nach einer Zeit der lebhaftesten Spekulation in den ersten Märztagen einen schweren Zusammenbruch erlebte, zum Teil im Zusammenhang mit der Krediteinschränkung durch erhöhten Bankzinsfuß. Die längste Kursaufwärtsbewegung erreichte damit ein jähes und für die Masse der Beteiligten recht schmerzhaftes Ende. Etwa Mitte 1921 begann diese "Bull"-Entwicklung. Einen 1. Höhepunkt erreichte sie im Oktober 1923. Die 2. Periode erstreckte sich etwa bis zur Präsidentschaftswahl im November 1924, blieb jedoch bescheiden hinter der 3. und letzten Stufe zurück. Die Sicherung einer stabilen kapitalfreundlichen Regierung in Verbindung mit einer unerhörten Prosperität

ließ die Kurse sprunghaft ansteigen. Für 50 "repräsentative" Eisenbahn- und Industriepapiere war der Kursindex im Oktober 1923 noch 77,15 gewesen, Mitte November 1925 betrug er 136,63, was selbst für die New Yorker Börse einen beispiellosen Aufschwung darstellt. Trotzdem brauchte die New Yorker Bundesreservebank ihren Diskontsatz nicht über 4 % im Januar zu steigern, und sie konnte ihn am 21. April bereits wieder auf 3½ % herabmindern. Die geringere Inanspruchnahme durch die Börse ist der Produktion und dem kommunalen und staatlichen Anleihebedarf zugute gekommen, so daß man trotz einem leichten wirtschaftlichen Abflauen weiter getrost in die Zukunft blickt. Für den Verbraucher hat sich unter diesen Umständen seit längerer Zeit schon eine merkbare Preisermilderung vollzogen. Nach Irving Fishers Berechnungen stellte sich, 1913 gleich 100 gesetzt, der Indexpreis für den Jahresdurchschnitt 1925 auf 159,2, für den März und April 1926 auf 152,9 und 150,9; die Kaufkraft des Dollars hätte sich demnach, immer 1913 gleich 100 zugrunde gelegt, von 62,8 auf 65,4 und 66,3 Cents erhöht.

Kriegs- und Nachkriegswirtschaft

Den ganzen Gang der Reparationswirren hat der ehemalige Staatssekretär Carl Bergmann handelnd miterlebt, häufig als legitimierter Sprecher Deutschlands. Ruhig und sachlich unterbreitet er jetzt der Öffentlichkeit ein anschauliches Bild der Entwicklung der Ereignisse: Der Weg der Reparation, von Versailles über den Dawesplan zum Ziel /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Die geschichtliche Darstellung bildet den Kern. Doch läßt es Bergmann an kritischer Beurteilung des zeitweilig Erstrebten und des schließlich Erzielten nicht fehlen: Der Dawesplan sei zwar eine Grundlage für die endgültige Regelung, aber noch nicht die eigentliche Lösung; nur die Bahn, in der die durchschlagende Auseinandersetzung sich vollziehen müsse, sei in gewisser Art vorgezeichnet, erst die Erfahrungen mit dem Transfer versprechen die deutschen Zahlungsmöglichkeiten mit dem Dawesplan in Einklang zu bringen. In deutscher Übersetzung sind in einem ziemlich starken Band die ersten Berichte des Generalagenten für Reparationszahlungen Sir Parker Gilbert erschienen /Berlin, Reimar Hobbing/. Jedem Generalbericht folgen die selbständigen Sonderarbeiten über die Reichsbank, die Eisenbahnen, die verpfändeten

Einnahmen, die Eisenbahnschuldverschreibungen, die Industrieobligationen. Es sei hier auf die Fülle und die Bedeutung des von hervorragenden Sachkennern dargebotenen Stoffes hingewiesen. Was über die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands, die Finanzentwicklung (auch zwischen Reich, Ländern und Gemeinden), die Währungsstabilisierung, die industrielle Umstellung, die Verkehrsumgestaltungen, über die beste Regelung großer internationaler Wertübertragungen außerhalb des normalen Wirtschaftsverkehrs gesagt wird, ist heute schon eine Fundgrube für den Nationalökonom und Politiker und wird für die Zukunft erst recht lehrreich sein.

Eine ähnliche Bedeutung wie dem Dawes-sachverständigenbericht für Deutschland wird man, obwohl jeder offizielle Charakter dabei ausscheidet, der gemeinsamen amerikanischen Arbeit Harold G. Moultons und Cleona Lewis' über Frankreichs wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit (The French Debt Problem) zuerkennen müssen; das mit der New Yorker Carnegiestiftung zusammenhängende Institute of Economics hat sie herausgegeben, und die Macmillan Company in New York hat sie verlegt. Die inhaltsvolle Zergliederung und Übersicht ist an sich dankenswert; ihr Wert wird im Augenblick der Verständigungsversuche zwischen Washington und Frankreich dadurch erhöht, daß der Standpunkt der ruhigeren und weiterblickenden amerikanischen Großfinanz wohl mit den Ausführungen Moultons und Lewis' sich im großen und ganzen deckt.

Von ganz außergewöhnlichem, vor allem handelspolitischem Interesse ist ein neuer Band der von der Carnegiestiftung für internationalen Frieden herausgegebenen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ mit dem Doppeltitel Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns, Mitteleuropäische Pläne. Verfasser sind 2 der amtlich Hauptbeteiligten, der ehemalige Minister Gustav Gratz und der Sektionschef Richard Schüller. Zum erstenmal finden sich hier bestimmte aktenmäßige Mitteilungen über die während des Weltkrieges zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wiederholt eingeleiteten Verhandlungen wegen eines engeren handelspolitischen Wirtschaftsbindnisses, das man in den kommenden, damals noch immer aussichtsreich scheinenden Friedensverhandlungen außerhalb der regelmäßigen Meistbegünstigung gestellt sehen wollte. Diese Bestrebungen setzten wiederum einen neuen Ausgleich

zwischen Österreich und Ungarn voraus, wie sie andererseits auf dessen Struktur zurückwirken mußten; über diese Verhandlungen und deren Abschluß, der zunächst geheimgehalten wurde, erfahren wir erstmals Näheres. Dann traten die beiden Mittelmächte, teils übereinstimmend teils auseinandergehend, auf den Friedenskonferenzen mit Rußland und Rumänien und in der polnischen Frage mit besonderen wirtschaftspolitischen Wünschen auf, und der Vorbehalt einer Sonderstellung für ein etwaiges deutsch-österreichisch-ungarisches Zollbündnis spielte dabei abermals keine geringe Rolle. Die Darstellung ist ganz ausgezeichnet; so peinlich sie sich an die aktenmäßig belegten Vorgänge hält, so lebendig und anregend weiß sie die maßgebenden Tatsachen und Meinungen nach allen Seiten herauszuheben.

Vielfach im Anschluß an den auch hier ausführlicher herangezogenen englischen Ausschußbericht Survey of Overseas Markets schreibt Hermann Levy über den Weltmarkt 1913 und heute /Leipzig, B. G. Teubner/. Ohne den Leser mit statistischem Material zu überhäufen, geht er auf die Ursachen der Desorganisation des Weltmarkts ein, er legt die Fülle der Verschiebungen klar, die sich im Kampf um die Absatzgebiete seit Friedenszeiten vollzogen haben.

Recht beachtenswert ist ferner ein Doppelheft der Staatsbürgerbibliothek /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Die englische Wirtschaft von heute und ihre Entwicklung seit 1913, aus der Feder Theodor Mertens.

Von Robert Kuczynskis wichtigem und aufschlußreichem Buch Deutschland und Frankreich ist eine neue Folge erschienen /Berlin, R. L. Prager/.

Welch erstaunliche Genauigkeit die Veröffentlichungen der Carnegiestiftung für den internationalen Frieden anstreben, zeigt die Bibliographie Camille Blochs, des Direktors der Pariser Kriegsbibliothek und -sammlung, über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Frankreichs während des Krieges (Bibliographie méthodique de l'histoire économique et sociale de la France pendant la guerre /Paris, Presses Universitaires de France/). Ein Lexikonband von über 900 Seiten registriert auf das peinlichste alle Parlamentsdrucksachen, Werke, Dissertationen, Zeitschriftenartikel, die das ins Auge gefaßte Gebiet betreffen. Für Bordeaux schilderte, in der gleichen Sammlung, die Entwicklung und Umstellung des Handels und der Schifffahrt, der Produktion, der Außenverbindungen, vor

alles mit Amerika, dann aber auch die Preis- und Lohnbewegungen, den Kampf gegen die Teuerung und die sozialen Notstände der Professor der Geschichte Paul Courteault in seiner Arbeit *La vie économique à Bordeaux pendant la guerre*. Aus der italienischen Abteilung der Carnegie-Stiftung liegt die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Piemonts während des Krieges vor, aus der Feder Giuseppe Pratos /Bari, Giuseppe Laterza & Figli/. Die Ausführungen betreffen besonders die Agrarfrage, den Arbeitsmarkt, die Auswanderung, die industrielle Entwicklung, Arbeitskämpfe und Arbeiterbewegung, das Genossenschaftswesen. Eine Spezialstudie ist dabei der Stadt Turin gewidmet.

Totenliste

Am 24. Februar starb infolge einer Operation *Robert Pinot*, eine der leuchtendsten Persönlichkeiten der französischen Schwerindustrie. Er hat eine große Anzahl großer Industrie- und Finanzgesellschaften geführt oder mitgeführt. Während des Krieges hat er sich als Hauptmitarbeiter Albert Thomas', der damals bekanntlich Munitionsminister war, mit seinen Kräften für die Sache seines Landes eingesetzt.

Am 4. April starb auf seinem Besitz Schloß Landsberg *August Thyssen*, 84 Jahre alt. Er war unter den deutschen Industriekapitänen wohl der bedeutendste Kopf. Die Anzahl seiner Unternehmungen ist kaum zu übersehen. Und doch ist da nichts rasch und unvorbereitet zusammengestopft, sondern alles ist nach produktionspolitischem Gesichtspunkt systematisch aufgebaut. Das Werk Thyssens ist mit der deutschen Wirtschaft gewachsen. Thyssen war der eigentliche Vertreter des deutschen Unternehmertums, mit allen seinen Einseitigkeiten und individualistisch-asozialen Strebungen, aber auch mit Voraussicht und jenem Wagemut ausgestattet, der den Kapitalismus zur Höhe führte.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie und des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, *Rudolf Frank*, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, starb am 11. Mai plötzlich, vielleicht infolge eines Unfalls, im Alter von 63 Jahren, nachdem er soeben von den deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen aus Madrid zurückgekehrt war. Die versöhnliche und verständnisvolle Betätigung und Gesinnung Franks ist auch von den Arbeitern häufig anerkannt worden.

Der erste Leiter der nach dem Dawesplan umgestalteten Reichsbahnen *Rudolf Oeser* starb am 3. Juni in Berlin, im Alter von 67 Jahren. Seine politische Lehrzeit hatte er in der Redaktion der Frankfurter Zeitung, dann seit 1902 im preußischen Landtag und seit 1907 im Reichstag durchgemacht. 1919 wurde er in Preußen Minister der öffentlichen Arbeiten, 1922 im Reich Minister des Innern und 1923 dort Verkehrsminister, bis er das Generaldirektorat der Reichsbahngesellschaft übernahm.

Kurze Chronik Am 1. Mai trat das *deutsch-französische Kaliabkommen* in Kraft. Die Quotenverteilung bleibt, wie nach dem Provisorium, für Frankreich 30%, für Deutschland 70% der auswärts benötigten Kalivertriebsstellen werden zur Förderung der Absatzpropaganda und zu sonstigem gemeinsamen Vorgehen zusammengelegt. ◊ Die *englischen Zölle* der Safeguarding of Industries Act von 1921 sind, unter Steigerung einiger Sätze (auf 50% für optische Instrumente und auf 1 Shilling pro englisches Pfund für Bogenlampenstifte), auf 10 Jahre verlängert worden. ◊ Die Schweizerische Bundesversammlung hat sich Ende April mit großer Stimmenmehrheit für die Getreidevorlage erklärt, die die Einführung des Getreidemonopols in der *Schweiz* vorsieht. Nach dem Gesetz ist der Staat allein zur Einfuhr von Brotgetreide ermächtigt. Die Verarbeitung des Getreides wird dagegen einer Genossenschaft übertragen, an der sich auch die Privatwirtschaft beteiligen kann. Das Brot soll zu möglichst niedrigen Preisen abgegeben werden. Die Erzielung von Gewinnen ist nicht vorgesehen. Außerdem will man durch das Getreidemonopol den Getreideeinkaufspreis so regeln, daß der heimische Getreidebau rentabel wird.

Literatur

Ein deutsches Standardwerk der Wirtschaftsgeographie, dem bisher die ausländische Literatur kaum etwas Gleichwertiges und Gleichumfassendes entgegenzustellen hat, erscheint soeben in 4., vollständig neubearbeiteter Auflage, nämlich *Karl Andreas Geographie des Welthandels* /Wien, L. W. Seidel & Sohn/. Franz Heiderich und Robert Sieger hatten schon 1910 bis 1913 respektive 1921 das Werk in ganz neuer Gestalt in die Fachliteratur eingeführt, mit ihnen hat sich nunmehr noch Hermann Leiter redaktionell vereinigt. Der

1. Band bringt die wirtschaftliche Länderkunde von Europa und Russisch Asien. In einem 2. Band sollen die außereuropäischen Länder sich anreihen, und der 3. Band soll dann die allgemeine Wirtschaftsgeographie und eine Schilderung des Weltverkehrs und Welt Handels enthalten: die planetarische Erfassung der Herausbildung der ökonomischen Welteinheit. Von den einzelnen Mitarbeitern des 1. Bandes behandelten Hugo Hassinger Deutschland, Franz Heiderich Österreich, Adolf Forster die Schweiz, Walter Vogel Frankreich, Erich Obst Großbritannien und Irland, Otto Quelle die Pyrenäenhalbinsel, Walther Tuckermann Belgien und die Niederlande, Norbert Krebs Italien, Friedrich Immanuel Rußland in Europa und Asien, Hermann Leiter die Tschechoslowakei, Arwed Schultz Polen, Randolf Reugaldier Ungarn, Heinrich Wachner Rumänien, Carl Patsch Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, die europäische Türkei, Robert Sieger Dänemark, Schweden und Norwegen, Finnland, Hans Mortensen Estland, Lettland und Litauen. Die Kartenbeilagen heben besonders das Wirtschaftliche hervor. ◊ Die Bemühungen nach der Unterbrechung durch den Weltkrieg und die Inflationszeit wieder in zusammenfassenden Werken den erreichten Stand für die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaftslehre darzustellen häufen sich jetzt. Unter der umsichtigen und erfahrenen Leitung Karl Bräuers erschien als Kollektivarbeit namhafter Gelehrter in selbständigen Heften ein *Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde* /Leipzig, B. G. Teubner/. Der Wirtschaft sind dabei 2 Bände zugewiesen. Die theoretische Grundlegung ist Robert Liefmann zugefallen, die Entwicklung der Volkswirtschaft und der volkswirtschaftlichen Theorien ebenso wie die Handelspolitik Heinrich Sieveking, die Sozialpolitik Georg Jahn, Hermann Dersch und Max Rusch, das Genossenschaftswesen August Müller (siehe die Rundschau Genossenschaftsbewegung in diesem Band Seite 416), die Agrarpolitik Kurt Ritter, die Energiewirtschaft Walther Pauer, während Karl Bräuer selber das Geldwesen und die Finanzwirtschaft übernommen hat. ◊ Im neuesten Heft des Gerloff-Meiselschen *Handbuchs der Finanzwissenschaft* /Tübingen, J. C. B. Mohr/, gleichfalls einer Kollektivarbeit, wendet sich Franz Meisel der Gebührenlehre zu, nachdem Oskar Engländer den Abschnitt über die öffentlichen Unternehmungen zum Abschluß gebracht hat.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

Sozialisierungs- In seiner anregenden Arbeit Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf /Halberstadt, H. Meyer/ ruft Theodor Cassau mit überzeugender Kraft nach einer neuen Gewerkschaftstheorie. 3 große Aufgaben hat nach seiner Meinung die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu lösen: »Sie muß ein neues Wirtschaftsideal formen, sie muß eine Theorie der Gewerkschaftsarbeit entwickeln, und sie muß ihrem Arbeitsbereich, das noch immer fast ausschließlich durch die Sozialpolitik bestimmt, die Wirtschaftspolitik organisch eingliedern.«

Die Gewerkschaftsbewegung, soweit sie im Bann der Gedankengänge des alten Erfurter Programms stand, hatte sich ein stark staatssozialistisches Wirtschaftsideal geschaffen. Die große Aktion der Überführung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische war im wesentlichen als politisch gedacht und an die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geknüpft. Von einer schon mit den Machtverschiebungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beginnenden Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige sah das Erfurter Programm ganz ab. Cassau irrt, wenn er von dem »Impuls« spricht, den am Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts das Erfurter Programm der deutschen Gewerkschaftsbewegung gab. Das Erfurter Programm erwähnte nicht einmal die Gewerkschaften. Im Gegensatz zum Erfurter Programm erwiesen Legien, von Elm, Bernstein die Notwendigkeit einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung, die sowohl die wirtschaftlichen Machtverhältnisse als die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft umgestalten werde. Im Hinblick auf die englischen Gewerkschaften sprach Carl Legien von der Überwindung des Absolutismus der Arbeitgeber und von der Durchsetzung der konstitutionellen Fabrik, die dann von der demokratischen und sozialistischen Fabrikation abgelöst würde. Adolph von Elm ergänzte die Theorie von der Eroberung der politischen Macht, die vor allem das Erfurter Programm beherrschte, durch die Theorie von der schrittweisen Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch die Gewerkschaften und die Genossenschaften. Und Eduard Bernstein erklärte sich 1895 in seinem Nachwort zu Webbs Geschichte des britischen Tradeunionismus

gegen die vielverbreitete Vorstellung, nur von oben, vom Staat her, könne alle Hilfe und Verbesserung kommen: »Wer sich nicht einem Glauben an zukünftige Wunder ergibt, der Vorstellung, daß man in jedem Augenblick des Bedarfs leistungsfähige organische Gebilde aus dem Boden stampfen kann, wird in der Gewerkschaft nicht nur eine Vorschule weitgehender demokratischer Selbstverwaltung begrüßen sondern auch einen wichtigen Hebel der von der Sozialdemokratie erstrebten wirtschaftlichen Umgestaltung.« Die Bücher der Webbs über die Geschichte, die Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften wurden ins Deutsche übersetzt und halfen den Boden für eine neue Gewerkschaftstheorie vorbereiten, an deren Gestaltung die Revisionisten lebendigsten Anteil nahmen.

Das Erfurter Programm stellt sich die Sozialisierung im wesentlichen als eine revolutionäre Überführung der Produktionsmittel in den Staatsbesitz vor. Das wirtschaftsorganisatorische Moment der Sozialisierung wird von ihm noch nicht erwogen. Heute sehen wir das Problem der Sozialisierung schon mit ganz anderen Augen an als in dem Jahr der Festlegung des Erfurter Programms. England ist jetzt durch den großen Streik der Bergleute vor das Problem der Sozialisierung des Bergbaus gestellt worden. Die Bergleute legten ihren Bericht der Kohlenkommission vor. Die Sozialisierung soll vor der Machtergreifung durch das Proletariat erfolgen (das wäre nach dem Erfurter Kongreß arg programmwidrig gewesen), und sie soll nicht als eine Tat der revolutionären Arbeiterklasse sondern als eine von Staatsvertretern, Arbeitern, technischen und kaufmännischen Fachleuten, Konsumenten, Wissenschaftlern eingeleitete Aktion erfolgen. Die führende englische Verstaatlichungskörperschaft soll aus dem Minister für Bergbau oder seinem Stellvertreter, 2 Vertretern der Kommission für Energie- und Verkehrsfragen, 6 gewählten Vertretern der technischen und Verwaltungsangestellten, 6 gewählten Vertretern der Bergleute und der in der Kohlenverwertung beschäftigten Arbeiter sowie der von diesen Mitgliedern mit beratender Stimme hinzugezogenen Fachleuten und Sachverständigen bestehen. Diesem Rat soll die Leitung der gesamten Kohlenindustrie obliegen. Nachgeordnet sind diesem Rat Provinz-, Bezirks- und Lokalräte. Daneben soll ein Konsumentenrat aus Vertretern der

Arbeiter und Unternehmer der kohlenverbrauchenden Industriezweige sowie der kommunalen Selbstverwaltungsorgane und der Genossenschaften zusammengesetzt werden. Er soll die Preis-, Transport- und Kohlenverteilungsfragen bearbeiten und auch bei der Festsetzung der Bergarbeiterlöhne mitreden. Wir sehen: Sozialisierung eines lebenswichtigen Gewerbebezugs heißt nicht einfach dessen Verstaatlichung. Sozialisierung ist auch nicht bloße Vergewerklichung einer Industriebranche. Ein neues sozialistisches Wirtschaftsideal, an dem nicht die Wundmale der festen eisernen Ketten einer starren staatlichen Gebundenheit erkennbar sind, erstet hier im gewerkschaftlichen Kampf, ein Ideal, für das auch die technischen und kaufmännischen Fachleute und die schöpferischen Wissenschaftler zu erwärmen sind. Man muß Cassau recht geben, wenn er den Gewerkschaften die Aufgabe zuerteilt mit allerersten Kräften die Wirtschaft zu analysieren, um schließlich ein Wirtschaftsideal herauszuarbeiten, »das die Massen begeistert und vor der Kritik standhält«.

Theorie der Gewerkschaftsarbeit

An eine in sich abgerundete Theorie der Gewerkschaftsarbeit, deren Aufbau Cassau sehnlichst wünscht, ist vorerst noch nicht zu denken. Zu dieser ist die gewerkschaftliche Praxis, die sich in dieser Theorie spiegeln müßte, noch zu unruhig, noch von zu katastrophalen Wirtschaftszuständen erschüttert. Eine wesentlich neue Wendung in der Gewerkschaftspolitik ist allerdings erfolgt: Die Gewerkschaftsarbeit dehnt sich über das große Gebiet der Wirtschaftspolitik aus. Die Forderung Cassaus nach einer Eingliederung der Wirtschaftspolitik in den Arbeitsbereich der Gewerkschaften entspricht vollkommen dieser Wendung. Die neue Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit sieht auch Richard Seidel in dem Übergreifen der Gewerkschaften von der Mitbestimmung an den Lohn- und Arbeitsbedingungen auf das Gebiet der »unmittelbaren Mitbestimmung bei der Verwendung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel und bei der Gestaltung einer gesellschaftlichen Organisation der Arbeit.« Seidel spricht mit Recht von einer sozialen Strukturveränderung der Gesellschaft durch die Gewerkschaften. Er legt in seinem Buch Die Gewerkschaften nach dem Krieg /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ die wirtschaftliche und soziale Umgestaltungsarbeit der

Gewerkschaften schon in die Gegenwart hinein. In diesem Punkt tritt er in die Fußstapfen der von Elm, Bernstein und Legien und setzt die Politik der schrittweisen ökonomischen und sozialen Machteroberung konsequent fort: »Der alte sozialdemokratische Grundsatz, daß der Weg zur politischen Befreiung des Proletariats über die Eroberung der politischen Macht führe, bedeutet daher, auf die gegenwärtige Lage angewandt, noch nicht, daß die Gewerkschaften mit ihrem Kampfe um die Ausgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie, die, wie wir gezeigt haben, zunächst identisch ist mit der Ausgestaltung des modernen kollektiven Arbeitsrechts in allen seinen Teilen, der Arbeitsverfassung und Arbeitsverwaltung, warten sollen bis zur endgültigen Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Es ist Aufgabe der funktionellen Demokratie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Position des Proletariats zu verbessern und damit seinen politischen Kampf zu unterstützen.« Gerade wer eine Theorie der Gewerkschaftsarbeit schreiben will, muß sich in das Seidelsche Werk vertiefen. Es gibt einen umfassenden Überblick über die Gewerkschaftsarbeit und ihr historisches Werden, obwohl es sich aus vielen einzelnen Aufsätzen zusammensetzt, kein geschlossenes Ganzes bildet.

Produktionspolitik

Wirtschaftsförderung, Produktionspolitik bildet heute einen wesentlichen Programmpunkt der Gewerkschaften. Daher ist die Einführung der Arbeiter in die Organisation und Technik der Wirtschaft zu einer lebenswichtigen Gewerkschaftsaufgabe geworden. Sie schwebte vor allem der Konferenz der Arbeiteraufsichtsräte und der freigestellten Betriebsräte der Textilindustrie vor, die am 28. Juni 1925 in Leipzig tagte. Der Vorsitzende Hermann Jäckel bezeichnete nach dem Protokoll über diese Konferenz /Berlin, Textilpraxis/ als Zweck der Tagung dieser Aufsichts- und Betriebsräte; die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterklasse für die demokratische Fabrik schaffen zu helfen; »Indem wir die demokratische Fabrik durch die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterklasse herbeiführen, schaffen wir die Grundlage für die Demokratie der Wirtschaft überhaupt, einen lebendigen Organismus, eine lebendige tätige Arbeiterklasse, die an der Wirtschaft teilnimmt mit dem Kopf, mit dem Ver-

stand, mit dem Herzen, mit der ganzen Person.« Zu dieser Konferenz waren 136 Delegierte, 4 Zentralvorstandsmitglieder und 9 Gauvertreter erschienen. Die Referate befaßten sich mit der bisherigen Praxis der freigestellten Betriebsräte und der Betriebsräte im Aufsichtsrat, mit den Aufgaben und der Praxis der Aufsichtsräte in den Textilaktiengesellschaften, mit dem freigestellten Betriebsrat und dem Betriebsrat im Aufsichtsrat als dem Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Kampf um Wirtschaftsdemokratie. Die Referate waren alle aus einer gründlichen Kenntnis des Textilbetriebs und des Aufsichtsratswesens geschöpft. Der Referent Fritz Schulze betrachtete den Betriebsrat direkt als einen Förderer der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Betriebs. Er trug sehr ausgereifte Gedanken über die Normung und Spezialisierung der Betriebsmittel vor. Die Arbeiterklasse hat ein Lebensinteresse an leistungsfähigen Betrieben, das war der Grundton seiner Ausführungen; »Daß die Normalisierung, Typisierung und Spezialisierung der Betriebsmittel produktionsfördernd und die Produktion verbilligend wirkt, ist nach dem vorher Gesagten wohl jedem einleuchtend. Die technisch am besten und vollkommensten ausgestatteten Betriebe sind selbstverständlich auch die leistungsfähigsten, die die Konkurrenz mit dem Auslande erfolgreich aufzunehmen in der Lage sind.« Die Konferenz setzte sich das Ziel Betriebsräte schaffen zu helfen »zur fruchtbareren Betätigung in den auf Grund des Artikels 145 der Reichsverfassung zu bildenden Bezirks- und Reichswirtschaftsräten und zur Förderung der notwendigen Demokratie der Wirtschaft«. Es regen sich erfreulich die Geister zur Vertiefung der Gewerkschaftsarbeit.

Wirtschaftsfriedliche Organisationsionen

Im Frühjahr 1921 wurde ein Gewerkschaftsbund nationaler Angestellter geschaffen, der sich zu dem am 20. November 1918 gegründeten Deutschen Arbeiterbund als gleichgesinnte wirtschaftsfriedliche Organisation gesellte. Der Mitgliederstand der sogenannten nationalen Berufsverbände ist 1920-1921 etwa auf 200 000 Mitglieder geschätzt worden. Wirtschaftlich und sozial sind diese Verbände ziemlich bedeutungslos. Eine Verteidigungsschrift ihrer Grundsätze und Kampfesweise liegt in dem Buch Karl Vorwercks Die wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung Deutschlands

/Jena, Gustav Fischer/ vor. Vorwerck wurzelt so fest in den sozialen Anschauungen der gelben Verbände, daß er nicht das geringste Verständnis für die große soziokulturelle Bedeutung der sich auf den tatsächlich vorhandenen Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmertum einstellenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung zeigt. Einzelne terroristische Ausschreitungen in diesen Bewegungen verallgemeinert er, und er verschweigt den Terrorismus der Behörden und der Unternehmer gegen diese Bewegungen. Alle Gewerkschaften, selbst die christlichen, sind nach der Meinung Vorwercks von der marxistischen Auffassung vom Klassenkampf angesteckt. Aber arbeitete nicht in den Köpfen der Unternehmerschaft der Klassengedanke in schärfster Form? Der Sprecher des Unternehmertums, H. A. Bueck, hielt die Arbeiter für eine sozial minderwertige Klasse, der man nicht die Gleichberechtigung mit den Unternehmern zugestehen dürfe. Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik /1890/ erklärte er, die deutschen Arbeitgeber würden sich nie bereit finden mit Vertretern der Arbeiterorganisationen auf dem Fuß der Gleichberechtigung zu verhandeln. Und noch 15 Jahre später sah der Zentralverband deutscher Industrieller in dem Abschluß von Tarifverträgen eine Gefahr für die deutsche Industrie und ihre gedeihliche Entwicklung. Die Wirtschaftsfriedlichen sind von dem scharfmacherischen Unternehmertum systematisch gefördert worden. Daher der entschiedenste Widerspruch gegen die wirtschaftsfriedlichen Organisationen selbst in den zahlsten christlich-gewerkschaftlichen Kreisen. Die Revolution von 1918 radikalisierte auch die Wirtschaftsfriedlichen. Vorwerck teilt freilich mit, daß eine Umfrage bei den verschiedensten Stellen ergab, daß der Prozentsatz der radikalen Elemente bei den ehemals Wirtschaftsfriedlichen keineswegs größer war als bei den freien Gewerkschaften. Doch das ist ja genug. Vorwerck wirft den Gegnern der Wirtschaftsfriedlichen eine gewisse Oberflächlichkeit in der Sichtung und Durchprüfung des Materials über diese Organisationen vor. Aber das Senkblei seiner Forschung geht in der Ermittlung der historischen Tatsachen über das Gebaren der Wirtschaftsfriedlichen bei den großen, das Kulturniveau der arbeitenden Massen berührenden Lohnbewegungen wahrlich nicht in die Tiefe. Vorwerck ist fast mit allen unzufrieden, die

sich mit den Wirtschaftsfriedlichen befaßten. Die Sozialpolitiker, die über sie schrieben, werden von Vorwerck bezichtigt nicht genug Föhlung mit dem Leben gehalten zu haben, ja selbst gegen die evangelische Kirche, „die ihre Aufgabe noch nicht erkannt zu haben scheint“, wird der Vorwurf einer »einseitigen Haltung« den Wirtschaftsfriedlichen gegenüber erhoben. Im allgemeinen wird die Arbeit Vorwercks die Meinung der Arbeiterklasse und der Sozialpolitiker über die Wirtschaftsfriedlichen schwerlich ändern.

Eigenpublikationen

Das Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ bringt unter anderm das Referat Paul Hermberts über die deutsche Wirtschaft und das Hermann Jäckels über die Wirtschaftsdemokratie. Leitende Gedanken zur Klärung des Organisationsstreits entwickelt Peter Graßmann, während Hermann Müller durch sein Referat über die Sozialgesetzgebung in Deutschland den langsamen Gang der deutschen Sozialgesetzgebung zu beschleunigen sucht. Die Resolutionen dieses in Breslau vom 31. August bis zum 4. September 1925 abgehaltenen Kongresses geben einen exakten Aufschluß über den in der deutschen Gewerkschaftsbewegung herrschenden Geist. Die Bergarbeiter im Wandel der Geschichte nennt sich eine größere, für die gewerkschaftliche Erziehung der jungen Bergarbeiter bestimmte Arbeit des Verbandes der *Bergarbeiter* /Bochum, H. Hausmann & Co./. Dieser Arbeit liegt die 2bändige Geschichte der Bergarbeiter von Otto Hue zugrunde. Das Protokoll der Verhandlungen des 18. Verbandstages des Deutschen *Lederarbeiterverbandes* /Berlin, H. Mahler/ enthält im wesentlichen die Verhandlungen über die Verbandsstatuten. Die kommunistischen Quertreibereien wurden auf dem Verbandstag verurteilt. Eine sehr umfangreiche Publikation ist der Bericht der Zentralgewerkschaftskommission des *Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei* und das Protokoll des 2. ordentlichen Gewerkschaftskongresses in Karlsbad vom 6. bis zum 10. Dezember 1924 /Reichenberg, Franz Macoun/. Weiteste Beachtung verdienen die Bildungsbestrebungen dieses Gewerkschaftsbundes.

Kurze Chronik Vom 9. bis zum 10. April tagte in Sofia eine *Balkan-konferenz* des Internationalen Gewerkschaftsbundes. ◊ Vom 15. bis zum 18. März fand in Berlin der 4. Verbandstag des Deutschen *Landarbeitervereins* statt. Der Vorsitzende Georg Schmidt stellte ein Programm für die neuzeitlichen Aufgaben der Landarbeiterbewegung auf. ◊ Auf dem 8. Kongreß des *Ungarischen Gewerkschaftsbundes*, der seine Sitzungen vom 28. bis zum 29. März in Budapest abhielt, waren 34 Organisationen durch 105 Delegierte vertreten. Der Bund forderte gesetzliche Festlegung des Vereins- und Versammlungsrechts in Ungarn. ◊ Am 27. Februar errichtete eine Gewerkschaftskonferenz in Buenos Aires eine gewerkschaftliche Landeszentrale in *Argentinien*, die auf dem Standpunkt des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes steht. ◊ Gräfin Warwick, die seit 25 Jahren Mitglied der englischen Labour Party ist und seit Jahren ihren Familiensitz Easton Lodge der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt hatte, die dort einen Weekendaufenthalt für ihre Funktionäre schuf, hat jetzt das Familienschloß der Warwicks den Gewerkschaften überlassen. Es soll in eine *gewerkschaftliche Hochschule* umgewandelt werden. Der letzte Gewerkschaftskongreß hatte beschlossen die verschiedenen Arbeiterbildungsinstitutionen möglichst zu vereinheitlichen. Das soll nun durch Gründung dieser Hochschule geschehen. Man hofft, daß es in kurzem Raum für 200 Schüler und die nötigen Lehrer bieten kann. Die Lebensmittel für die Studierenden werden aus den landwirtschaftlichen Betrieben von Easton Lodge geliefert werden.

Literatur Die vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Berlin herausgegebene *Deutsche Arbeit* enthält im 8. Heft 1925 einen bemerkenswerten Aufsatz *Joseph Jahns Die Zukunft des Proletariats*, der nicht durch eine wirkliche Wesensänderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Proletariat aufheben sondern ihm nur in dieser einen wirtschaftlichen Halt geben will. Der Aufsatz Jahns, der sich leider in der Würdigung des Marxismus zu eng an das Pamphlet Werner Sombarts *Der proletarische Sozialismus* (Marxismus) anschließt, regt zu einem vertieften Nachdenken über den historischen Wandel des Begriffs Proletariat an.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Internationale Nach Charles Gides Berechnungen gibt es heute auf der Erde alles in allem ungefähr 200 000 Genossenschaften. Wegen zahlreicher Doppelmithgliedschaften, die sich statistisch noch nicht hinreichend erfassen lassen, ist eine einigermaßen genaue Schätzung der Gesamtzahl der Genossenschaftler der Welt nicht möglich. Wohl aber bei den einzelnen Genossenschaftsarten. Naturgemäß weisen die Konsumgenossenschaften im Verhältnis zur Anzahl der Genossenschaften die größten Mitgliederzahlen auf. Die 80 000 Konsumgenossenschaften der Welt haben zusammen ungefähr 36 Millionen Mitglieder. Rechnet man die durchschnittliche Kopfstärke des einzelnen Mitgliedshaushalts zu nur je 4 Personen, so umfaßt heute die Konsumgenossenschaftliche Bewegung mehr als 140 Millionen Menschen. Im Zeitraum von 1905 bis 1925 vermehrte sich die Bevölkerung Europas um 25 %; die Anzahl der Konsumgenossenschaftler Europas hat in der selben Zeit um etwa 1000 % zugenommen. Der Internationale Genossenschaftsbund umfaßt heute 34 Länder mit insgesamt 80 nationalen genossenschaftlichen Verbänden. Im ganzen sind so 50 Millionen Genossenschaftler zusammengeschlossen. Das ist gewiß imponierend, wenn man auch die vorläufigen praktischen Wirkungsmöglichkeiten dieser Organisation nicht überschätzen darf. Von der materiellen und ideellen Weltkrise, die der Weltkrieg heraufbeschworen hat, wurde natürlich die Genossenschaftsbewegung der einzelnen Länder nicht verschont. Auch der Internationale Genossenschaftsbund wurde von ihr ergriffen. Doch er hat standgehalten und steht, wie das Genossenschaftswesen überhaupt, deutlich im Zeichen des Wiederaufbaus. So konnte der Bund am 15. August 1925 sein 30jähriges Jubiläum mit zuversichtlichem Blick in die Zukunft begehen. Zu Beginn des Jahres 1926 erließ der Präsident des Bundes eine kurze bemerkenswerte Kundgebung für den Weltfrieden. Natürlich war diese nachträgliche Weihnachtsbotschaft nicht eigentlich "politisch" gemeint. In dem Internationalen Genossenschaftsbulletin, das jene Kundgebung brachte, wird auf der nächsten Seite betont, daß der Bund sich streng an den Beschluß seines Genter Kongresses vom Jahr 1925 halten solle »Dokumente und Statistiken zu sammeln und lediglich genossenschaft-

liche Ziele zu verfolgen«. In einem Atem damit wird jedoch die Forderung aufgestellt, daß der Bund bei internationalen Konferenzen der Regierungen über die Frage der Entwaffnung gehört zu werden verlange. Auch will er bei Verhandlungen über die Stabilisierung der Währung beratend mitwirken. Er beansprucht ferner bei Konferenzen über den sonstigen wirtschaftlichen Wiederaufbau gehört zu werden. Zu der vom Völkerbund inspirierten Weltwirtschaftskonferenz sind denn auch 3 Genossenschafter eingeladen worden, je 1 aus Schweden, Österreich (eine Frau) und Rußland; 2 von ihnen gehören dem Zentralvorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes an. Die russischen Genossenschaften lehnten ab, weil die Konferenz in der Schweiz stattfinden soll.

Zu den unmittelbaren Aufgaben des Bundes gehört es zunächst seine Organisation innerlich und äußerlich zu stärken. Der Bund hatte im Jahr 1925 schöne Erfolge. 8 genossenschaftliche Verbände traten ihm als neue Mitglieder bei, darunter 3 aus Ländern, die bisher noch gar nicht im Bund vertreten waren: Portugal, Indien und Palästina. Schwieriger sind die Innenfragen. Die grundsätzlich wichtigste kann hier nur gestreift werden. Ist der Bund tatsächlich und seinem Wesen nach noch eine internationale Organisation aller Genossenschaftsarten und somit wirklich der ganzen Genossenschaftsbewegung? Tatsächlich dominieren die Konsumgenossenschaften. Deren objektive wirtschaftliche Tendenz ist praktischer Sozialismus. Man hat daher den Bund gelegentlich die "rote" Genossenschaftsinternationale genannt, im Gegensatz zu der "grünen" landwirtschaftlicher Genossenschaften, die einige Jahre vor dem Krieg ins Leben trat, und der "weißen", die im Jahr 1921 von Genossenschaften ausgesprochen christlichsozialer Tendenz begründet wurde.

Auf propagandistischem Gebiet betrieb der Bund auch im Jahr 1925 die Lösung der weltgenossenschaftlichen Flaggenfrage und die eines internationalen Genossenschaftsplakats. Als Flagge wählte man die 7 Regenbogenfarben, ohne Übergänge horizontal unter einander. Der Internationale Genossenschaftstag hatte im Jahr 1925 den Berichten zufolge etwas mehr Wirkung. Besonders groß war der Erfolg in verschiedenen Städten Indiens. In Calcutta fand sogar eine Feier in der Universität statt. Ob es in Deutschland bald dahin kommen wird?

Deutschland Krieg und Zusammenbruch, Inflation und Stabilisierungskrise haben das deutsche Genossenschaftswesen nicht zerstört, ja nicht einmal sein Wachsen in dem Maß beeinträchtigt, wie man vermuten könnte. Im Jahr 1914 gab es in Deutschland über 34 000 Genossenschaften mit rund 6 Millionen Mitgliedern, im Jahr 1916 nicht sehr wesentlich mehr, nämlich etwas weniger als 36 000 mit über 6½ Millionen Mitgliedern. Ende 1925 bestanden dagegen im kleineren Deutschland über 52 000 Genossenschaften mit rund 10 Millionen Mitgliedern. Das sind nach Schätzung Heinrich Kaufmanns (unter versuchter Ausmerzung der Doppelmitgliedschaft) gut 50 % des deutschen Volkes. Diesen Aufstieg darf man sich allerdings nicht als stetig vorstellen. In den einzelnen Monaten der letzten Jahre schwankte er je nach den Auswirkungen der Krise; im ganzen Jahr 1925 standen 3227 Neugründungen 3110 Auflösungen gegenüber. Bei den Genossenschaften mit beschränkter Haftung war sogar ein absoluter Rückgang zu verzeichnen: bei 2736 Auflösungen nur 2270 Gründungen. Ein anderer Vergleich zeigt aber die relative Widerstandskraft der Genossenschaften. Während im Jahr 1925 in der ganzen deutschen Wirtschaft über 11 000 Konkurse verzeichnet wurden, gerieten nur 130 Genossenschaften in Konkurs (95 im Jahr 1924).

Soweit man die Auswirkungen der Stabilisierungskrise als Erscheinungen des Gesundungsprozesses auffassen darf, muß man das auch für die Genossenschaften gelten lassen. Die mit oder ohne Konkurs aufgelösten Genossenschaften bedeuten insofern eine Reinigung der Volkswirtschaft und insbesondere des Genossenschaftswesens von lebensunfähigen Gründungen, die für das größere oder kleinere Ganze in Wahrheit eine unproduktive Belastung waren. Übrigens erklären sich viele "Auflösungen" als Verschmelzungen allzu kleiner und daher unwirtschaftlich arbeitender Genossenschaften. Dies gilt besonders von den Konsumvereinen. Ein unverkennbares Zeichen der wirtschaftlichen Gesundung ist es, daß durchschnittlich bei allen Genossenschaftsarten das Eigenkapital und bei den betreffenden Genossenschaftsarten auch die Spareinlagen gewachsen sind. Je weniger die Genossenschaften mit fremden Geldern zu arbeiten brauchen, desto erfolgreicher wirtschaften sie als Organisationen echt genossenschaftlicher Selbsthilfe.

Über Erfolg und Mißerfolg auf den verschiedenen Gebieten genossenschaftlicher Wirtschaft hat sich folgendes ergeben: Bei den Kreditgenossenschaften (städtischen und ländlichen) erfolgten 1204 Neugründungen und 370 Auflösungen, der Bestand war am 1. Januar 1926 insgesamt 22 533; bei den Handwerker-genossenschaften standen 450 Auflösungen nur 102 Neugründungen gegenüber, Bestand 2027; bei den gewerblichen Produktionsgenossenschaften 22 Neugründungen, 29 Auflösungen, Bestand 558; bei den Arbeiterproduktivgenossenschaften nur 9 Gründungen, aber 42 Auflösungen, Bestand 210; bei den Einkaufs-genossenschaften der Händler 58 Gründungen und 181 Auflösungen, Bestand 1315; bei den Konsumgenossenschaften 46 Gründungen und 316 Auflösungen, Bestand 2117; bei den Baugenossenschaften 377 Gründungen, 253 Auflösungen, Bestand 3834; bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften 1216 Gründungen, 1058 Auflösungen, Bestand 17 968. In diesen Zahlen erscheinen die Raiffeisengenossenschaften nicht gesondert, obwohl sie angesichts der vielerörterten Schwierigkeiten der Raiffeisenbank von aktuellem Interesse sind. Ende 1925 gab es 8759 Raiffeisengenossenschaften, darunter 6104 Spar- und Darlehnsvereine. Bemerkenswerterweise überwiegen bei diesen Genossenschaften die Gründungen mit einem Reinzuwachs von 119 die Auflösungen. Aus der Krise der Raiffeisenbank darf man keine allzu weiten Schlüsse auf die Raiffeisenbewegung überhaupt ziehen. Was Raiffeisen ein Dorn im Auge war; die Form der Aktiengesellschaft, erwies sich als Rettung. Da die Haftung entgegen dem sonstigen Raiffeisenprinzip nicht über die Anteile hinausgeht, sind die einzelnen Genossenschaften nicht gefährdet. Es kommt hinzu, daß die Preußenkasse die einzige Gläubigerin der Bank ist, und diese muß alles vermeiden, was die Raiffeisenbewegung ernstlich erschüttern könnte. Von den Handwerker-genossenschaften steht es am ungünstigsten um die Bäcker-genossenschaften. Von den aufgeführten Auflösungen entfallen allein auf diese Gruppe 119. Dagegen erhöhte sich der Stand der Bauhandwerker-genossenschaften von 139 auf 159. Scheinen die Genossenschaften der Produzenten im großen und ganzen den Höhepunkt der Krise überstanden zu haben, so ist das bei den Konsumgenossenschaften noch deutlicher. Heinrich Kaufmann hat das in seinem Artikel Die deutschen

Konsumgenossenschaften im Aufbau, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 299 und folgende, ausführlich dargestellt. Der Optimismus jener Ausführungen ist sehr berechtigt. Nur läßt die genossenschaftliche Treue der Mitglieder noch viel zu wünschen übrig. Diese decken ihren Bedarf bei weitem nicht vollständig aus genossenschaftlichen Einrichtungen. Immerhin sind die Jahresumsätze pro Mitglied gegen das Vorjahr im allgemeinen gestiegen. Von besonderem Interesse ist die im Jahr 1925 bewirkte Änderung des § 43a des Genossenschaftsgesetzes. Seit 1922 war nur bei Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern die Vertreterversammlung, an Stelle der Generalversammlung, obligatorisch, von 3001 Mitgliedern an fakultativ. Diese Bestimmung wirkte sich praktisch fast nur auf Konsumgenossenschaften aus. Nur 6 Eisenbahnerkreditgenossenschaften hatten über 10 000 Mitglieder. Neuerdings ist die Vertreterversammlung bereits bei über 3000 Mitgliedern obligatorisch, bei über 1500 fakultativ. Auch diese Novelle wird hauptsächlich den Konsumgenossenschaften zugute kommen; immerhin müssen nun auch 43 Genossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbandes Vertreterversammlungen einrichten, weitere 88 dürfen es.

Westeuropa Das Interesse an der materiell-wirtschaftlichen Entwicklung der *schweizerischen* Konsumgenossenschaftsbewegung tritt trotz allen beachtenswerten Fortschritten hinter einem äußerst aktuellen "Zwischenfall" in dieser sonst so vorbildlich neutralen Konsumentenbewegung zurück. Es handelt sich auch hier um das praktisch oft so schwierige Verhältnis zwischen Genossenschaft und ihren eigenen Arbeitnehmern. Unberechtigte Forderungen der Arbeiter des berühmten Baseler Musterkonsumvereins fanden, abgesehen von einigen Einschränkungen, die Zustimmung des Genossenschaftsrats. Es kam zu Volksbegehren und Volksentscheid, in dem die Forderungen der Arbeiter endgültig abgelehnt wurden. Es wurde eine große Mehrheit erreicht (10 729 von 17 026 Stimmen); viele Sozialisten müssen gegen die Forderungen ihrer ungenossenschaftlich denkenden Klassengenossen gestimmt haben. Auf dieses für die ganze Genossenschaftswelt denkwürdige Ereignis vom 26. März 1926 wird man noch zurückkommen müssen.

In *Belgien* blüht das Konsumgenossenschaftswesen bei engster Anlehnung an die Sozialistische Partei. Bemerkenswert ist vor allem die eigenartige Fischerflotte der Konsumgenossenschaften (Armement Ostendais). Diese "rote Flotte", ein Jugendtraum Edouard Anseeles, besteht seit 4 Jahren. Sie begann mit 2 Fischerbooten. Heute ist sie ebenso groß wie alle übrigen Fischerflotten Ostendes. Sie besitzt 20 Fischdampfer. Hoher Lohn für hohe Leistung ist ihr Grundsatz. Der Umsatz betrug im Jahr 1925 rund 3,4 Millionen, der Überschuß mehr als 700 000 Francs.

England

In Großbritannien blühte neben den hier immer noch ziemlich zahlreich gedeihenden Arbeiterproduktivgenossenschaften vor allem die konsumgenossenschaftliche Bewegung weiter auf. Im 3. Quartal 1925 erhöhte zum Beispiel die englische Großeinkaufsgesellschaft ihren Umsatz gegen das Vorjahr um 1024403 Pfund Sterling (5 $\frac{7}{8}$ %) auf 18 128 969 Pfund. Die Eigenproduktion steigerte sich im gleichen Zeitraum um 294 548 (4 $\frac{3}{4}$ %) auf 6 486 900 Pfund Sterling. Der Umsatz der Bankabteilung stieg um 11 421 538 Pfund (8 $\frac{1}{2}$ %) auf 144 343 298 Pfund; nur 41 Konsumvereine unterhalten keine Konten bei der Bank. Die englische Großeinkaufsgesellschaft erwarb neu ein größeres Kohlenbergwerk, modernisierte es in vorbildlicher Weise und siedelte die Bergarbeiter in Einfamilienhäusern an mit je 5 Ar Land pro Familie. Die englischen Konsumgenossenschaftler bestanden siegreich einen "Brotkrieg" mit den Privatbäckern. Eine besonders eingesetzte Königliche Kommission mußte in ihrem Gutachten zugunsten der Genossenschaften entscheiden. Dagegen macht auch in England das Problem des Verhältnisses der Genossenschaften zu ihren eigenen Arbeitnehmern ab und zu größere Schwierigkeiten. Durch einen Streik der genossenschaftlichen Transportarbeiter in Woolwich hatte diese Genossenschaft einen Schaden von mehreren Tausend Pfund. Der Anlaß zu diesem wilden Streik war äußerst geringfügig.

Skandinavien

Die berühmte Genossenschaftsbank der *dänischen* Bauern, die im Jahr 1914 gegründet worden war, ist im Jahr 1925 nun doch zusammengebrochen. Zum Teil scheinen ungenossenschaftliche Spekulationsgeschäfte und Kreditgewährungen

die Ursache zu sein, hauptsächlich liegt sie aber in der übertriebenen Festlegung der Mittel auf den Milchexport. Bei Umschlagen der Konjunktur traten auf diesem Geschäftszweig 12 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen Verluste ein. Ein neuer Beweis, wie sehr die für freien Markt wirtschaftenden Produzentengenossenschaften von der internationalen Marktlage abhängen. Anfang 1926 erfolgte eine Neugründung unter dem Namen Genossenschafts- und Volksbank. Das Aktienkapital geht rasch ein. Bei der Großeinkaufsgesellschaft trat im Jahr 1925 ein Rückgang des Umsatzes (um 3 %) gegen das Vorjahr ein, ebenso bei den Produktions- und Verkaufsgenossenschaften; die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften wiesen dagegen eine Steigerung um 27 % auf.

Die *schwedische* Großeinkaufsgesellschaft erzielte im Jahr 1925 den sehr bemerkenswerten Überschuß von 2187800 Kronen, obwohl das Konsumgenossenschaftswesen der dünnen Besiedelung des Landes wegen sehr zersplittert ist. Zwei Drittel der Konsumvereine haben weniger als 200 Mitglieder. Auch allzu große Genossenschaften haben ihre Nachteile, 200 Mitglieder sind aber offenbar zu wenig, um als ökonomisches Optimum zu gelten. Die Frage des Zusammenschlusses soll daher energisch gelöst werden. Trotz solchen Schwierigkeiten macht die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion große Fortschritte. Ein neues Zeugnis dessen ist die Erweiterung der Schuhfabrik in Oerebro.

Endlich bekommt auch *Norwegen* ein Genossenschaftsgesetz, das am 1. Januar 1927 in Kraft treten soll. In der konsumgenossenschaftlichen Bewegung wird dem Unwesen des Borgsystems energisch zuleibe gegangen, wenigstens nach einer Resolution des Kongresses zu Stavanger /1925/. Ende des Jahres 1924 beliefen sich die Außenstände auf 6 Millionen Kronen. Die Großeinkaufsgesellschaft hatte im Januar 1926 einen Umsatz von 2,1 Millionen Kronen.

Osteuropa

Erst 25 Jahre alt, steht doch das Genossenschaftswesen *Finnlands* in hoher Blüte. Von insgesamt 4500 Genossenschaften sind 3000 ländliche, 600 Konsumgenossenschaften. Allein diese haben 371 000 Mitglieder bei einer Bevölkerung von 3,4 Millionen. Von den ländlichen Genossenschaften sind besonders zu erwähnen die Butterausfuhr- und die Eierverkaufsgenossenschaften.

In *Lettland* ist der friedliche Wettbewerb zwischen den deutschen und den lettischen Genossenschaften bemerkenswert. Beide haben sich in einer Hauptorganisation zusammengeschlossen. Der Revisionsverband deutscher Genossenschaften umfaßt 17 Genossenschaften mit etwa 4000 Mitgliedern. Die lettischen Genossenschaften bestehen aus 348 Konsumvereinen mit rund 90 500 Mitgliedern, 206 ländlichen Genossenschaften mit etwa 10 300 Genossen, 161 Kreditkassen nach Schultze-Delitzsch mit über 56 000 Genossen.

In *Estland* umfaßt der Zentralverband der Konsumenten jetzt 254 Genossenschaften mit zirka 105 000 Mitgliedern. Auch die ländlichen Genossenschaften entwickeln sich gut. Im ganzen hat Estland heute 1500 Genossenschaften aller Art mit etwa 300 000 Genossen.

Seit der Währungsreform vom Jahr 1924 zeigt sich ein stetiges Aufblühen aller Genossenschaftsarten in *Polen*. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften umfaßte am 1. Januar 1925 2359 Genossenschaften mit 687 000 Genossen; der Verband polnischer Genossenschaften 853 Genossenschaften mit 565 829 Mitgliedern. Besonderes Interesse verdienen die polnischen Militärkonsumvereine. Sie arbeiteten von Anfang an nach den Rochdaler Regeln, sind zu einer besondern Großeinkaufsgesellschaft zusammengeschlossen, besitzen ambulante Verkaufsstellen und anderes Interessante mehr. Man wird diese Organisation nicht einfach als Zersplitterungsbewegung verurteilen dürfen. Es fehlt allerdings noch das Zusammenwirken mit der übrigen ("zivilistischen") Konsumgenossenschaftsbewegung. Im übrigen haben sich beachtlicher Weise im letzten Jahr verschiedene nationale polnische Genossenschaftsverbände zu einer Organisation zusammengeschlossen.

Ein großer Fortschritt ist das Übereinkommen zwischen böhmischen und deutschen Genossenschaften der *Tschechoslowakei* zwecks gemeinsamen Vorgehens bei Warenverteilung und Propaganda. Die tschechische Großeinkaufsgesellschaft hat sich am 18. Oktober 1925 in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, um dem in mancherlei Hinsicht günstigeren Genossenschaftsgesetz zu unterstehen. Die Arbeiterproduktivgenossenschaften veranstalteten ihre 2. große Ausstellung in Prag vom 17. bis zum 27. Dezember 1925. Ihr Erfolg überstieg weit das Ergebnis des 1. Ausstellung im Vorjahr.

Eigenpublikationen Aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens gab die *Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend*

im Selbstverlag eine vom Vorsitzenden ihres Aufsichtsrats Paul Lange verfaßte Denkschrift heraus, unter dem Titel *Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend* und ihre Vorläufer. Für die Mitglieder dieser Genossenschaft sowie für viele historisch interessierte auswärtige Konsumgenossenschaftler dürfte die Denkschrift von großem Wert sein. Der inzwischen als kleine Broschüre herausgebrachte Bericht über das 26. Geschäftsjahr dieser Konsumgenossenschaft ist gleichfalls von allgemeinerem Interesse, da er alles Wissenswerte in übersichtlicher Gliederung enthält.

Auch die *Hamburger Produktion* brachte zu ihrem 25jährigen Jubiläum eine Denkschrift heraus, mit dem Titel *Die Produktion in Hamburg 1899 bis 1924*. Sie erschien im Selbstverlag der Genossenschaft, verfaßt von den Vorstandsmitgliedern Max Mendel und Josef Rieger. Diese Schrift ist von noch größerer Bedeutung als die Berliner Denkschrift. Denn die *Hamburger Produktion* war von Anfang an epochenmachend für die deutsche konsumgenossenschaftliche Bewegung und ist auf manchen Gebieten immer noch führend.

Im Verlag des *Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine* erschien eine Schrift des Sekretärs des Verbandes Ferdinand Vieth, betitelt *25 Jahre genossenschaftlicher Kleinarbeit*. Diese bescheiden auftretende Schrift verdient weiteres Interesse bei allen, denen es um Verständnis für das Wesen und Wirken der konsumgenossenschaftlichen Bewegung zu tun ist.

Als 5. Heft der Verbrauchergenossenschaftlichen Bücherei, herausgegeben von dem *Reichsverband deutscher Konsumvereine*, erschien im Jahr 1925 im Verlag der Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft dieses Verbandes eine von zweien seiner leitenden Mitarbeiter, Robert Schloesser und Fritz Klein, verfaßte Schrift *Neuzeitliche Werbearbeit für Konsumgenossenschaften*. Ein sehr lesenswertes Büchlein. Theoretisch und praktisch zeigt es, daß die Konsumgenossenschaften der Reklame nicht entbehren können, obwohl sie für organisierten Bedarf wirtschaften. Im gleichen Verlag, als 7. Heft der genannten Bücherei, erschien auch *Der Gemeinschaft Werden*, die sittliche Grundlage der Genossenschaftsbewegung, von Theodor Brauer.

Es handelt sich um einen auf dem 17. Genossenschaftstag des Reichsverbandes zu Dresden im Juli 1925 gehaltenen Vortrag, den der Verband »zu den besten rechnet, die je in der Konsumgenossenschaftsbewegung gehalten wurden«. Das mag sein. Als gesprochenes Wort muß der Vortrag glänzend und bestrickend gewirkt haben. Als gedruckte Schrift aber halten die Ausführungen nicht in allem der Kritik stand. Sehr beachtlich sind die Gedanken des Verfassers über die Veredelung des Verbrauchs. Aber das ist, leider, Zukunftsmusik für deutsche Ohren. Noch organisieren die Genossenschaften lediglich den gewünschten Bedarf der Mitglieder ohne Rücksicht auf seinen kulturellen oder sittlichen Wert.

In der vom Verband schweizerischer Konsumvereine herausgegebenen Genossenschaftlichen Volksbibliothek erschien das 19. Heft unter dem Titel *Umriss einer genossenschaftlichen Ideengeschichte* von Henry Faucherre. Das Heft behandelt die genossenschaftlichen Ideengänge in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Dänemark und Deutschland. Ein 2. Teil soll bald folgen und der Schweiz gewidmet sein. Im gleichen Verlag ließ Hermann Thurrow, in der Sammlung Pioniere und Theoretiker des Genossenschaftswesens, eine begrüßenswerte und gut eingeleitete *Fourierausgabe*, unter dem Titel *Der sozietäre Reformplan*, erscheinen. Da heute selten jemand Zeit hat die Schriften Charles Fouriers ungekürzt zu lesen, ist diese Zusammenstellung sehr dankenswert. Dem Herausgeber kam es nicht so sehr darauf an die paradoxen, wenn auch so sehr geistreichen "Exzentritäten" des großen Franzosen wiederzugeben als seine gar nicht utopischen praktischen Reformvorschläge.

Totenliste Gegen Ende des Jahres 1925 verschied der langjährige ehemalige Sekretär der englischen Großverkaufsgesellschaft und Sekretär des Ausschusses für die internationale Großverkaufsgesellschaft *Sir Thomas Brodrick*, im Alter von 67 Jahren. Er hatte 50 Jahre lang seine Kraft dem Genossenschaftswesen gewidmet; 1923 hatte er aus Gesundheitsgründen seine Ämter niedergelegt. Bald nach ihm starb *Isaac Mort*, Vorstandsmitglied der englischen Großverkaufsgesellschaft, in die er vor vielen Jahren als unterer Angestellter eingetreten war.

Am 10. Januar 1926 starb hochbetagt einer der führenden Männer des dänischen Genossenschaftswesens, *Severin Jörgensen*. Seine bedeutendste Leistung auf dem genossenschaftlichen Gebiet war wohl die Gründung der Skandinavischen Großverkaufsgesellschaft, die nun auch der geplanten großen internationalen Großverkaufsgesellschaft zum Vorbild dienen kann.

Am 6. April starb der Vorkämpfer der Sozialpolitik *Wilhelm Kulemann*, in seinem 75. Lebensjahr. Bereits 1890 erregte er durch seine mutige Schrift *Die Sozialdemokratie und deren Bekämpfung* Aufsehen, da er als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter das Sozialistengesetz energisch ablehnte. Die Genossenschaftsbewegung verdankt ihm ein 2bändiges Werk *Die Genossenschaftsbewegung*, dessen 2. Band nicht lange vor seinem Tod erschienen ist (siehe weiter unten den Abschnitt Literatur).

Kurze Chronik Der Britische Genossenschaftsverband hat beschlossen regelmäßig einen *genossenschaftlichen Index* zu berechnen, der im Streit über Lohnerhöhung und Lebenshaltungskosten den amtlichen Index kritisch ergänzen soll. ◊ Für Molkereigenossenschaften und mittelbar auch für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen überhaupt bemerkenswert ist die Gründung des Reichsausschusses zur *Förderung des Milchverbrauchs* (Milch Ausschuß). Die konstituierende Mitgliederversammlung fand am 16. April zu Berlin statt. Gemäß § 4 der Satzung sind im Verwaltungsrat der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Generalverband der Raiffeisengenossenschaften mit je 1 Stimme vertreten. ◊ Der Unterverband Hannover des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hat eine *Vermittlungsstelle für Genossenschaftsbeamte* eingerichtet. Die Anregung dazu stammte aus den Kreisen der Molkereigenossenschaften. Versuchsweise soll sich die Vermittlung auch auf andere Genossenschaftsarten (Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Spar- und Darlehnskassen) ausdehnen. ◊ Der Deutsche Genossenschaftsverband, dem rund 4000 Genossenschaften des gewerblichen Mittelstands angehören, hielt vom 12. bis zum 24. April im Schulze-Delitzsch-Haus zu Berlin seinen 1. *Lehrkursus für Genossenschaftswesen* ab. Es konnten 30 Teilnehmer aus allen Teilen Deutsch-

lands zugelassen werden; die Anmeldungen waren weit zahlreicher gewesen. \diamond Die *Danziger Raiffeisenbank* wies in ihrer Bilanz am 31. Dezember 1925 einen Gewinn von 29 043,01 Gulden auf. Die Geschäftsguthaben vermehrten sich im Jahr 1925 um 173 806,80 Gulden, die Haftsummen um 586 000 auf 3 730 000 Gulden. \diamond Am 16. Mai fand in Zug der 42. Verbandstag des Verbandes der *ostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften* statt. Der Verband umfaßte Ende 1925 insgesamt 240 Genossenschaften mit 21 016 Mitgliedern. Der Jahresumsatz betrug 35 637 520 Franken gegen 35 223 944 im Jahr 1924.

Literatur

Im 1. Band der 2. Abteilung des Handbuchs der Staats- und Wirtschaftskunde /Leipzig, B. G. Teubner/ behandelt *August Müller* den Abschnitt Genossenschaftswesen auf rund 20 Seiten. Es gibt keine Bearbeitung dieses Themas in deutscher Sprache, die auf so engem Raum so vollkommen in den großen Stoff eingeführt. \diamond Nicht ebenso glücklich ist *Vahan Totomjanz'* Einführung in das Genossenschaftswesen /Halberstadt, H. Meyer/. Wer diesen berühmten Gelehrten des Genossenschaftswesens wirklich kennenlernen will, muß seine Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisationen /Berlin, R. L. Prager/ zur Hand nehmen (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 48). \diamond Von *Wilhelm Kulemanns* Werk Die Genossenschaftsbewegung erschien der 2. Band: Systematischer Teil, Die Kulturbedeutung der Genossenschaften /Berlin, Otto Liebmann/. Er behandelt das gesamte Genossenschaftswesen sowie seine Hauptzweige noch besonders unter verschiedenen Gesichtspunkten. Das Werk gibt nicht eigentlich eine theoretische Systematik. Die Darstellung des Wesens der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung bedarf der Ergänzung, zum Teil sogar der Richtigstellung. \diamond Das Buch *Robert Wilbrandts* Die Entwicklungslinie des Sozialismus /Leipzig, Quelle & Meyer/ bringt in dem Kapitel Genossenschaftssozialismus und Gildensozialismus interessantes Material und beachtenswerte Urteile über das Verhältnis der Arbeiterproduktivgenossenschaften zu den Konsumgenossenschaften. Gestützt vor allem auf englisches Tatsachenmaterial zeigt der Verfasser, auf welche Weise die Produktivgenossenschaften dem Tod entzogen werden können, zu dem die Theorie sie längst verurteilt hatte.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Klein †

Die Bedeutung Felix Kleins, dessen Tod im vorigen Jahr hier mitgeteilt wurde, erfordert es, daß noch etwas ausführlicher auf seine mannigfaltigen Verdienste um die Weiterentwicklung der Mathematik hingewiesen wird.

Klein war ein Schüler Plückers in Bonn, der damals sich gerade mit höchst wichtigen lineargeometrischen Untersuchungen befaßte und dabei zu sehr folgenreichen Ergebnissen kam. Klein, der schon mit 17 Jahren sein Assistent wurde, gewann einen tiefen Einblick in die Problemstellungen und Methoden seines Lehrers und gewann so schon in seiner Dissertation Resultate, die weit über die Plückers hinausgingen. Er fand nämlich die Möglichkeit zur Bildung einer kanonischen Gleichungsform für den Linienkomplex 2. Grades, womit er über die Anschauung, die für die ältere Geometrie grundlegend war, ebenso hinausging, wie vorher schon die Algebra durch die Einführung der komplexen Größen. Mit dem Einzug des Imaginären in die Geometrie war die Trennung von Analysis und Geometrie überwunden, und eine Epoche fruchtbarster Weiterentwicklung wurde eingeleitet, an der Klein durch Untersuchungen von höchstem Scharfsinn und klassischer Eleganz hervorragenden Anteil hatte.

Die lineargeometrischen Forschungen führten Klein zu eindringenden Untersuchungen über die nichteuklidische Geometrie, durch die diese überhaupt erst allgemein anerkannt wurde und den Charakter einer paradoxen Spielerei verlor, der ihr in den Augen vieler anhaftete. 1847 hatte von Staudt seine scharfsinnige Geometrie der Lage geschaffen. 1859 brachte Cayley eine Theorie der Maßbestimmungen. Sie beruhte auf formentheoretischer Grundlage und benutzte die euklidischen Maßbestimmungen als Modell. Klein konnte, von diesen beiden Werken ausgehend, nun zeigen, daß die projektive Maßbestimmung, die Cayley in bezug auf eine Fundamentalkurve 2. Ordnung in der Ebene konstruierte, wenn man eine Fundamentalfäche 2. Ordnung einführt, nicht nur ein Bild oder eine rein mathematische Transformation der verschiedenen Parallelentheorien ist sondern ihr eigentliches Wesen aufdeckt. Er brauchte die algebraischen Formeln, die Cayley erhielt, indem er die Maßbestimmungen der metrischen Geometrie den Lagebestimmungen der projektiven Geo-

metrie unterordnete, nur zu verallgemeinern, was durch die Einführung des Riemannschen Unterschieds des Unendlichen und des Unbegrenzten, das nicht unendlich zu sein braucht, geschah. Es erwies sich dann, daß die von Bolyai und Lobatschewskij geschaffene nicht-euklidische Geometrie hyperbolisch ist, die euklidische parabolisch, und daß man beiden noch eine elliptische Geometrie zuordnen kann, die einen unbegrenzten, nicht unendlichen Raum hat.

An diesem Beispiel aus dem reichen Schaffen Kleins wird die Eigenart seiner Methode deutlich. Sie bestand in einem Schauen der Zusammenhänge und der Beziehungen der verschiedenen Gebiete der Mathematik zu einander. Gerade dadurch aber war Klein zu der großen Leistung befähigt die verschiedenen geometrischen Disziplinen, die infolge der unerhört reichen Entwicklung, die die Geometrie seit Beginn des 19. Jahrhunderts genommen hatte, völlig auseinanderzufallen drohten, wieder zur Einheit zusammenzuschließen. So sind denn viele Arbeiten der Verbindung der Riemannschen Gedanken mit den Problemen der Algebra, Zahlentheorie, Invariantentheorie, Gruppentheorie und der mehrdimensionalen Geometrie gewidmet, sowohl auf dem Gebiet der Äbelschen wie auf den Gebieten der Modul- und der automorphen Funktionen.

Wie Klein souverän fast in alle Disziplinen der Mathematik eingriff, so war auch sein Einfluß auf die mathematische Physik nicht gering. Er war einer der ersten, die sich in Deutschland für Maxwell einsetzten. Auch auf die mathematische Durchbildung der allgemeinen Relativitätstheorie hatte Klein Einfluß.

Man wird Klein nicht gerecht, wenn man nur an den Forscher denkt. Daneben her ging immer das Bemühen zu praktisch reformerischer Tätigkeit auf dem Gebiet des Unterrichts. Technik, Mathematik und Physik wollte er in eine engere Verbindung mit einander bringen. Und so schuf er an der Universität Göttingen die zahlreichen Institute für die einzelnen Zweige der angewandten Mathematik. Heftiges Widerstreben der Techniker und der reinen Wissenschaftler mußte überwunden werden. Erst allmählich erkannte man, daß eine engere Verbindung der Praxis und der Theorie, so wie sie Klein vorschwebte, zum Heil aller Beteiligten sei, und vieles von seinen Plänen wurde nach und nach verwirklicht. Auch eine Reform des mathematischen Schulunterrichts wurde durch Klein in die Wege geleitet. Was er er-

strebte, war, daß dem Funktionsbegriff und dem funktionellen Denken im mathematischen Schulunterricht die beherrschende Stelle gegeben werde.

Es ist schwer in kurzen Strichen das Lebenswerk eines Mannes zu zeichnen, der so viel Bewegung und neues Leben hervorgerufen hat. Für die Mitlebenden und besonders für die jüngere Generation bleibt die Hingabe an das Werk, das weiterzuführen er uns überlassen hat.

Pädagogik

Wenn es der Sinn der systematischen Philosophie ist in einem sich immer reicher differenzierenden kulturellen Leben eine Zurückführung aller Kulturwerte auf einen einzigen Quellpunkt zu zeigen und schon durch ihr Dasein die Idee von der Einheit der Kultur in der Mannigfaltigkeit ihrer Äußerungen darzustellen, so versteht man auch, daß die Philosophie von alters her die engste Verbindung zur Pädagogik eingegangen ist, und daß sich wohl jeder universaler gerichtete Philosoph zu dem Problem der Erziehung geäußert hat. Die Pädagogik ist heute eine Einzelwissenschaft geworden, die im engsten Zusammenhang mit der unterrichtlichen und erzieherischen Praxis eines ihrer Ziele in der immer zweckmäßigeren Ausbildung der Methodik sieht. Ein weiteres Ziel dieser empirischen Pädagogik ist mehr theoretischer Art, nämlich die Erkenntnis der psychologischen und soziologischen Momente, die für die Erziehung von Bedeutung sind. Einen ganz andern Aufgabenkreis als diese vorgenannten behandelt die philosophische Pädagogik. Denn ihr Problem ist die Ermittlung des obersten Zieles aller Erziehung. Es versteht sich von selbst, daß dieses oberste Erziehungsziel im engsten Zusammenhang steht mit den allgemeinen Ideen einer kulturellen Situation, die sich in dem Erziehungsideal wie in einem Brennpunkt sammeln. Alle speziellen pädagogischen Fragen, insbesondere die methodischen, hängen von der Beantwortung der Frage ab: Wozu soll der Mensch erzogen werden? Und diese hängt von der Frage nach der Bestimmung des Menschen, worin sein Wert gegründet sei, also von dem ethischen Grundproblem ab. Die Beantwortung dieser Fragen war wohl für kein Zeitalter der europäischen Geistesgeschichte ganz leicht, weil immer verschiedenartige Lebensimpulse die Zeiten erfüllten. Aber noch niemals war es so schwierig wie heute eindeutig, klar und zwingend zu

bestimmen, was das Ziel einer Erziehung sei. Das hängt mit der sozialen und ökonomischen Umschichtung der europäischen Gesellschaft zusammen, weiter damit, daß die allgemeinen weltanschaulichen und ethischen Ideen, die unser geistiges Leben bestimmen, von der größten Heterogenität sind. Ein Ausdruck für diese Lage ist das Bemühen der philosophischen Pädagogik um eine neue Zielbestimmung der Erziehung. Es ist erschütternd zu sehen, wie hier an einander vorbeigeredet wird, wie es keinem Denker gelingt sich auf einen Standort zu erheben, von dem aus er nur 2 oder 3 der sich so heftig befehdenden Erziehungsideale unter sich hat oder, ohne Bild gesprochen, ein Ideal zu entwickeln, das mehrere bisher gültige Ideale in einem vereinigen läßt. Alle Philosophenschulen bemühen sich um das Erziehungsproblem, nirgendwo ist aber die Uneinigkeit größer als hier. Und doch kann man einzelne Erscheinungen als recht symptomatisch für die in unserer Zeit am Werk befindlichen Kräfte ansehen. So war seinerzeit Paul Natorps Sozialpädagogik ein monumentaler Versuch dem sozialistischen Lebensideal eine Ausmündung in die Pädagogik zu verschaffen, und weite Kreise der Jugendbewegung erfuhren von da einen tiefgreifenden Einfluß. Jonas Cohn machte den in unserer Generation aus leicht begreiflichen Gründen so stark lebenden Gedanken von der innern Antinomik des Lebens für die Pädagogik fruchtbar und gewann damit für die Erziehung ein Erlebnis, dem kein Mensch von tieferm Denken und Fühlen sich so leicht verschließen kann.

Nun scheint es, als sollte auf diese und ähnliche Versuche durch das neue Werk *Max Wentschers Pädagogik: Ethische Grundlegung und System* / Berlin, Walter de Gruyter & Co./ ein Gegenschlag erfolgen. Denn dieses Werk gibt eine ausgesprochene individualistische Pädagogik. Nach einer methodisch klaren Unterscheidung der beiden möglichen Wege der Zielbestimmung; des empirisch-praktischen und des ethisch-systematischen, werden beide Wege durchlaufen, und es wird gezeigt, daß der eine ungangbar ist, weil er eigentlich zu einem Traditionalismus führen muß, der gerade bei unserer uneinheitlichen Geisteslage eine Unmöglichkeit ist. Bei dem andern Weg werden empiristische und idealistische Prinzipien unterschieden; die ersten (Eudämonis-

mus, Utilitarismus und Sozialismus) werden abgelehnt, bei den letzten wird das Vollkommenheitsprinzip als zu unbestimmt gefunden und dann schließlich in dem Freiheitsprinzip als allein mögliche Erziehungsideal gesehen. Seine nähere Bestimmung läßt es dem Kantischen Autonomiegedanken als sehr nahe erscheinen. Wentscher versteht unter Freiheit diejenige »Haltung der Persönlichkeit, welche die durchgehende Zusammenstimmung des tatsächlichen Einzelwollens mit den Forderungen jenes idealistischen Grundwollens in sich schließt, sie uns geradezu zur anderen Natur macht«. Dieser Begriff des Grundwollens, unter dem die Ideale als »Ausdruck unseres innersten wahrhaft eigenen Wollens« verstanden werden, ist dem gleichen Begriff bei Immanuel Hermann Fichte ähnlich. Diese Freiheit als die Realisierung des Grundwollens im empirischen Wollen ist das oberste Ziel der Erziehung, und Wentscher bezeichnet darum seine Pädagogik, weil alle Erziehung Willenserziehung sei, als Freiheitspädagogik. Ehe nun das System der Pädagogik vorgeführt wird, stellt Wentscher noch eine Untersuchung an über die Willenshandlung und den Freiheitsgedanken. Nach einer Analyse der Willenshandlung, die als Tathandlung, Denkhandlung oder Redehandlung auftritt, und die die Bedeutung der intellektuellen Reflexion in der Willenshandlung herausstellt, werden nun in dieser die Freiheitsmomente aufgesucht, der Bedeutung des Entschlusses und der intellektuellen Reflexion wird nachgegangen, ebenso wie in der Orientierung auf die objektive Wirklichkeitswelt oder auf Gefühls- und Phantasieerregungen das Moment der freien Entscheidung für das Ichgerechte hervorgehoben wird. Nach diesem ganzen vorbereitenden und grundlegenden Teil wird nun das System der Pädagogik vorgeführt. In 3 Hauptstadien geht die Erziehung vor sich. Im 1., das dem frühen Kindesalter entspricht, soll dem Naturhaften im Menschen der weiteste Spielraum gelassen werden. Nichts soll in dem Kind vorzeitig unterdrückt und gehemmt werden. Vom 2. Erziehungsstadium an findet die schrittweise immer tiefer und immer vollständiger werdende Erziehung zur Freiheit, zur innern Autonomie statt, sie gipfelt in der erlangten Fähigkeit zur Selbsterziehung. Alle Einzelheiten auf diesem Erziehungsweg und die Wertung der einzelnen Erziehungsmittel sind von dem Prinzip der Freiheit geleitet,

das eben als Ziel die vollendete Fähigkeit darstellt die Ideale des Grundwollens, des eigentlichen tiefsten Wollens im Menschen durchzuführen und den Menschen allein von dieser Instanz abhängig sein läßt. Die weiteren Ausführungen des Verfassers über die 3 Hauptgebiete menschlicher Betätigung: das individuelle Leben, wo wir Beruf, persönliche Lebensgestaltung, Familie und Welt- und Lebensanschauung finden, das historisch-nationale Geistesleben, also Gesellschaftsordnung und historisch-politisches Leben, und schließlich das Gebiet reakultureller Betätigungen, sollen zeigen, wie sich hier das Freiheitsprinzip auswirkt. Eine starke Harmonisierungstendenz tritt hier zutage. Die freie, in sich ruhende Persönlichkeit, die alle ihre Kräfte und Anlagen in der ganz besondern Form ihrer Individualität ausbildet und mit voller Souveränität nach dem tiefern selbstgegebenen Gesetz, über die Augenblicksstrebungen herrscht; das ist das Ziel dieser neuen Pädagogik.

Es ist eine besondere Form der Persönlichkeitsethik, die dieser Pädagogik zugrunde liegt. Die Autonomie und die Harmonie der Persönlichkeit, ein Ideal, das einer großen reifen Kultur würdig ist und immer die höchste Verehrung finden wird, insbesondere bei den Menschen einer harten und zerrissenen Zeit wie der gegenwärtigen, müßte indes doch ganz anders begründet werden. Man wird den Eindruck nicht los: Es ist die Luft einer stillen Gelehrtenstube der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die einem hier entgegenweht, und man denkt an auffallend viele Bilder auf Kunstausstellungen der letzten Jahre, die eine so geruhsame Idylle darstellen, daß der Beschauer meint, er befände sich in der Zeit des Biedermeier. Nach der Not und dem Krampf eines wüsten Jahrzehnts von Krieg, Zusammenbruch und Inflation, Müdigkeit und Sehnsucht nach stiller Harmonie? Es wären Wunschgestaltungen, aber nicht Gestaltungen des wirklichen Lebens. Es ist charakteristisch für das Werk, daß nirgendwo ein Wort über Sexualpädagogik steht, daß die Bedeutung des Sexuellen in der Pubertät nicht mit einem Wort erwähnt wird, daß die ganze Spannung zwischen den Trieben und den Kulturforderungen nicht zu ihrem Recht kommt, und daß die Dynamik, die die Psychologie des Unbewußten aufgedeckt hat, keine Beachtung findet. Die menschliche Seele ist viel, viel mannigfaltiger und in sich gegensätzlicher

als der Verfasser voraussetzt. Der Unterschied zwischen dem Grundwollen und der Augenblicksstrebung ist, psychologisch wenigstens, sehr vage. Es läßt sich sehr oft zeigen, daß auch das, was sich bei oberflächlicherer Betrachtung als aus dem tiefsten Innern des Menschen kommend darstellt, bei vertiefterer Analyse von außen angenommener und nun als Hemmung wirkender Faktor ist. Wentcher sieht einmal diese Möglichkeit. Aber er durchschaut nicht die prinzipielle Bedeutung dieser Tatsache. Denn was ist denn das Kriterium des Grundwollens? Die größere Beständigkeit des Wollens oder die stärkere Dynamik, mit der es sich durchsetzt. All das braucht nicht notwendig ichgemäß zu sein. Und darum kann es sehr häufig sein, daß die von Wentcher geforderte Freiheit gar keine ist.

Lehrbücher Für die Einführung in das Studium der Religionsphilosophie ist ein außerordentlich wertvolles Werk, das in der Sammlung *Quellenhandbücher der Philosophie* (Berlin, Panverlag Rolf Heise) von Georg Wobbermin herausgegebene Bändchen Religionsphilosophie. Nach einer trefflichen Einleitung Wobbermins über Begriff, Aufgabe und Methode der Religionsphilosophie und einem Überblick über die religionsphilosophische Arbeit seit Kant von Robert Winkler folgen charakteristische Textstellen aus den großen Werken der religionsphilosophischen Literatur. Von Kant bis heute sind 26 Autoren berücksichtigt. Es sei auch auf die anderen Bände dieser praktischen Sammlung hingewiesen, die von Arthur Liebert geleitet wird.

Ebenfalls als einführende Werke können die Bändchen der Sammlung *Jedermanns Bücherei* (Breslau, Ferdinand Hirt) gelten. Auch hier hat der Herausgeber, der Leipziger Philosoph Ernst Bergmann, einen Stab trefflicher Mitarbeiter um sich versammelt. Lucien Brulez handelt über holländische Philosophie von der Scholastik und Mystik (Ruysbroeck) bis heute. Ausführlich werden Geulincx und Spinoza behandelt. Bei den engen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Belgien ist es selbstverständlich, daß unter dem Titel dieses Bändchens auch die belgischen Philosophen zu finden sind, zum Beispiel der kürzlich verstorbene Kardinal Mercier. Die russische Philosophie ist von E. von Radloff bearbeitet. Vom 18. Jahrhundert an werden alle bedeutenden Denker in lebendiger und gedanklich sehr klarer

Darstellung vorgeführt. Über die italienische Philosophie unterrichtet Guido de Ruggiero. Plastisch treten die Grundgedanken heraus, die immer in engsten Zusammenhang mit der allgemeinen kulturellen Entwicklung gebracht werden. Porträts der hauptsächlichsten Denker sind beigegeben. Der Herausgeber der Sammlung, Ernst Bergmann, gibt eine Einführung in die Philosophie, die sich durch Klarheit auszeichnet.

Über die französische Philosophie der Gegenwart unterrichtet in aufschlußreicher Weise Max Müller in der Sammlung *Wissen und Wirken* (Karlsruhe, G. Braun), der man schon mehrere gut orientierende Bücher zu verdanken hat.

In Frommanns *Klassikern der Philosophie* (Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag) ist eine neue, erweiterte Auflage von Thomas Hobbes *Leben und Lehre* von Ferdinand Tönnies erschienen. Man braucht über dieses treffliche Werk, das uns Hobbes erst richtig sehen lehrte, kein Wort zu verlieren. In der gleichen Sammlung ist von Georg Stieler eine Monographie über Nikolaus Malebranche erschienen. Die Einwirkung dieses genialen Denkers auf viele späteren Philosophen bis heute rechtfertigt diese gründliche Darstellung. Ebenfalls in dieser Sammlung ist von Richard Wilhelm, den man als einen der besten Kenner der chinesischen Kultur kennt, eine Untersuchung über Kungtse, sein Leben und sein Werk, erschienen. Damit ist eine Lücke ausgefüllt, die schmerzlich empfunden wurde. Die Darstellung ist sorgfältig in der Interpretation und sehr gründlich.

Ein *philosophiegeschichtliches* Lehrbuch von außerordentlichem Wert ist Franz Meyers *Geschichte der alten Philosophie* (München, Josef Kösel & Friedrich Pustet). Die Gliederung des Stoffs, die sich auf das Wesentliche beschränkenden Literaturangaben, die klare und durchdachte Darstellung machen das Werk zu einem höchst wertvollen Lehrmittel. Der katholische Standpunkt des Verfassers bedingt es, daß das Interesse an Aristoteles gerade hier zu einem Höhepunkt in der Behandlung des Gegenstands führt. An wissenschaftlichem Wert und Selbständigkeit des Urteils reiht sich dieses Werk würdig neben den entsprechenden Band im Überweg. Ein Lehrbuch der Geschichte der Philosophie von anderm Charakter ließ Max Dessoir im Verlag Ullstein in Berlin erscheinen. Die einzelnen Mitarbeiter: Ernst Cassirer für das Altertum, Josef Geysler für das Mittelalter, Max Frischeisen-Köhler für die

Neuzeit haben eine große Freiheit in der Verarbeitung ihres Materials. Unter Beschränkung auf das Wesentliche des Stoffs werden hier tief philosophische, an problemgeschichtlichen Gesichtspunkten orientierte Darstellungen geboten.

Totenliste

Als das Opfer eines völkischen Überfalls ist am 5. Mai *Gregorius Itelson* im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war in Rußland geboren und studierte anfangs Theologie, dann Mathematik und Naturwissenschaften. Seit 1884 lebte er in Berlin. Logische und erkenntnistheoretische Studien, die von der Mathematik ausgingen, führten ihn ganz der Philosophie zu. In einem Vortrag auf dem Generen Philosophenkongreß (1904) definierte er die Logik als die Lehre von den Gegenständen überhaupt; womit er, gegenüber allen psychologisierenden Auffassungen der Logik, prinzipiell auf das Richtige hinzielte. Sein Einfluß auf die logischen Forschungen ist ziemlich groß gewesen; doch ist man einstweilen noch nicht recht weiter gekommen. Itelson hat kaum etwas veröffentlicht, er trug vielmehr seine Lehre meist mündlich vor. Er war in den Kreisen der Berliner Geistigen der letzten 3 Jahrzehnte eine bekannte und populäre Persönlichkeit. Der an ihm verübte Roheitsakt, der dann seinen Tod herbeiführte, löste daher eine starke Empörung aus (die aber, wie das bei uns zu gehen pflegt, ohne Konsequenzen vererbte). Noch kurz vor seinem Tod hatte Itelson eine interessante Schrift ausgegraben, die für unser Weltbild aktuelles Interesse hat (siehe die Rundschau Neuerscheinungen, in diesem Band Seite 356). Er wird bei allen, die an rein geistigen Erörterungen hängen, noch lange schmerzlich vermißt werden.

Kurze Chronik

Die *Bibliothek Felix Kleins* ist von der Hebräischen Universität in Jerusalem erworben worden. Sie umfaßt eine große Kollektion mathematischer Zeitschriften und hervorragender Werke aus den verschiedenen mathematischen Disziplinen. \diamond Der Bonner Privatdozent der katholischen Theologie *Theodor Steinbüchel* ist außerordentlicher Professor in der Philosophischen Fakultät der Universität Gießen geworden. Er hat einen Lehrauftrag für katholische Religionsphilosophie. \diamond Der emeritierte Professor der Mathematik an der Universität Zürich *Ernst Zermelo* ist zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Freiburg im Breisgau ernannt worden.

Geschichte / Walther Koch

Reformation Renaissance und Reformation gelten mit Recht als entscheidende Wendepunkte unserer gesamten europäischen Entwicklung. Unsere heutige geschichtliche Lage ist bis zu weiten Grenzen eine Frucht der im Reformationszeitalter ausgestreuten Saat. Seitdem die geschlossene Kultur des Mittelalters mit ihrer gebundenen Stadtwirtschaft, ihrer Verwurzelung in Religion, Überlieferung, Staat auseinanderbrach, löste sich die europäische Einheit immer mehr in nationale und soziale Gruppen auf, die sich gegenseitig bekämpften. Diese Welt mußte zerfallen, weil die alten Bindungen versagten, neue nach eigenem Leben verlangende Keime sich im alten Körper regten und zu freier Entfaltung drängten. Heute, da wir nur noch die Trümmer dieser freien Entwicklung, ihre mechanistisch atomistischen Ausläufer erst im Absolutismus, dann im Liberalismus sehen, können wir nur schwer begreifen, wie befreiend und lebenweckend jene reformatorischen Zeiten gewirkt haben müssen. Die Aufgabe unserer Zeit ist nicht Lösung sondern neue Bindung, nicht liberal-individualistische Atomisierung der Gesellschaft sondern umgekehrt eine neue Synthese aller ihrer schöpferischen Kräfte, die doch erst durch die Eingliederung in das Ganze sinnvoll und fruchtbar werden. Und doch zieht es uns immer wieder gerade zu jenen Zeiten, denen eine so gewaltige Aufgabe der Wandlung, des Neuaufbaus gestellt war. Besonders hört man oft von religiös lebendigen, um eine soziale Erneuerung bemühten Kreisen, wir ständen jetzt vor einer ähnlichen Reform wie die Luthersche. Das lenkt den Blick vor allem auf die Epoche vor der Reformation mit ihrem Suchen und Drängen, die ihren stärksten Ausdruck etwa in Dürers Holzschnittfolge Apokalypse gefunden hat. Von Wert ist deshalb die von Edgar Salin besorgte Neuausgabe der Erstlingsarbeit *Eberhard Gotheins*, seiner ursprünglich 1878 veröffentlichten Schrift *Politische und religiöse Volksbewegungen vor der Reformation* (München, Duncker & Humblot). Gothein versuchte hier, Rankes klassische Deutsche Geschichte im Reformationszeitalter ergänzend, die ökonomischen und sozialen Faktoren stärker zu betonen, nachdem er sich bereits in seiner Promotionsschrift über den Gemeinen Pfennig auf dem Reichstag zu Worms auf das ökonomisch-historische Gebiet gegeben hatte.

Die Schilderungen der Zeit, hauptsächlich des Kaisers Maximilian, des letzten Ritters, sind überraschend farbig und lebendig. Das Volk wird in seiner geheimnisvoll bewegten Eigenart dargestellt. Die Landbevölkerung wurde von dem Spiel der Humanisten und Politiker jener Tage nur wenig berührt, die eine neue Menschenart verkörperten. Manche unter jenen an italienischem Muster gebildeten Politiker wollten die Prinzipien ihrer italienischen Staatsweisheit ohne weiteres auf Deutschland übertragen, ein Versuch, der schon deshalb scheitern mußte, weil in Deutschland die wirtschaftliche Grundlage fehlte. Viel stärker wurde das deutsche Volk von religiös-sozialen Ideen ergriffen, während ihm die ästhetisch formale Aristokratienkultur fremd war. Religiöse Aufregung verband sich mit politisch-sozialer Gärung. Die religiöse Erschütterung ging zunächst unmittelbar aus dem Volk hervor, oft in striktem Gegensatz zu der offiziellen Kirche. Bauernbewegungen wie die des Pfeifers von Nicklashausen im Tauberg und bereiteten die Zeiten des Bauernkriegs vor. Mit Wunderglauben einhergehende religiöse Erregungen lösten oft national politische Bewegungen wie den burgundischen Krieg ab. Die oberen Schichten der Gesellschaft standen diesen Volksbewegungen meist ganz fern, entfremdeten sich überhaupt durch ihre fremdländische Bildung dem Volk. Geistlichkeit und Adel benutzten zuweilen diese Bewegungen, wie die Nicklashäuser Wallfahrt, um daraus so viel wie möglich Nutzen in klingender Münze zu ziehen. Die Renaissancebildung als solche stand allen Wundererscheinungen mit größtem Mißtrauen gegenüber. Berühmt war in dieser Zeit besonders auch das Wunder des heiligen Blutes von Wilsnack. Die große Kirche dieses Ortes bewahrt noch heute das Andenken an jene spätgotische Massenbewegung. Jene Epoche in ihrer gestaltlosen brodelnden Kraft bildet ein Musterbeispiel der Empfindungen der Massen, die damals so wenig wie heute von den Gebildeten begriffen wurden. Ein Kapitel des Buches behandelt die Partei der Reichsreform und das Volk. Im Landfrieden sah gerade das niedere Volk das Wesentliche der Reformen. Man erstrebte größere friedliche Zusammenhänge interlokaler Art wie heute auf internationalem Gebiet. Das Volk wurde von oben, von den Reichsständen, als eine willenlose Masse angesehen, die lediglich zu regieren war. Die Reichsstände besaßen so wenig Verständnis für

das Volk und waren ihm so abgeneigt, daß Maximilian es demgegenüber leicht hatte bei den Massen populär zu werden. Er wendete sich bewußt an die Regsamkeit, die Anteilnahme des Volkes in allen seinen Schichten für die großen nationalen Fragen und Aufgaben. Doch war auch Maximilian weit davon entfernt das Volk als Ganzes zu sehen. Dazu war er viel zu sehr Renaissance-mensch, Individualist. Auch er suchte nur das Volk als die Summe von einzelnen zu benutzen. Ansätze zu nationalem Geist fanden sich freilich bei den Landsknechten, den Kriegern Maximilians, und in den historischen Volksliedern der Zeit. Maximilian war viel zu unstet, sein Geist zu chaotisch, als daß es ihm hätte gelingen können eine dauernde Ordnung der Dinge aufzurichten. Er brachte das Volk nur noch mehr in Erregung. Das Gefühl der Verwirrung, der Ratlosigkeit steigerte sich in den Massen auch noch durch nichtpolitische Ursachen, wie sie in den Teuerungen im letzten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts, den damit zusammenhängenden Bauernverschörungen (wie dem Bundschuh), in Mißernten, Räubereien und Landfriedensbrüchen gegeben waren. Dazu kamen die furchtbaren Seuchen, wie die Pest um 1502, und das erste epidemieartige Auftreten der Syphilis. Die physischen Krankheiten erzeugten wieder geistige Massenstimmungen, die zu Wallfahrten und Wundersucht führten. Besonders die Kreuzwunder spielten eine große Rolle. Das ganze Volk wartete auf etwas. Sozialistisch-chiliasmatische Bewegungen erhofften eine vom Orient her kommende Umwälzung. Maximilian suchte diese Massenstimmungen in seinem Sinn zu benutzen. Im Jubiläums- und Ablaßgeld, auf das sich außer der päpstlichen Kurie sowohl der König wie die Reichsstände, an ihrer Spitze der Erzbischof Berthold von Mainz, stürzten, wurde die religiöse Welle im Volk von geistlichen und weltlichen Gewalthabern kräftig ausgebeutet. Vor allem verstand es die katholische Kirche damals wie heute in engster Berührung mit dem Leben des Volkes zu arbeiten. Das Schlußkapitel des Werkes schildert die Wirksamkeit des äußerst geschickten, päpstlichen Legaten Raimund Perrant, der seiner Herkunft nach ein Franzose war. Allgemein glaubte man, Deutschland verarme, weil zu viel Geld nach Rom flösse. Und dennoch gelang es zunächst jenem Legaten durch den Ablaß und das Jubiläum reichliche Mittel aus Deutschland herauszuholen. Perrant war im Gegen-

satz zu manchen anderen Legaten durch sein Auftreten sehr populär. Die Agitation für den Ablaß, die nur aus der religiösen Erregung des Volkes um jene Zeit zu erklären ist, wurde schließlich der Ausgangspunkt für die Reformationsbewegung. Unter dem Schutz Friedrichs des Weisen von Sachsen weihte der Legat Raimund jene Kirche in Wittenberg, an deren Türen 15 Jahre später Luther seine Thesen anschlug.

Emanuel Stickeberger schrieb einen historischen Roman Zwingli /Zürich, Grethlein & Co./, auf den in diesem Zusammenhang empfehlend hingewiesen sei. Ein reformierter Deutschschweizer stellt die schweizerische Reformation in Zeitbildern darin dar. 3 Hefte Die Reformation und ihre Wirkung in Ernestinischen Landen wurden von Gustav Scholz herausgegeben und behandeln im einzelnen die Reformation und ihre Wirkungen in der Landeskirche, in der Volksschule und im Gymnasium von Gotha, in der Theologischen Fakultät der Universität Jena und in Kirche und Schule in Sachsen-Weimar-Eisenach /Leipzig, A. Deichert/.

Gegenreformation Die 2. Hälfte des 16. und die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts bezeichnet man als das Zeitalter der Gegenreformation. Die Analyse dieser Epoche, die *Eberhard Gothein* seinerzeit, soweit die katholische Welt in Frage kommt, in der Hinnebergerschen Kultur der Gegenwart gab, ist erfreulicherweise nunmehr auch in den von Edgar Salin herausgegebenen Schriften Gotheins zur Kulturgeschichte der Renaissance, Reformation und Gegenreformation enthalten /München, Duncker & Humblot/. Man lernt aus diesem Werk, das systematisch den geistigen Gehalt des Zeitalters in seinen verschiedenen Leistungen untersucht, erst die ganze Fülle und Kraft jener Geschichtsperiode kennen, die der Fortschrittliberalismus gewöhnlich völlig ablehnt. Es handelt sich dabei nicht um eine unmittelbare Wirkung der Reformation auf katholischem Boden. Sie fand höchstens negativ als Restauration gegenüber dem Protestantismus statt. »Die Reformation hat der Neukatholizismus abgewiesen; die Renaissance hat er aufgenommen und fortentwickelt.« Die katholische Kirche stellt sich wieder in den Mittelpunkt der Lebenswelt der katholisch gebliebenen Volksteile, aber gestaltet in ihrer Weise die formale Renaissancekultur weiter aus und romanisiert dadurch unwillkürlich auch die katholischen und germanischen Völker.

Während die Reformation in der Bibel die alleinige Quelle religiösen Lebens sah, orientierte sich die Gegenreformation an der Tradition, an der Kirche. Von der Renaissancephilosophie ging man zur Scholastik und zu Aristoteles, dem Philosophen des Mittelalters, zurück. In der Dogmatik entwickelte sich ein an Thomas von Aquino anknüpfender Rationalismus. Im Gegensatz zum Luthertum und zum Calvinismus wandte sich der Katholizismus mehr und mehr der Lehre vom freien Willen zu. Der Mariendienst trat besonders in ritterlichen Spanien stark in den Vordergrund, mit ihm der Kultus des Heiligen Joseph, der zum Patron der Handwerker wurde. Immer mehr wird auch, im Gegensatz zu dem allmählich in Lehrstreitigkeiten erstarrenden Luthertum, der Sakramentkult mit seiner geheimnisvollen sinnlichen Gewalt über die Menge gepflegt. Auch die Mystik feierte in der Gegenreformation eine neue Blüte, während der Protestantismus die Vertreter des mystisch-spiritualistischen Geistes, wie Schwenkfeld und Sebastian Franck, sehr zu seinem Schaden ablehnte. Erst im Pietismus und in Bewegungen wie denen der Quäker grub sich diese Geistesrichtung ein neues Bett. Spanien wurde das Land mystischer Frömmigkeit; erinnert sei nur an Ignatius von Loyola und die Heilige Theresia von Jesu (deren Schriften in einer 8 Bände umfassenden deutschen Gesamtausgabe bei Friedrich Pustet in Regensburg erschienen; ein Werk, auf das auch in dieser Rundschau aufmerksam gemacht sei). Diese spanische Mystik wirkte auf Frankreich wie auf Deutschland ein; dort ist Franz von Sales, hier Angelus Silesius typisch dafür. Je mehr sich der Protestantismus gegen jede religiöse Askese wandte, desto stärker betonte gerade der Katholizismus den Wert asketischer Übungen, besonders stark im Jesuitenorden. Die Gesellschaft Jesu stellt auf katholischem Boden den äußerst interessanten sozialen Versuch dar das Urchristentum zu erneuern; auf protestantischem Boden entspricht dem das Täufer- und Quäkertum. Die katholische Kirche als solche suchte ihre Machtorganisation zur Stärkung des Papsttums nur um so schärfer durchzusetzen. Nur in Frankreich entwickelte sich zur Erhöhung der absoluten Staatsmacht der vom Papsttum freiere Gallikanismus. Wie im spätem Mittelalter die Dominikaner, so wurden nunmehr die Jesuiten die Vollstrecker des päpstlichen Willens; sie gerieten dadurch mitunter in Konflikt mit den Bischöfen.

Die Barockkunst verdankt, wenigstens in Italien, Spanien, Frankreich und in großen Teilen Süddeutschlands und Österreichs, ihre sinnlich-kräftige Pracht und Fülle diesem gegenreformatorischen Katholizismus, während der Protestantismus, vor allem der Calvinismus, in seiner abstrakten Nüchternheit, für die Kunst durchaus unergiebig blieb, wenn wir von dem eigenartigen Boden Hollands absehen. Die romanischen und die vom Romanischen beeinflussten Teile Europas entwickelten eine glänzend vornehme, aristokratisch-höfische Kultur als Grundlage der Barockkultur, die protestantischen Höfe der Zeit versanken dagegen meist in Roheit der Sitten und verschlossen sich in die stickig-kleinstaatliche Luft des ständischen Wohlfahrtsstaates, der erst in den Weltkrieg des Dreißigjährigen Krieges erschüttert wurde. Lange blieb Spanien tonangebend in Zeremoniell und Mode wie in Dichtung und Kunst; erst im 17. Jahrhundert ging die Führung an Frankreich über. Cervantes und Calderon übten weit nach Europa hinein Einfluß aus. Frankreich weist in Montaigne und Pascal gleich starke Geister auf. In England wirkt sich die Renaissance noch sehr spät, im Zeitalter Elisabeths, in den Werken Shakespeares in ganz einzigartiger Weise aus. Deutschland schlief und versank in einen Zustand schlimmer Lethargie, auf den erst auf einen Anstoß von außen gelehrtenhafte Nachahmungen des Fremden folgten, bis sich im 18. Jahrhundert eine neue Dichtung entfaltete. Wissenschaftlich charakterisiert sich das Zeitalter durch seine Hinwendung zur mathematisch-mechanischen Naturwissenschaft. Sie wird in England durch Bacon, in Frankreich durch Descartes repräsentiert. Auf dem Gebiet der Rechts- und Staatswissenschaften brachten sowohl Calvinisten wie Jesuiten produktive Leistungen hervor. Das Naturrecht, aus der Antike stammend und im Mittelalter gepflegt, wurde neu entwickelt. Wirtschaftlich beschäftigte man sich mit der Kredit-, der Geldfrage. Allerdings kam man zu einer wissenschaftlichen Verarbeitung des Geldproblems erst später, in der merkantilistischen Epoche. In Deutschland blüht entsprechend der patriarchalischen Behäbigkeit der kleinen Höfe die Kameralistik, die als Hausväterliteratur für fürstliche Amtleute und Finanzbeamte notwendig war. Dieser Überblick mag zeigen, wie die Zeit der Gegenreformation im Spiegel Gotheins in einem spannungsreich bewegten Leben vorüberzieht.

Bauernkrieg Im Jahr 1925 wurde besonders in Mittel- und Süddeutschland der 400jährigen Wiederkehr des Jahres 1525 gedacht, das in mancher Beziehung als Wendepunkt der Krise in der Entwicklung des deutschen Volkes zu gelten hat. Die Reformation hatte in den ersten Jahren einen stürmischen Anlauf genommen, alle nach nationaler und religiöser Erneuerung Verlangenden mitgerissen und versprach wirklich eine Volksbewegung zu werden, die sich nicht allein theologisch-dogmatisch sondern weit mehr noch sozial, in einer Neuordnung der bedrängten Lage der unteren Volksschichten, zumal des Bauerntums, auswirken sollte. Die Bauern hatten in ihren Forderungen auf Luther und seine neue Botschaft geschaut. Das hätte zur Aufrichtung einer Volkskirche und zu einer Regeneration des sozialen Volkskörpers durch den neuen Geist führen können. Aber es wurde das geistige Schicksal Deutschlands, daß das Jahr 1925 nur den (bis in unsere Zeit wirkenden) Riß zwischen den religiösen und den sozialen Elementen brachte. Während in England die religiöse Erneuerung in der Mitte des 17. Jahrhunderts Hand in Hand mit der politisch-sozialen Revolution ging, und dadurch zum mindesten die freikirchlichen Bestrebungen gerade auch in der Arbeiterschaft einen guten Boden fanden, trat in Deutschland, in krasser Weise in Nord- und Ostdeutschland, das Gegenteil ein. Nach anfänglicher Verbindung mit ihnen schied sich Luther grundsätzlich von den aufständischen Bauern und zog grimmig gegen alles mit der sozialen Bewegung zusammenhängende Schwärmer- und Wiedertäuferturn zu Felde. Das Luthertum verband sich immer mehr und mehr mit den konservativen Mächten. Durch diese Bindung von Thron und Altar ist der heutigen Situation, das heißt einer vollständigen Trennung der Arbeitermassen vom religiös-kirchlichen Leben, vorgearbeitet worden. Nicht als ob allein Luther die Schuld hieran zugeschoben werden sollte. Hier lag ein geschichtliches Verhängnis vor, das sicher mehr als eine Ursache hat. Ersichtlich aber ist, daß ein Ereignis wie das des Bauernkriegs nicht nur Bedeutung für die Klassengeschichte und lokale Einwirkungen für die Gegenden hat, in denen es sich abspielte, sondern daß mit dem Jahr 1525 eine entscheidende Wendung in unserer Volksentwicklung eingetreten ist. Alle neuen Publikationen über den Bauernkrieg sind deshalb unserer Beachtung wert.

Gut ergänzen sich *Eduard Baumgartens* Darstellung des Bauernkriegs (*Der große Bauernkrieg* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/) und eine Sammlung zeitgenössischer Berichte, Aussagen und Aktenstücke, die von *Otto H. Brandt* in einer Sammlung von Quellen zur deutschen Kultur Das alte Reich, ebenfalls unter dem Titel *Der große Bauernkrieg* veröffentlicht wurde /Jena, Eugen Diederichs/. Baumgarten durchdringt das tiefste Mitgefühl mit dem Schicksal der Bauern. Der Verfasser hebt besonders die Momente hervor, in denen sich die damalige Bewegung mit der neuesten sozialen Umwälzung berührt. So die Tätigkeit gelehrter Bauernräte in Heilbronn und Thomas Münzers Aufruf eine deutsche Republik zu schaffen, in der die altchristliche Gütergemeinschaft verwirklicht werde. Dieser Aufruf richtet seine Spitze gegen die geistlichen und weltlichen Herren, besonders natürlich gegen die Landesfürsten, ebenso aber gegen den mit den protestantischen Landesfürsten verbündeten Luther. Beide Werke schildern zunächst die wirtschaftliche und rechtliche Verschlechterung in der Lage der Bauern gegen Ende des Mittelalters und ziehen auch die verschiedenen lokalen Bewegungen in den Kreis der Betrachtung. In einer Einleitung zu der Dokumentensammlung weist Brandt darauf hin, wie sich der biblische Radikalismus, der schon seit den Tagen der Hussiten emporkam und »göttliche Gerechtigkeit und christliche Freiheit« auf seine Fahne schreibt, mit den ökonomischen Forderungen der Bauern verbindet. Das römische Recht hatte seinerseits wesentlich dazu beigetragen die Lage der Bauern zu verschlimmern. Auch in der Stadt machten sich um jene Zeit soziale Erhebungen der niederen unterdrückten Klassen bemerkbar. Die heutige Jugendbewegung hat sich noch ein damals viel gesungenes Lied zu eigen gemacht: »Als Adam grub und Eva spann, wer war denn da der Edelmann?« Brandt bezeichnet die Ansicht, die von katholischen Historikern wie Janssen verbreitet worden ist, als habe die Reformation unmittelbar den Bauernkrieg hervorgerufen, als verfehlt; er weist demgegenüber auf die zahlreichen Vorläufer der Unruhen im 15. Jahrhundert hin. Bauern sowohl wie Ritter, die beide naturalwirtschaftlich gebundene Klassen darstellten, mußten sich gegen das hereinbrechende frühkapitalistische System wenden. So ist der Bauernkrieg eine nach rückwärts gewandte Bewegung, die alte Rechte und Bräuche

wiedererneuern wollte und kaum den Namen einer Revolution verdient. Den durch die Dichtung idealisierten Gestalten Götz von Berlichingens und Florian Geyers widmet Brandt ein eigenes Kapitel. Er schmückt sein Werk mit einer Reihe guter Abbildungen zeitgenössischer Holzschnitte und Federzeichnungen.

Auch in den Landschaften und an den Orten, in denen sich der Bauernkrieg abspielte, erschienen im Jubiläumsjahr 1925 verschiedene mehr oder weniger beachtenswerte Schriften. Auf archivalischen Forschungen beruht die Schilderung des Bauernkriegs des Archivrats *Richard Krebs* *Der Bauernkrieg in Franken 1525*, die als 8. Heft der Heimatblätter des Bezirksmuseums Buchen in Baden Zwischen Neckar und Main erschien. Der Verfasser macht sich die Verherrlichung des Bauernkriegs als einer revolutionär-freiheitlichen Bewegung nicht zu eigen (die bei den liberalen Schriftstellern der dreißiger und vierziger Jahre üblich war und ihren klassischen Niederschlag in Wilhelm Zimmermanns berühmter Geschichte des großen Bauernkriegs fand). Aber seine Auffassung, der Bauernkrieg habe den Gang der deutschen Geschichte nicht entscheidend beeinflusst, scheint unhaltbar.

Kurze Chronik Auf Grund der durch die Forschungen der letzten Jahrzehnte erworbenen reichern Kenntnis des Altertums soll das von Iwan von Müller begründete Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft auf der breiten Basis der gesamten *Altertumskunde* neu gestaltet werden. Diese Aufgabe hat der Ordinarius für alte Geschichte an der Universität München Walter Otto übernommen, der für die Bearbeitung der mannigfachen Stoffgebiete hervorragende Fachmänner, darunter auch Gelehrte des Auslands, gewonnen hat. Das Werk erscheint bei C. H. Beck in München.

◇ In Greifswald wurde das neugeschaffene *Institut für Palästinaforschung* seiner Bestimmung übergeben; es steht unter der Leitung Gustaf Dalmans. ◇ Der Ordinarius für Geschichte und Kultur des christlichen Orients an der Universität Bonn *Anton Baumstark* wurde auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Islamkunde an der Universität Utrecht berufen. ◇ An der Universität Leipzig *habilitierte* sich Paul Kirn für Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften, mit einer Abhandlung über Friedrich den Weisen und die Kirche.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Nationalgalerie Am 21. März dieses Jahres konnte die Berliner Nationalgalerie ihr 50jähriges

Bestehen feiern, zufällig fast zur gleichen Zeit wie ihr gegenwärtiger Leiter Ludwig Justi, der am 14. März 50 Jahre alt wurde. Die Geschichte der Galerie illustriert besonders prägnant die einstige und die heutige Ausgestaltung und Politik des Museums. Der Gedanke eines Museums der Neuzeit soll von Friedrich Wilhelm IV stammen, der aber nicht fähig war diesem Gedanken greifbare Gestalt zu geben. Sein Vorschlag, auch in architektonischer Hinsicht, wurde erst 1861 in die Tat umgesetzt, nachdem das Vermächtnis einer 262 Gemälde umfassenden Sammlung des Konsuls J. H. W. Wagner eine geeignete Grundlage abgab. Das Gebäude wurde von Heinrich A. Strack nach einem Entwurf August A. Stülers in den Jahren 1866 bis 1876 in korinthischem Stil ausgeführt; es erwies sich in der Folgezeit als ganz ungünstig für Schauzwecke, alle Umwandlungsversuche blieben resultatlos.

2 Jahre vor Eröffnung erhielt die Nationalgalerie ihren ersten Direktor, Max Jordan, der wohl ein tüchtiger Verwaltungstechniker, aber kein weitblickender Museumsbeamter war. Neben den Schlachtenschenken großen Formats erwarb er die Gedankenmaler der damaligen Zeit als "Idealisten" und die Genremaler als "Realisten". Der frühe und der ganz späte Adolf Menzel fehlten, ebenso Wilhelm Leibl, Hans von Marées und andere jetzt allgemein bekannte künstlerische Erscheinungen.

Ein gewisser Wandel trat erst ein, als 1895 Hugo von Tschudi Jordans Nachfolger wurde. Mit taktischem Geschick versuchte dieser den vom Hof diktierten schlechten Geschmack zurückzudrängen, Versäumnisse gutzumachen und rein künstlerische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. Doch wurde er zeitweilig als neuzeitlicher Museumsleiter überschätzt; ebensowenig wie seinem Nachfolger Ludwig Justi gelang es ihm die empfindlichen Lücken an repräsentativen Werken gänzlich aufzufüllen. Justi, der 1904 sein Amt antrat, hat das Verdienst durchgesetzt zu haben, daß endlich die Schlachtengemälde in das Zeughaus wanderten. Er erwarb auch unauffällig sehr wertvolle, aber dem kaiserlichen Geschmack nicht genehme Werke wie unter anderen den Flieder-

strauß Edouard Manets. Außerdem wurde das ehemalige Kronprinzenpalais der Nationalgalerie als Moderne Abteilung angegliedert. In jüngster Zeit werden dort auch Ausstellungen bedeutender lebender Künstler und bestimmter Künstlergruppen veranstaltet. Gewiß ist es bei einigen dieser Ausstellungen fraglich, ob sie notwendig waren. Doch ist gegenüber seinen zahlreichen Widersachern Justis Bemühen zu unterstützen, das darauf hinausgeht das Museum endlich einmal in engen Kontakt mit den Bestrebungen der Gegenwart zu bringen. Durch umfangreiche Ausstellungen der Werke Hans Thomas und Lovis Corinths hat Justi auch zu der Erkenntnis beigetragen, daß diese beiden Maler nicht mehr als typologische Erscheinungen, als durch ihre Auffassung festgelegte Spezialisten angesehen werden sollten sondern als Schöpfer, die ein großes Weltbild verwirklichten. Seit Antritt seiner Tätigkeit hat Justi für die Nationalgalerie 200 Werke erworben, die jetzt Ludwig Tormaehlen und Paul Ortwin Rave in einer Publikation, betitelt 200 Bilder der Nationalgalerie, erworben von Ludwig Justi /Berlin, Julius Bard/, der Öffentlichkeit zur Nachprüfung vorgestellt haben.

Corinth 3 mit anerkennenswerter Mühe in Berlin zusammengebrachte Ausstellungen gaben im Verlauf des Winters 1925-1926 Gelegenheit den Umfang des Gesamtwerks und die Bedeutung der künstlerischen Erscheinung Lovis Corinths kennenzulernen. Zuerst zeigte die Berliner Sezession etwa 500 Zeichnungen, die in der Mehrzahl nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt waren. Es folgte eine fast vollständige Ausstellung der Gemälde in der Nationalgalerie. Daran schloß sich eine von der Akademie veranstaltete Schau des graphischen Werks. Diese 3 Ausstellungen bewiesen vollkommen eindeutig, daß Corinth nicht mit dem lange Zeit für ihn feststehenden Prädikat eines Malers des Fleisches oder eines impressionistischen Interpreten idealistischer Stoffe zu erfassen ist, daß er vielmehr, wenn auch nicht die bedeutendste, so doch die souverän mit rein malerischen Mitteln sich Ausdruck schaffende Potenz unserer Zeit darstellt. Es charakterisiert seine künstlerische Wirksamkeit, daß er mittels eines intensiven und primären Farbwollens und dennoch fast schlafwandlerisch einen adäquaten, nur ihm zugehörigen Raum-

oder Flächenwert des Objekts schafft, und zwar schon, wenn auch nicht so augenfällig, in seiner ersten Epoche, im Zeichen der Münchener Schule, dann in der Zeit, in der er die impressionistischen Ideen verarbeitete, und vor allem in der Periode seines letzten, geradezu vulkanischen Wirkens mit der Farbe. Negativ gab die Ausstellung der Graphik von der Eigenart und Bedeutung Corinths Kenntnis. Es lag dem explosiv und kämpferisch sich entfaltenden Künstler nicht graphisch im handwerklichen Sinn tätig zu sein. Meist verliert sich das Formgefüge in undiszipliniertem Ausbruch; gelingt aber einmal der Wurf, wie in einigen Lithographien, in denen nur mit der Kreide gearbeitet wird, so besticht die Größe des formalen und zugleich visionären Gehalts. Die Handzeichnungen sind dagegen mit ihren verschiedenen Versionen mehr ein Deutungsmittel seines malerischen Kämpfertums. Die 3 verschiedenen Perioden des Schaffens Corinths heben sich deutlich gegen einander ab, ohne daß man zeitliche Einschnitte vorzunehmen braucht. Zuerst ist es eine mehr tonige Malerei, die die starke Farbwirkung nicht durchbrechen läßt und nichtdestoweniger durch das, was man etwa die künstlerische Handschrift Corinths nennen könnte, sicher gekennzeichnet ist. Darauf folgt eine Malerei, die sich an den Impressionismus anlehnt und eine helle Farbskala anwendet. Eine Zeitlang wurde behauptet, in ihr habe Corinth seine bedeutendsten Werke geschaffen. Diese Behauptung kann heute angesichts des Gesamtwerks kaum noch aufrechterhalten werden. Wohl zeigt es sich, daß die letzte Periode ganz farbigen Malens nicht mehr von dem Bestreben bestimmt ist das Objekt innerhalb gewisser Grenzen nicht ganz zu verwischen; solcherart und von diesem Standpunkt aus mag von einseitigen Betrachtern diese Periode als die bessere angesehen werden. Umgekehrt aber kommen jetzt neue und gewissermaßen geistige Werte zum Vorschein, die bis dahin nicht so intensiv hervortraten. Durchaus nicht im Sinn eines denkerischen Geistes, vielmehr in dem eines natürlich im Daseinsgefühl begründeten Erlebens, das mystisch genannt werden kann, ohne daß der Künstler den ihm gemäßen Boden dieser Welt verläßt. Gerade diese eigenartige Beobachtung ist auch vielen seiner früheren Werke eigentümlich und gibt dem Gesamtwerk einen erschütternden Einklang von Persönlichkeit und Schöpfung.

Kinderkunst Der Gedanke einer Kinderkunst, der kurz vor dem Krieg auftauchte, hat in der Folgezeit Früchte getragen, die künstlerisch überraschende Perspektiven eröffneten und wesentlich neue Einblicke in die Seele des Kindes möglich machten. Damit war aber noch nicht die Gewähr für eine gesunde Anleitung der Kinder gegeben, während doch das einfache Gewährenlassen durchaus keine brauchbare Grundlage zu späterer Entfaltung bietet. Jedenfalls ist man heute davon abgekommen in jeder infantilen Darstellung eine Offenbarung zu erblicken, und man beginnt einzusehen, daß es für eine schöpferische Entwicklung besser ist klare Anweisungen zu geben statt die kindliche Phantasie ins Vage schweifen und nur zu oft in ein Nichts verrinnen zu lassen, ja daß wir dem Kind die Mittel an die Hand geben müssen, die nicht der frühern oberflächlichen Schulung entsprungen sondern jetzt als wesentlich erkannt sind. Grundbedingung ist allerdings stets die Anpassung an das Zuträgliche und die Erkenntnis, daß es sich nicht um absolute Schöpfungen sondern nur um Wegbahnungen handeln kann. Solche Arbeit kann sich ungemein fruchtbar auswirken. Sie gibt mehr als unbedingte Freiheit und wird kaum so erschreckende Resultate haben wie die Methode die Kinder zu fatalen Leistungen anzustacheln, wie wir sie jetzt in einer Ausstellung Mexikanische Kinder- und Volkskunst erleben müssen, die in der Akademie der bildenden Künste zu Berlin stattfindet. Sicherlich kann man mit Stolz darauf hinweisen, daß dieses oder jenes Bild von einem Kind im Alter von 7 bis 14 Jahren gemalt ist, das auch von einem routinierten, vielleicht geschmackvollen, aber künstlerisch höchst belanglosen Maler herrühren könnte. Aber ist ein Fortschritt oder eine fruchtbare Weiterentwicklung dadurch garantiert, daß man die Kinder der Eingeborenen nach akademischen Regeln dressiert? Etwas Bedeutendes sieht man jedenfalls nicht; denn die Leistung ist stets nach dem künstlerisch schöpferischen Wert, nicht nach der körperlichen Reife des Schaffenden zu beurteilen, wozu in diesem mexicanischen Fall noch anzumerken wäre, daß in halbtropischen Ländern Zwölfjährige kaum noch zu den Kindern zu rechnen sind. Ebensowenig entdeckt man eine autonome Kinderkunst, vielleicht ein paar Ansätze, die jedoch bald in dem ganzen Wust der zur Manier er-

starrenden, von pädagogischer Unvernunft beigebrachten Handfertigkeit untergehen. Man kann nur feststellen, daß hier die unserer Zivilisation entstammenden Mittel der Perspektive und der Bildaufteilung an sich gewiß nicht untalentierten Geschöpfen aufgepfropft werden, ohne daß man dafür überzeugende Gründe sieht. Diese Gemälde aber haben keinen andern Wert als den der Kuriosität; man erkennt an ihnen, bis zu welchem Grad zur Bildschöpfung neigende Kinder mißbraucht werden können.

Illustration Die Art, wie die Holzschnitte *Josef Budkos* zu *Samuel Lewins*, von Arno Nadel verdeutschter Chassidischen Legende von Samuel Lewin /Berlin, Rathe- nau & Horodisch/ typographisch angeordnet sind, ist als erfreulich zu bezeichnen. Das Buch ist in Blockform hergestellt, der Satzspiegel ist sehr schmal und wirkt durch die Wahl einer kleinen, aber fetten Type wie eine konzentrierte Fläche, die durch die gelegentliche Einbeziehung der gleich breiten Illustration entsprechend belebt wird. Gegenüber dem Gehalt der Erzählung allerdings treten die Holzschnitte zurück. Es fehlt ihnen eine adäquate Ausdruckskraft, die so stark ist, daß der Leser eine Steigerung empfindet und nicht nur eine Begleitmusik. Sieht man von der qualitativen Ungleichheit der einzelnen Schnitte ab und beurteilt man sie losgelöst von dem betreffenden Thema, so stellen sie Arbeiten dar, die ohne großen Anspruch natürlichen Charakter besitzen. Budko hat diese Arbeitsweise selten verlassen. Die meisten bekannteren Illustrationsgraphiker, die bisher mehr anspruchsvoll als gehaltvolle illustrative Beitragen in großem Format schufen, fangen jetzt auch an das kleinere Format, die präzisere Arbeit und das stärkere Eingehen auf die Sache zu bevorzugen. Es ist bezeichnend, daß auch die Holzstichtchnik wieder angewandt wird. Die Maréesgesellschaft bringt bei Piper in München einen Faksimiledruck des Originalmanuskripts von *Paul Gauguins* *Noa Noa* heraus, von Julius Meier-Graefe bearbeitet. Diese so reizvolle Publikation trägt nicht nur Luxuscharakter, der kaum gebilligt werden könnte, sondern sie hat auch wissenschaftliche Bedeutung, da dieses in Tahiti geschriebene und mit farbigen Zeichnungen geschmückte Werk, das man immer wieder lesen und sehen möchte, zu den Inkunabeln der modernen Kunst gehört.

Kurze Chronik Zu den etwa 40 bekannten Gemälden des *Vermeer van Delft* sind durch Wilhelm von Bodes Zuschreibung 2 neue hinzugekommen. Im Vorjahr bezeichnete er ein aus England stammendes Gleichnis vom ungetreuen Knecht als einen Vermeer, jetzt einen Mädchenkopf, der aus Berliner Privatbesitz nach Amerika verkauft wurde. ◊ In der diesjährigen internationalen Kunstausstellung in Venedig ist Deutschland sehr reichhaltig vertreten. Neben den bekannten älteren Künstlern von den neueren vornehmlich durch Heckel, Kokoschka und Dix. Wie gewohnt, fehlen natürlich jene deutschen Kräfte, die wesentlich konstruktiv orientiert sind. ◊ Die Verwaltungen aller staatlichen Museen Deutschlands und Österreichs haben zur Wahrung der gemeinsamen Interessen eine *Museums-gesellschaft* gegründet. ◊ In Rom ist der Erweiterungsbau des Museums im Konservatorenpalast, der die Räume des ehemaligen Palazzo Caffarelli einnimmt und schon im Herbst vorigen Jahres unter dem Namen *Museo Benito Mussolini* eingeweiht wurde, neuerdings der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. ◊ Ebenfalls in Rom hat der Papst ein *Institut für christliche Archäologie* ins Leben gerufen. Es soll in 3jährigen Kursen über christliche Archäologie, Topographie und Ikonographie unterrichten. ◊ Die Stadtgemeinde *Wien* hat das Amt eines Städtischen Kunstberaters eingerichtet. Zum Leiter wurde Eduard Leisching, der frühere Direktor des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie, ernannt. ◊ Am 2. Februar wurde *Gustav Pauli*, jetzt Direktor der Hamburger Kunsthalle, 60 Jahre alt. Als Nachfolger Alfred Lichtwarks entfaltete er eine hervorragende museale Tätigkeit, der das Hamburger Museum seinen Ruf als bestes modernes Museum Deutschlands zu verdanken hat. Bekannt waren Paulis Kämpfe gegen Bode in der Frage der Echtheit der Florabüste, die sich heute noch im Kaiser Friedrich-Museum befindet. ◊ Am 6. März wurde *Hermann Struck* 50 Jahre alt. Er wurde durch seine Bildnisradierungen und seine graphischen Zyklen, namentlich über Venedig und Palästina, international bekannt. Er lebt seit mehreren Jahren in Palästina.

Literatur

Von Kunst zur Gestaltung nennt *Adolf Behne* ein sehr wichtiges Werkchen /Berlin, Arbeiterjugendverlag/, in dem er neue Maximen für das bildkünstlerische

Schaffen der Gegenwart aufzustellen versucht. Die Entwicklung der Gedanken ist präzise, die neuen malkünstlerischen Forderungen (Gleichgewichtsetzung der Farben und Flächen) stellen eine logische und geistige Leistung bedeutenden Ranges dar. Die durch farbige Illustrationen gut unterstützte Schrift gibt eine ganz hervorragende Grundlage für eine Diskussion über den Stand heutigen Kunstwillens ab. Wie weit sie das Schaffen der Künstler beeinflussen wird, ist schwer abzusehen. Der Hauptvertreter des von Behne propagierten Stilwillens, Piet Mondrian, beginnt heute anscheinend sich anderen Zielen zuzuwenden. ◊ Die plastische Kunst der Vergangenheit ist immer recht stiefmütterlich behandelt worden. So ist es unbedingt ein großes Verdienst, wenn der Irisverlag in Frankfurt am Main eine Serie unter dem Titel *Meister der Plastik* herauszubringen unternimmt. Zunächst werden Werke von Ernst Benckard über Andreas Schlüter und Giovanni Lorenzo Bernini vorgelegt. Mit hervorragenden Reproduktionen nach den Werken dieser beiden Hauptmeister des Barock kennzeichnet Benckard in seinen Einleitungen die Grundlagen des Schaffens und den spezifischen Gehalt des plastischen Befundes. Die einzelnen Werke werden vorzüglich beschrieben, was schon deshalb bemerkenswert ist, weil sich in den meisten Schriften dieser Art aus der letzten Zeit immer nur eine vage, meist unzulängliche und wenig erfreuliche Hindeutung auf den gewissermaßen philosophischen Inhalt breitmacht. ◊ In seiner Schrift Ludwig Richter und Goethe /Berlin, B. G. Teubner/ versucht Fritz Breucker an der Hand einer Ausdeutung der Illustrationen *Ludwig Richters* zu Goethes Werken zugleich den künstlerischen Wert dieser Arbeiten herauszuschälen. Aber weder liegt ein Verhältnis zur Kunstauffassung Richters vor, noch wird eine einwandfreie Beschreibung der jeweiligen Vorwürfe gegeben; dem Künstler wird durch sinnlose Überschätzung wie durch eine triviale Interpretation seiner besondern Wesensart Unrecht getan. Einfühlung, nicht äußere Akribie, wäre am Platz, wollte man dem nicht uninteressanten Thema gerecht werden. ◊ In der Sammlung *Orbis Pictus* /Berlin, Ernst Wasmuth/ ist der 20. Band, *Deutsche Steinbildwerke der Frühzeit* von *Heinrich Ehl*, herausgegeben: eine wissenschaftliche Zusammenstellung jener plastischen Werke, die die Genesis der mittelalterlichen Bildhauerkunst bilden.

Dichtkunst / Max Hochdorf**Pirandello**

Während die Theaterstücke Luigi Pirandellos die alte und die neue Welt erregen und sogar Henry Ford auf den Gedanken bringen das erträgnisreiche Talent des Italieners wie eine ganze Maschinenwerkstätte auszunutzen, kommen auch seine früheren Werke langsam unter die Leute. Die Roman- und Novellenbände Pirandellos entstammen einer frühern Zeit. Der Schulmeister, der zum weltberühmten Schriftsteller wurde, hat nämlich von Jugend auf emsig gearbeitet. Er drängte sich nicht gewaltsam in den Ruhm hinein. Der Ruhm kam plötzlich zu ihm, als sein Haar schon weiß geworden war. Nun müssen wir ein Lebenswerk übersehen, das vollendet ist. Es wird uns schwer die einzelnen Werke Pirandellos in ihren zeitlichen Abständen und Verwandlungen zu betrachten. So ist es, als wenn der Schriftsteller von Anfang an seine geistige Reife erreicht hätte. Er machte keinen schweren Kampf der innern Entwicklung durch. Ob er die Novellen schreibt, die unter dem Sammelitel *Der Zweite* erschienen /Berlin, Alf Häger/, oder den Roman *Die Wandlungen des Mattia Pascal* /Berlin, Alf Häger/, das Problem des Psychologischen bleibt sich immer gleich. Hinter jedem Menschen steht ein gespenstisches Wesen, das Doppelwesen dieses Menschen, nicht seine Reinkarnation, eben sein Schatten, den er mit sich herumschleppen muß. In früheren Zeiten, die gläubiger waren und mehr verknüpft mit den Kräften des Himmels oder den Offenbarungen, die die Priester uns von jenen Kräften gaben, hätte man den Pirandelloschen Menschen als den zweigeteilten Menschen bezeichnet, in dem die irdische Stimme mit der überirdischen durcheinanderredet. Das Überirdische mag dann göttlicher Natur gewesen sein, das heißt der Trieb zum Guten, oder auch teuflischer Natur, das heißt der Trieb zum Bösen. In dieser Erklärung ist die Moral Pirandellos ziemlich einfach; es ist die Sittenlehre, die der kleine Mann braucht, wenn er sich innerhalb des Alltagslebens glücklich und zufrieden erhalten will. Aber Pirandello vertieft die Dinge. Gerade weil ständig in dem Menschen die obere und die untere Stimme durcheinanderschwirren, werden der Mensch selber und sein Beobachter verwirrt. Der Mensch wird gespenstisch vertieft, so etwa, als wenn er seinen Dualismus überwinden und zu einer einheit-

lichen Natur kommen möchte. Ein Mensch kommt an irgendeinem grausigen Ort vorbei. Er erblickt irgendetwas Erschütterndes, vielleicht einen Menschen, der die Lust zum Leben verlor. Die Beschäftigung mit dem, was den Selbstmörder gespornt haben kann, wird nun die fixe Idee in dem beobachtenden Spaziergänger. Er forscht in sich, ob das verneinende Element in ihm vielleicht ebenso heftig vorhanden sein könnte wie in dem Wesen, das seine Existenz zerschneidet. Ganz plötzlich ist auch er innerlich ausgehöhlt. Die Stimmen von oben haben eine zu starke Gewalt über ihn gewonnen. Der scheinbar gesunde Mensch ist verseucht und macht seinen Tagen selber ein Ende. Pirandello erzählt das ganz kurz, beinahe balladesk. Sein Stil ist nicht romantisch. Sein Stil ist immer der Lakonie des Polizeiberichts verwandt. Wenn in dem großen Roman des Mattia Pascal erzählt wird, daß ein Mann, der als gestorben galt, in Wirklichkeit nicht starb und nun alledem beiwohnen muß, was seiner Leiche geschah, so ist dieses verwirrende Ergebnis nicht gerade neu in der Erfindung. Bei Pirandello gewinnt diese dunkle Angelegenheit ein Licht, wie es die Kriminalisten in verfahrenere Lebensdinge hineinbringen. Der Leser wird nicht besser, aber klüger. Wir wissen nicht, was jede Stunde uns zustoßen kann, und müssen auf der Hut sein, damit wir nicht Helden der allerbuntesten Phantastik werden, wie die kleinen Durchschnittswesen, um die sich die Weltgeschichte sonst gar nicht kümmert. Das Geheimnis der Erfolge Pirandellos liegt in seinem gewandten Balancieren mit Realitäten, die als Träumereien maskiert werden.

Roman

Der kleine Roman *George Moores* Liebesleute in Orelay erschien kürzlich im Verlag S. Fischer in Berlin in deutscher Übersetzung. Es ist, als hätten die Gyp und Marcel Tinayre und Colette Willy die graziösen Pariser Spötter, diesen nicht minder graziösen Engländer befruchtet. Wenn es wahr ist, daß seit dem Weltkrieg in England die bürgerlichen Sitten etwas gelockert wurden, so ist Moore ein sehr hübscher Schilderer dieser Wandlung. Denn Ehe und Eheirring nimmt er von der leichtesten Seite und plaudert ein Geschichtlein zusammen, das jeder Massivität entbehrt. Moore moralisiert niemals. Er stellt nur fest. Es liegt ihm nichts daran Recht oder Unrecht bei den Liebesleuten mit gültigen Maßstäben festzulegen.

In dieser weltmännischen Art ist er wohl *René Schickele* verwandt, dessen 2bändiger Roman *Ein Erbe am Rhein* /München, Kurt Wolff/ Weltgeschichte und Seelengeschichte verbünden soll. Nun ist ja Schickele ein zarter Mensch, zu emsig hängend an der ästhetischen Freude, als daß er sich ausschließlicly der moralischen Weltbetrachtung hingeben könnte. Das, was diesen Dichter zur Politik veranlaßt, ist wohl nicht die Neigung zum Kampf oder zur Bekehrung der anderen. Sein Sporn ist nur die Liebe zum einzelnen Individuum, dessen Verkettungen an der Weltwandlung der letzten Jahre von ihm gezeigt werden. Der halbe Deutsche und halbe Franzose wird zwischen die beiden Nationen gedrängt. Dieses Schicksal wirkt weniger politisch als kulturell. Denn Schickele weiß zu gut, daß Menschen seines Schlages die Kultur des mittlern und westlichen Europas als eine Einheit empfinden müssen. Die Unterschiede werden nur von den Agitatoren gemacht. Das ist Schickeles tiefer Glaube, wenn er von diesen Menschen an der Grenze erzählt. Die Landschaft lebt in Schickele. Blumen und Verwandlungen der Jahreszeiten, der Duft der Felder und das Leuchten der Atmosphäre, alles das wandert zu ihm hin, so stark, daß er es mit ganz selbständiger Lyrik auch in die erzählende Prosa übersetzt. Das Organisieren des großen epischen Stoffs ist nicht gerade seine Kraft. Die einzelne Episode wirkt stets überraschend und gefällig. Ein einstmals stürmischer, anklagender Lyriker, der das Laster auch verklärte, *Curt Corinth*, scheint vorläufig ausgetrocknet von bedrohlicher Grubelei. Er hat über eine sehr hausbackene Kriminalgeschichte den massiven Titel *Grauen gesetzt* /Berlin, Werkverlag/. Als »Pariser Roman« wird diese Geschichte ausgegeben. Aber der Schriftsteller hat nichts von der Welthauptstadt und wenig von der liebenden Seele verspürt, oder es gelang ihm nicht dieses Gefühl in Worte zu bändigen. Doch ist er noch im Werden, und man muß ihm daher immer noch eine Zukunft zubilligen.

Lyrik Die Lyriker unserer Tage müssen den Weg gehen, der sie zu den Bitternissen des Daseins heranzuführt. Was ihrem Herzen oder ihrer Überlegung entgegentritt, ist zerrüttet und bedarf der Neugestaltung. Für die Idylle bleibt da nicht viel Platz. Wenn trotzdem der Sammler Friedrich Sörgel bei Richard Bong in Berlin eine *Blütenlese deutscher Dichtung* so zu-

sammenstellt, als wenn es sich nur um die Wanderung durch einen Garten der Zufriedenheit handelte, so gibt dieser nur das Harmonische abtastende Führer durch die Lyrik nur ein blasses Bild unserer Tage. Das große Neue fehlt. Auch in der Schweiz gedeiht solche Traditionspoesie stark. Man möchte sagen, daß die Schweizer eher zu solcher Zurückgezogenheit und Abgeschiedenheit ein Recht haben. Ihnen ist es schließlich etwas besser gegangen als den übrigen Europäern. Vielleicht darum singen sie sich jetzt allerhand Idylle vom Herzen. *Hermann Hiltbrunner* nennt seine Dichtung *Winter und Wende*, *Hugo Marti* betitelt die seinige *Der Kelch*, *Guido Looser* besingt *Nachtglanz*. Alle erscheinen im Rheinverlag in Basel. Die Themen gleichen sich, die Töne gleichen sich. Ist es Zufall oder ein vom Schicksal gefügtes Symbol, daß ein anderer, nicht minder herzlich gestimmter Lyriker, *Christoph Wieprecht*, seinen Gedichtband *Erde im Duisburger Echo* verlag erscheinen läßt? Auch *Wieprecht* ist nichts als ein Echo dessen, was war. Ganz anders ist *Max Bruns*. Seine *Nachtsonette* /Minden, J. C. C. Bruns/ sind artistisch stark. Er ist ein Mann des Glanzes und des bedeutenden Wortes. Die hohe Kultur, die aus ihm redet, fesselt den Leser. Man fühlt: Hier ist eine nicht alltägliche Erscheinung. Hier spricht jemand, der vom Geist gepackt ist. Kultur ist auch in den Sonettenbüchern *Brunold Springers*, der in kleinen Heften die Ergebnisse seines lyrischen Fleißes zusammenfaßt. Spuren des Lebens, Landschaften in Versen, Frauen, Schwarze Liebe sind diese Gedichte betitelt /Leipzig, Ernst Oldenburg/. Viel Sorgfalt und Selbsterziehung sind notwendig, damit ein Dichter die Form so beherrscht wie Springer. Auf solche Kultur, die sich ein innerlich stark beschäftigter Mann verschaffen konnte, kann *Jakob Haringer* nicht hinweisen. Doch scheint in diesem sich karg ausdrückenden Lyriker doch mehr inneres Feuer zu dampfen. *Weihnacht im Armenhaus* betitelt Haringer seinen äußerlich unansehnlichen Gedichtband. Man ist aber doch an vielen Stellen dadurch ergriffen, daß dieser Mann unmittelbar ein Leidenslyriker ist, eine versprengte dichterische Existenz, ein Nachfahr sowohl *François Villons* wie *Johann Christian Günthers*. Als Verleger dieses Gedichtbuchs ist *Christof Brundel* in Amsterdam angegeben. Es scheint, daß solcher Verlag gar nicht existiert. Der Dichter läßt verzweifelt sein Werk

drucken. Er opfert, was er nicht hat, er vertraut, daß man für ihn vielleicht ein Scherflein opfern will. Man sollte es tun. Denn Haringer ist einer von dem Schlag der Dichter, die wachsen können. Die Glätte fehlt ihm, es fehlt ihm auch der Wunsch danach. Aber das Urwüchsige ist zu erfüllen. Stärker als in den schönen Versen *Paul Bourfeinds*, die unter dem Titel *Begegnung* gesammelt wurden /Köln, Stromerverlag/. Die Begegnungen Bourfeinds sind die Blüten der Behaglichkeit.

Der Kesselschmied und Dichter *Heinrich Lersch*, Märtyrer der sozialen Not, ein Mann von eifrigster Gewissenhaftigkeit, hat die große Symphonie seines Innern schon in mehreren Bänden der Lyrik geformt. Noch immer ist er stark genug, um zum Thema Mensch und Eisen jene schweren Rhythmen zu dichten, die wir schon kennen. Seine Gesänge von Volk und Werk sind heute noch Psalmen, wenn sie auch nichts anderes sind als die treuen Wiederholungen dessen, was er gewesen ist. Er hämmert noch heute am Amboß, er keucht noch heute in der Not und in der Fron. Vorüber ist die Zeit, da ihm Krankheit eine kurze Ruhepause gönnte, und er in der Stille des Lazarets zum erstenmal die Ruhe fand seine Dichtung klingen zu lassen. Mensch und Eisen, sein neuestes Buch, erschien, schön gedruckt, in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart.

Der Sozialist *Franz Diederich* besaß nicht nur die Gesinnung sondern auch die echte Naturliebe und vor allen Dingen das in ihr wurzelnde Wort und den natürlichen Reim. Seine Lyrik war selbständig aus ihm gewachsen. Weil er die schlichten Seelen ansprechen wollte, setzte er sich bei seinen Lebzeiten nicht durch. Wenn der Verlag der Arbeiterjugend aus seinen lyrischen Bänden eine kleine Sammlung *Jungfreudig Volk* zusammenstellt, um das Andenken dieser feinen Seele zu ehren, so wird durch dieses unscheinbare Werkchen ein Stück lebendigen Seins für die Nachwelt gerettet. *Bruno Schön-lank*, den der gleiche Verlag betreut, auch ein Sozialist, ist schon heftiger gestimmt als Franz Diederich, der nie recht aufkommen konnte. Sei uns, Du Erde! heißt die kleine Sammlung. Schön-lank rüttelt sich und die Parteigenossen auf. Er hämmert das politische Manifest. Doch lebt in ihm auch die Lyrik, die unmittelbar dem reinen Gefühl entspringt. Der Verlag der Arbeiterjugend ließ auch durch Karl Brö-

ger jüngste *Arbeiterdichtung* auswählen. Der Sammler dieser bescheidenen Blütenlese muß hoch gelobt werden, da er wirklich nur die vollendeten Stücke und nicht bloß die dem guten Herzen entstammenden Proklamationen abdruckt. Für den Malikverlag übersetzte F. C. Weißkopf *tschechische Lieder*. Diese Arbeiterdichtung bei der benachbarten Nation muß uns von größtem Interesse sein. Aus ihr redet die Revolution. Die sie verfaßten, sind wirkliche Lyriker, Männer von sozialem Gewissen, aber auch starke Wortkünstler. Alles, was in dem schmalen Band steht, bannt durch Originalität.

Scheinbar weit ab davon (und doch durch den antibürgerlichen Geist damit verbunden) liegt eine andere Verdeutschung: die des *Paul Verlaine* durch Alfred Wolfenstein (Armer Lelian /Berlin, Paul Cassirer/). Diese »Gedichte der Schwermut, der Leidenschaft und der Liebe« kamen dem sinnestarken Temperament und der Formfreudigkeit Wolfensteins entgegen. Daher ist ihre Übertragung ihm vorzüglich gelungen. Wer bürgerliche Behaglichkeit sucht, wird an dieser esoterischen Lyrik freilich nicht Gefallen finden.

Kurze Chronik Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung plant die Errichtung einer Sektion für Dichtkunst an der *Akademie der Künste* zu Berlin. Zu ihren Aufgaben sollen gehören: die Erstattung von die Dichtkunst betreffenden Gutachten, außerdem Anregungen zur Förderung des künstlerischen Schrifttums, die Ausschreibung von Wettbewerben und die Entscheidung über Vergebung von Preisen und Stipendien, ferner Vorschläge für Verleihung von Auszeichnungen für Dichter und die Veranstaltung von Vorträgen aus dem Gebiet der Dichtkunst. Zu Mitgliedern dieser Sektion wurden vorerst Gerhart Hauptmann, Arno Holz, Hermann Stehr, Thomas Mann, Ludwig Fulda berufen. Hauptmann lehnte, zu allgemeiner Überraschung, seine Mitwirkung an der neuen Institution und auch diese selber ab. Die von ihm angeführten Gründe trafen nicht den Kern der Sache. ◊ Zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit wurden *Agnes Miegel* vom Ostpreussischen Provinziallandtag 1000 Mark sowie ein monatlicher Ehrensold von 150 Mark ausgesetzt. ◊ Auf Anregung der Platen-gesellschaft wurde das *Grab Platens* in Syrakus von Mussolini in den Schutz des italienischen Staates genommen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Kohleverflüssigung

Die wirtschaftliche Bedeutung der Verflüssigung der Kohle und die technische Seite dieser Frage ist in dieser Rundschau wiederholt behandelt worden. Unter den verschiedenen vorgeschlagenen Verfahren nimmt das von Fr. Bergius ausgearbeitete *Berginverfahren* eine besonders wichtige Stellung ein. Über den ganzen Fragenkomplex hat sich Bergius in einem Vortrag auf der Kohlentagung in Essen im April 1925 ausführlich ausgelassen. Der Verbrauch an flüssigen Brennstoffen ist mit der Ausdehnung des Automobilismus, der Entwicklung des Flugwesens und der Einführung des Verbrennungsmotors in der Fluß- und Seeschifffahrt von 19,5 Millionen Tonnen im Jahr 1900 auf rund 135 Millionen im Jahr 1924 gestiegen. Der Bedarf wird sprunghaft weiter steigen, da sich fast alle Kriegsschiffe, ein großer Teil der Handelsflotte und die Binnenschifffahrt allmählich vollständig auf die Ölfeuerung oder auf die Benutzung von Brennkraftmaschinen umstellen. Diesem steigenden Bedarf vermögen die natürlichen Ölvorkommen nicht mehr zu genügen. Deshalb wird die zweckmäßige Lösung der Kohlenverflüssigung zu einer immer dringenderen Aufgabe, und die Angaben Bergius' über die Ergebnisse seiner Versuchsanlage, die in 24 Stunden 20 Tonnen Kohle verflüssigt, erheischen ein ganz besonderes Interesse. Nach genauen Berechnungen erscheint die Wirtschaftlichkeit einer Großanlage für Dauerbetrieb gesichert, wenn täglich etwa 80 Tonnen Kohle verflüssigt werden können. Eine Anlage von etwa doppelter Leistungsfähigkeit, die also jährlich 50 000 Tonnen verflüssigen könnte, würde etwa 8 Millionen Mark kosten. Bei einer Amortisationsquote von 10 % für alle Teile der Anlage, einem Kohlepreis von 10 Mark für die Tonne (bei der Verwendung von billigem Kohlegrus und -staub) und einem Strompreis von 3 Pfennig für die Kilowattstunde würden sich die Gesteungskosten handelsüblicher Raffinate auf etwa 92 Mark, und bei Selbsterzeugung des Stromes auf 72 Mark für die Tonne stellen. Der Verkaufswert der entstehenden Raffinate wechselt etwas nach den verarbeiteten Kohlesorten. Unter Ansatz eines Tonnenpreises von 300 Mark für Benzin, 100 Mark für Treiböl, 300 Mark für Schmieröl, 80 Mark für Heizöl und unter Berücksichtigung des

relativen Anfalls der einzelnen Raffinate ergibt sich je nach der benutzten Kohlesorte ein durchschnittlicher Verkaufspreis von 140 bis 190 Mark für die Tonne. Die Wirtschaftlichkeit der Anlage erscheint damit durchaus sichergestellt, und der Ölpreis könnte sogar auf 65 bis 40 % heruntergesetzt werden, ohne daß die Erzeugung unwirtschaftlich wird. Leider ist es bisher nicht gelungen die Mittel für eine im Dauerbetrieb arbeitende Großanlage zu beschaffen; bei der gewaltigen Bedeutung der Kohleverflüssigung erscheint die Beschaffung der Mittel für eine solche Anlage aber doch von erheblicher größerer Wichtigkeit für unser ganzes Wirtschaftsleben als etwa die Finanzierung eines Nordpolflugs mit Zeppelinluftschiffen. Zur Erläuterung der technischen Seite des Berginverfahrens sei daran erinnert, daß bei ihm, im Gegensatz zum Methanolverfahren, bei dem Kohlenoxyd und Wasserstoff unter Zuhilfenahme von Katalysatoren chemisch verbunden werden, feste Kohle im Augenblick ihrer Aufspaltung ohne Zuhilfenahme von Katalysatoren mit Wasserstoff verbunden wird. Zur Durchführung des Berginverfahrens wird in Druckgefäßen Kohlepulver mit schweren Ölen zu einem Brei angerührt, unter Zuführung von Wasserstoff bei einem Druck von 150 Atmosphären und gleichzeitiger Erwärmung auf 460 bis 480° langsam umgerührt. Der Betrieb kann kontinuierlich und automatisch durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit der Kohleverflüssigung sei auch auf die Aufbereitung des in den baltischen Staaten reichlich vorkommenden Ölschiefers hingewiesen. Solange das zaristische Rußland sein Hauptaugenmerk auf die Ölvorkommen am Schwarzen und am Kaspischen Meer gelenkt hatte, wurde dieser Ölschiefer arg vernachlässigt, er wurde nur in recht bescheidenem Umfang zur Verfeuerung benutzt. Jetzt gewinnt der Ölschiefer für die neuen Staatengebilde an der Ostsee eine erhöhte Bedeutung, da hier Kohle und Rohöl vollständig fehlen. Die Mächtigkeit des Ölschiefers wird auf etwa 25 Millionen Tonnen geschätzt, wovon im Jahr 1924 rund 3500 gefördert wurden. Leider wird auch jetzt noch der größte Teil des Ölschiefers unmittelbar verfeuert, wobei die wertvollen Kohlenwasserstoffe in ganz unwirtschaftlicher Weise vernichtet werden. Bei einer rationalen Aufbereitung können jedoch 20 % des Ölschiefers durch Destillation unmittelbar als Rohöl und weitere 20 % noch aus den entstehenden Gasen ge-

wonnen werden. Das Rohöl enthält 23 bis 26 % Phenole, 2 bis 4 % Benzin, 35 % Motorenöl, 10 % Schmieröl und 35 % Pech und Koks. Nach einem Verfahren Richard Meyers kann der Ölschiefer auch unmittelbar in Asphalt umgewandelt werden, wobei eine Ausbeute von 75 % erzielt wird. Der gewonnene Asphalt soll dem besten Trinidadasphalt nahekommen. Der Abbrand wird versuchsweise als Düngemittel verwendet, er eignet sich aber auch, mit 10 % Kalk vermischt, zur Herstellung von Ziegeln in der Strangpresse, die, wenn sie in besonderen Kesseln 7 bis 8 Stunden mit Wasserdampf behandelt werden, sehr harte Steine ergeben. Auch ein brauchbarer Zement läßt sich aus dem Abbrand gewinnen. Nebenprodukte bei der Ölschieferaufbereitung sind noch Schwefel, Bitumen und Kohlenoxyd.

Beton Der Beton ist einer der wichtigsten Baustoffe der Gegenwart, obwohl ihm

neben den Hauptvorzügen der Formbarkeit und Anpassungsfähigkeit an alle möglichen Beanspruchungen auch noch sehr erhebliche Nachteile anhaften. Beton ist im allgemeinen nicht wasserdicht, er besitzt auch keine besonders hohe Festigkeit, weshalb ihm auch bei höheren Beanspruchungen ein Eisengerippe einverleibt werden muß, er besitzt auch eine nur geringe Widerstandsfähigkeit gegen chemische Einflüsse, es ist auch nur schwer möglich neuen Beton an alten anzustücken; das heißt, Beschädigungen an alten Betonbauwerken sind mit den gewöhnlichen Stampf- und Gußverfahren nur in sehr umständlicher Weise auszubessern. Auch die Versuche mit dem erforderlichen Bindungswasser gemischten Beton unter Druck der Verwendungsstelle zuzuführen haben sich im großen und ganzen nicht bewährt. Alle diese Schwierigkeiten treten bei dem neuerdings vielfach ausgeübten *Torkretverfahren* nicht nur nicht auf, das neue Verfahren ermöglicht vielmehr eine wesentlich verbesserte Anwendung des Betons überhaupt.

Das Torkretverfahren besteht darin, daß nun nicht mehr, wie es früher versucht wurde, eine Mischung von Beton mit dem notwendigen Bindungswasser an die Verwendungsstelle unter Druck gebracht wird, sondern daß ein trockenes Betongemisch durch Preßluft vermittelst Schlauchleitungen auf Höhen bis 50 Meter oder horizontale Entfernungen bis 150 Meter durch Düsen ausgeblasen wird, während das erforderliche

Wasser erst an der Düsenmündung zu dem Beton hinzutritt. Im Vergleich zu dem ältern Naßspritzverfahren wird hierbei nur etwa ein Viertel der früher benötigten Preßluft gebraucht, und der nach dem Torkretverfahren hergestellte Beton besitzt rund die 2½fache Druckfestigkeit und 2fache Zugfestigkeit des handgestampften Betons.

Zum erstenmal in größerem Stil in Deutschland wurde das Torkretverfahren zur Wiederherstellung der durch Brand zerstörten Sarottifabrik benutzt, wobei es sich glänzend bewährt hat. Ebenso sind in Japan nach der großen Erdbebenkatastrophe zahlreiche Wiederherstellungsarbeiten an Betonbauten mit dem Torkretverfahren erfolgreich durchgeführt worden. Nach den Untersuchungen des Berliner Materialprüfungsamts bleibt Torkretbeton auch in dünner Schicht bei einer Dauerbeanspruchung von 20 Atmosphären Wasserdruck wasserundurchlässig. Das Torkretverfahren eignet sich deshalb auch ausgezeichnet für Unterwasserbauten.

Feuerlöscher Zur Bekämpfung entstehender Schadenfeuer haben sich für Werkstätten, Büreaus und den Haushalt bestens die verschiedenen Handfeuerlöscher bewährt. Voraussetzung für deren Wirksamkeit ist ihre stete Betriebsbereitschaft. Die gebräuchlichen Löscharparate, zu denen unter anderen der seit Jahrzehnten rühmlichst bewährte Minimax gehört, genügen durchaus diesem Anspruch. Bei diesen Geräten wird im allgemeinen eine konzentrierte Lösung eines Bikarbonats angewandt, die in einem geräumigen Behälter mit enger Austrittsöffnung aufgespeichert ist. In dem untern Behälterteil ist ein mit Schwefelsäure angefülltes Glasgefäß angeordnet, das beim Aufschlagen des Feuerlöschers durch einen Schlagbolzen zertrümmert wird. Hierbei wird die Bikarbonatlösung zersetzt, es tritt eine rapide Entwicklung von Kohlendioxyd ein, die die Flüssigkeit in intensivem Druckstrahl, der das Ziel auf den Feuerherd erleichtert, herausschleudert. Hierbei findet eine Abkühlung des Brandherds durch die Flüssigkeit und ein Ersticken des Feuers durch das Kohlendioxyd statt. Bei größeren Brandherden und vor allem, wenn Benzin- oder Benzolbrände zu löschen sind, reichen die Handfeuerlöscher, die mit Flüssigkeiten arbeiten, aber meist nicht aus. Besser wirken hier die Löscharparate, die einen dichten Schaum auf die Brandstelle werfen. Der Schaum

wird hierbei von einer Seifenlösung gebildet, in die frei werdendes Kohlendioxyd hineingetrieben wird. Solche Schaumlöscher haben sich insbesondere bei Benzinbränden bewährt. Verdeckte Brandherde vermögen sie freilich nur schwer zu löschen. Sehr wirkungsvoll sind auch die Trockenlöscher, mit denen man entstehende Brände aller Art bekämpfen kann. Diese Löschergeräte bestehen in ihrer einfachsten Form aus einem tütenförmigen Blechbehälter, der mit Natriumbikarbonat oder Ammoniumkarbonat in Pulverform gefüllt ist. Schüttet man dieses Salz in einem dichten Staubregen auf den Brandherd, so zersetzt es sich, es werden Kohlendioxyd und Ammoniak in großen Mengen frei, die das Feuer rasch ersticken. Bei den größeren Typen dieser Trockenlöscher, die hauptsächlich für industrielle Etablissements in Betracht kommen, sind die Behälter für das pulverförmige Salz mit Stahlflaschen kombiniert, die komprimiertes Kohlendioxyd (fälschlich Kohlsäure genannt) enthalten. Beim Aufdrehen des Ventils der Stahlflasche strömt das Kohlendioxyd durch den Salzbehälter in starkem Strom hindurch und erzeugt einen dichten Salzregen auf dem Brandherd. Das Kohlendioxyd unterstützt hierbei noch die Löschwirkung, indem es die Flamme erstickt.

Totenliste

Im Alter von 46 Jahren verstarb am 12. Mai in Berlin plötzlich und unerwartet *Artur Fürst*, der in Deutschland wohl der erfolgreichste technische Schriftsteller gewesen ist, und dem in ganz besonderem Maß die Gabe eigen war selbst die schwierigsten Fragen klar, populär und anregend darzustellen. Mit glänzender stilistischer Begabung verstand er es seine Leser für die Leistungen der Technik zu interessieren, das Wesentliche herauszuheben und die zu lösenden Probleme in den Vordergrund zu stellen. Da Fürst ein großes Wissen besaß, das sich mit einer raschen Auffassung verband, und da er auf jede seiner Arbeiten gründliches Studium verwandte, so sind seine Veröffentlichungen mustergültige volkstümliche Darstellungen, die auch dem Fachtechniker noch manches zu sagen haben. In dieser Rundschau sind manche Arbeiten Fürsts besprochen worden, die ein gutes Bild seines großen Könnens, seiner Kraft der Wiedergabe und seines phantasievollen Weitblicks geben. Technik und deutsches Schrifttum erlitten durch den Hingang Artur Fürsts einen schweren Verlust.

Kurze Chronik Es ist jetzt gelungen aus kolloidalen Lösungen *Kautschuk elektrolytisch niederzuschlagen*. In einer durch Ammoniakzusatz leitend gemachten Lösung wandert der Kautschuk zur Anode und lagert sich dort dicht ab. Als Kathode wird Kohle, als Anode ein poröser Körper mit Kohlekern benutzt. Bei geeigneter Anordnung kann man Kautschukbänder herstellen. ◊ Von der Kemet Laboratories Company in Cleveland wird zurzeit aus dem Mineral Beryll, der in seiner reinsten Form einen kostbaren Edelstein liefert, das *Berylliummetall* rein dargestellt, das dem Aluminium verwandt, aber um ein Drittel leichter ist als dieses. Das Beryllium hat einen hohen Schmelzpunkt (1275°) und kann in jedem Verhältnis mit Aluminium legiert werden, dem es eine größere Härte und größere Widerstandsfähigkeit verleiht. Mit Kupfer legiert, liefert es sehr zähe Bronzen. Bei genügender Nachfrage hofft man das Kilo Beryllium zu 40 Dollars liefern zu können, während der Preis bisher 10 000 Dollars betrug. ◊ Statt Klischees, Schriftsatz, Gravüren usw. galvanoplastisch zu vervielfältigen, was ziemlich zeitraubend und auch kostspielig ist, wendet man neuerdings mit Erfolg das *Schoopsche Metallspritzverfahren* für den gleichen Zweck an. Zweckmäßig stellt man zunächst eine dünne Kupferhaut galvanoplastisch her, die dann nach dem Spritzverfahren mit beliebigem Metall zur gewünschten Dicke verstärkt wird. ◊ In Deutschland sind nur rund 22 % aller Wohnungen mit *Elektrizitätsanschlüssen* versehen, während in Holland 90 % aller Wohnungen angeschlossen sind. ◊ Die Umstellung des Wiener Fernsprechverkehrs auf automatischen Betrieb geht der Vollendung entgegen; zurzeit sind dort 71 000 *Telephonselbstanschlüsse* in Betrieb. Auch in Berlin, wo außergewöhnliche technische Schwierigkeiten zu überwinden sind, werden nach und nach die einzelnen Ämter so umgeschaltet; in den westlichen Vororten funktionieren bereits einzelne Vermittlungsämter für Selbstanschluß. ◊ In Berlin wurden von den Städtischen Elektrizitätswerken gemeinsam mit dem Lichthaus der Osramgesellschaft in 20 000 Fällen die *Schaufensterbeleuchtung* geprüft. Hierbei wurde gefunden, daß noch nicht 8 % richtig beleuchtet sind. Bei den meisten wird Licht unsinnig verschwendet, dafür aber Blendung hervorgerufen, die das Erkennen der Gegenstände erschwert.